11/2014
DStGB
Dienstleistungs-GmbH

KOMMUNAL.

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND

EXKLUSIV

Kommunal-Investitions-barometer

Seite 24

REPORTAGE

Was tun gegen den Ärztemangel?

Seite 58

HELFEN – ABER WIE?

Immer mehr Flüchtlinge erfordern einen Kraftakt der Kommunen. Lösungsansätze vor Ort. Deutschland-Report

Seite 12

EUR 9,90

01

4 198867 009901

VOLKSWAGEN FINANCIAL SERVICES

BANK. LEASING. VERSICHERUNG. MOBILITÄT.*

Die Zukunft bewegen.

Fahrzeug-Leasing für öffentliche Haushalte.

Mit dem Wissen um die wachsenden Herausforderungen für die öffentliche Hand bietet Ihnen die Volkswagen Financial Services intelligente und nachhaltige Konzepte für Ihr Fuhrparkmanagement. Gemeinsam mit Ihnen optimieren wir die Betriebskosten Ihres Fuhrparks und zeigen Ihnen eine einfache Möglichkeit, alle Kosten im Blick zu behalten. Das gesamte Spektrum des ganzheitlichen Flottenmanagements finden Sie unter www.sonderabnehmer.de

* Die Tochtergesellschaften der Volkswagen Financial Services AG erbringen unter der gemeinsamen Geschäftsbezeichnung „Volkswagen Financial Services" Bankleistungen (durch Volkswagen Bank GmbH), Leasingleistungen (durch Volkswagen Leasing GmbH), Versicherungsleistungen (durch Volkswagen Versicherung AG, Volkswagen Autoversicherung AG) und Mobilitätsleistungen (u. a. durch Volkswagen Leasing GmbH). Zusätzlich werden Versicherungsprodukte anderer Anbieter vermittelt.

FOTO/Erwin Elsner/dpa

EDITORIAL

VERNETZUNG VON **KOMMUNEN UND WIRTSCHAFT**

Deutschland ist die größte und erfolgreichste Volkswirtschaft in Europa. Diese Führungsposition werden wir nur erhalten können, wenn wir auch eine leistungsfähige Infrastruktur sichern. Die Städte und Gemeinden nehmen dabei eine besondere Rolle ein. In vielen Bereichen sind sie Träger und Betreiber von Infrastrukturen. Viele Gebäude wie Schulen, Schwimmbäder, Theater und Rathäuser sind in die Jahre gekommen und in einem schlechten Zustand. Die KfW-Bankengruppe schätzt den kommunalen Investitionsrückstand zwischenzeitlich auf insgesamt 128 Milliarden Euro, mit einem Schwerpunkt im Bereich Straßen- und Verkehrsinfrastruktur.

Um den Investitionsbedarf deutlich zu machen, Aufträge zu erteilen und Partnerschaften mit der Wirtschaft zu suchen, müssen die Kommunen verstärkt ihre Anliegen der Öffentlichkeit kommunizieren. Das soll mit dem Magazin KOMMUNAL gelingen. Mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren ist gewährleistet, dass eine breite Öffentlichkeit über die Anliegen der Gemeinden informiert wird. Gleichzeitig sind 100.000 Leserinnen und Leser aus dem kommunalen Bereich auch eine Macht, die Druck auf höhere Politikerebenen erzeugen kann.

KOMMUNAL ist aber nicht nur eine Zeitschrift, sondern eine Medienplattform, die alle Möglichkeiten, die uns die Kommunikationstechnologie heute bietet, nutzt. Dadurch wird auch eine Community geschaffen, auf der sich Menschen, denen unsere Städte und Gemeinden ein Anliegen sind, miteinander vernetzen können.

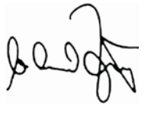
Dieses Konzept hat uns überzeugt, und wir wünschen unserem Partner KOMMUNAL einen guten Start.

Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

INHALT

Liebe Leserin, lieber Leser,

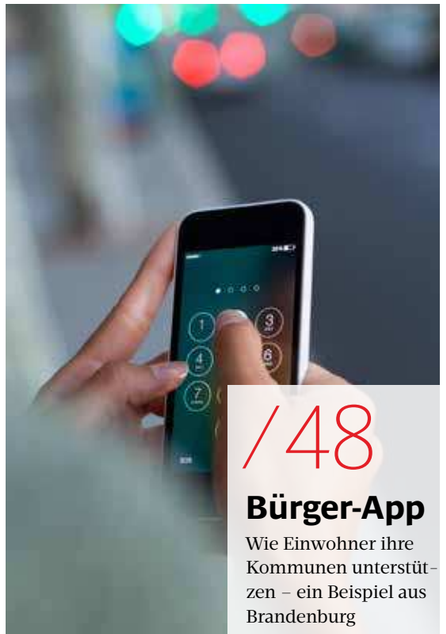
Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie. Sie spielen für das, was wir pauschal gerne Lebensqualität nennen, eine überragende Rolle. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, jenes Lebensgefühl in Menschen zu wecken, das wir gerne Heimat nennen. Städte und Gemeinden sind aber auch jene Institutionen, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts am besten entsprechen können. Sei es die Überalterung der Gesellschaft, der Klimawandel, die Gesundheitsversorgung, die Armutsüberwindung und die Bildung, all das kann vor Ort besser bewältigt werden als an jeder anderen zentralen und damit bürgerferneren Institution.
Man muss ihnen nur die Möglichkeiten geben. Sie sollen voneinander lernen können, sich miteinander austauschen und ihre Anliegen gemeinsam formulieren und diese kommunizieren können. Denn keiner weiß so viel wie wir alle zusammen.
KOMMUNAL will dabei helfen, diese Kommunikation möglich zu machen. KOMMUNAL vernetzt, verbindet und erhebt die Stimme für die Anliegen derer, die Deutschland gestalten. Wenn Sie dieses Heft in Händen halten, dann gratulieren wir Ihnen zur ersten Ausgabe von KOMMUNAL. Wir möchten Sie bei Ihrer täglichen Arbeit begleiten, Sie mit weiteren 100.000 Entscheidern vernetzen und gemeinsam das Ziel verfolgen „Wir gestalten Deutschland!“.
Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.



MICHAEL ZIMPER
Geschäftsführer Zimper Media GmbH
michael.zimper@kommunal.com

/12
Flüchtlinge: Kraftakt für die Kommunen
Die Städte, Gemeinden und Kreise sind wegen des Flüchtlingsansturms an der Belastungsgrenze. Report

/32
Netzausbau
Drei große Stromtrassen durch Deutschland: Proteste in vielen Regionen



/48
Bürger-App
Wie Einwohner ihre Kommunen unterstützen – ein Beispiel aus Brandenburg

/58
Land ohne Landarzt
Immer mehr Praxen schließen. Telemedizin als Alternative?

FOTOS/Laura Herz, nenetus/Fotolia, Christian Schwiernenetus/Fotolia, Esber Ayaydin/dpa, Susanne Tenhagen; TITEL/Muhammed Muheisen/dpa

POLITIK & RECHT

Flüchtlingsreport Deutschland 12
Kommunen an der Belastungsgrenze. Lösungsansätze vor Ort

Sport vs. Lärm? 22
Anwohner oder Allgemeinheit? Lärm auf Sportplätzen – und die Tendenz zum Konflikt

KOMMUNAL-Investitionsbarometer 24
Exklusive Umfrage: Wo Kommunen investieren wollen. Die Bereiche, die Projekte, die Probleme

Netzausbau 32
Der hässliche Bruder der Energiewende – die Stimmung im Land

ARBEITEN & GESTALTEN

EU-Förderperiode 2014 – 2020 42
Wo geht's zum Geld? Experten und ihre Tipps für Kommunen

Kommunen sind cool 46
Facebook-Guru Rayk Anders (27) zeigt, wie man junge Leute für Politik begeistern kann

Die Bürger-App für alle Fälle 48
In Brandenburg können Mängel und Schäden direkt an die Verwaltung gemeldet werden. Bereits rund 60 Kommunen machen mit

Digitales Leben 54
Bürgermeister Christoph Meineke aus Wennigsen macht Online-Beteiligung der Bürger zum Erfolgsmodell

LAND & LEUTE

Land ohne Landarzt? 58
Immer mehr Hausarzt-Praxen schließen. Telemedizin als Ausweg?

Sturm im Norden 66
Das Finanzausgleichsgesetz in Schleswig-Holstein schlägt Wellen

Sollten Bürgermeister die Welt regieren? 68
Interview mit Prof. Benjamin Barber, dessen Buch „If Mayors Ruled the World“ derzeit Furore macht

Termine 72
Kongresse, Messen, Tagungen, Symposien – Monatsüberblick für Entscheider und Interessierte

Länder-News 74
Nachrichten aus den Bundesländern. Neuigkeiten, Projekte, Entwicklungen, Trends

KOMMUNAL Magazin
ONLINE

Unser Auftritt im Netz
www.kommunal.com

IMPRESSUM **Herausgeber** Zimper Media GmbH, Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin, Tel. +49 (0) 30/814501200 **Geschäftsleitung** Mag. Michael Zimper **Redaktion (Leitung)** Marco Hecht, marco.hecht@kommunal.com; Christian Erhardt, christian.erhardt@kommunal.com; Ariane Mohl, ariane.mohl@kommunal.com **Autoren dieser Ausgabe:** Dr. Ursula Weidenfeld, Uwe Lübking, Franz-Reinhard Habbel, Christian Rupp, Achim Ritz, Susanne Tenhagen, Hans Braun, Helmut Reindl, Irmgard Butter **Anzeigen (Leitung)** Gunnar Lindner, gunnar.lindner@kommunal.com; Manuela Czapka, manuela.czapka@kommunal.com; Stefan Graf, stefan.graf@kommunal.com; Rigobert Kullmann, rigobert.kullmann@kommunal.com; Barbara Singer, barbara.singer@kommunal.com **Gestaltung** Gordon Karau, gordon.karau@kommunal.com **Anzeigendisposition, Leserservice, Vertrieb** Petra Richter; petra.richter@kommunal.com **Druck** Mohn Media, Carl-Bertelsmann-Straße 161, 33311 Gütersloh **Auflage** 100.000 Exemplare, Einzelheft: 9.90 Euro inkl. Versandkosten, Jahresabonnement Magazin und Online-Magazin: 99 Euro inkl. Versandkosten; Post-Zeitungskennzahl 88670 **Mit Unterstützung** der DStGB-Dienstleistungsgesellschaft mbH **Offenlegung gemäß Berliner Pressegesetz Herausgeber** Zimper Media GmbH, Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin **Gesellschafter** der Zimper Media GmbH Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH, Löwelstraße 6, 1010 Wien **Gesellschafter** der Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH: 65 % Michael Zimper, Verleger, Wien; 35 % Zimper GmbH; Gesellschafter: Michael Zimper, Verleger, Wien

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND

Städte und Gemeinden gestalten Lebensraum und Heimat. KOMMUNAL unterstützt sie dabei. Wir stärken die Rolle der Kommunen als wichtigste Säule der Gesellschaft und als jene Ebene, die den Bürgern am nächsten ist. Gestalten wir gemeinsam Deutschland!

Pressespiegel –
Das tägliche News-Update

Newsletter –
Die wichtigsten Themen für Kommunen im praktischen Überblick

www.kommunal.com –
die umfangreiche Dialog- und Informationsplattform für Städte und Gemeinden

FOTOS: mpfphotography/Fotolia

TEXT/Irmgard Butter

Bekommen meine Kinder die bestmögliche Ausbildung? Ist die Energieversorgung gesichert? Wie sieht das Freizeitangebot aus? Klappt die medizinische Versorgung? Diese und noch viel mehr Fragen werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gemeinden täglich gestellt. Sie sind die ersten Ansprechpartner bei Wünschen und Sorgen, weil sie in engem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen und Veränderungen am schnellsten herbeiführen können. In einer zunehmend globalisierten Welt wird es immer wichtiger, was rund um die Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld passiert. Keine andere staatliche Ebene hat darauf so viel Einfluss und kommt den Menschen so nah wie die Gemeinde.

Abgesehen davon, dass Städte und Gemeinden dafür sorgen, dass im täglichen Miteinander alles reibungslos funktioniert, kommt ihnen noch eine weitere wichtige Aufgabe zu. Sie schaffen Heimatgefühl, Werte und gestalten mit ihrer täglichen Arbeit den Lebensraum für 80 Millionen Deutsche. So sorgen beispielsweise viele Grünflächen, Parks, Kinderspielplätze und Begegnungszonen für ein angenehmes Umfeld, in dem man gerne lebt.

Diese Tatsache zeigt, wie groß die Bedeutung der Kommunen eigentlich ist und wie wichtig es ist, diese bestmöglich zu unterstützen.

KOMMUNAL IM ÜBERBLICK

Führende Medienplattform für Städte und Gemeinden mit Information und Interaktion Online und Print.

Starker Partner
Der Deutscher Städte- und Gemeindebund unterstützt KOMMUNAL.

Interessensvertretung
für gemeinsame kommunale Anliegen gegenüber Bund und Ländern.

Vernetzung
von Menschen, Ideen und Lösungen für Gemeinden.

100.000 kommunale Entscheider bekommen das Magazin KOMMUNAL: Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Ausschüsse, Bauhof und Bauamt, Hauptamt, Stadtwerke.

KOMMUNAL hat sich genau das zur Aufgabe gemacht. Mit der ersten Ausgabe, die Sie in Händen halten, starten wir in eine neue Ära. Kein anderes kommunales Fachmedium erreicht alle wesentlichen Entscheidungsträger in den Städten und Gemeinden. Wir bringen alle auf den gleichen Wissensstand und informieren über die wichtigsten Themen, die Kommunalpolitik und Verwaltung bewegen. Wir bündeln die Interessen der Gemeinden und geben ihnen eine starke, gemeinsame Stimme. Gleichzeitig schaffen wir mehr Bewusstsein für die Anliegen der Kommunen gegenüber Bund, Ländern und auch in der Bevölkerung. Mit der Kraft der deutschlandweiten und flächendeckenden Information, des Partners Deutscher Städte- und Gemeindebund und nicht zuletzt der Unterstützung jedes Einzelnen stellen wir sicher, dass die Gemeinden mit ihren Anliegen Gehör finden.

Diese Ziele wollen wir mit einer vielseitigen Medienplattform verwirklichen. So informieren Sie zukünftig das Magazin, die Website kommunal.com ebenso wie Newsletter und Pressespiegel. Das Team von KOMMUNAL besteht aus Menschen, die Gemeinden kennen und verstehen. Nur so ist es möglich, deren Interessen bestmöglich zu vertreten. Mit Umfragen, wie unserer großen Studie zum Thema Investitionen (Ergebnisse ab Seite 24) und vielen Redaktionssitzungen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, versuchen wir immer am Puls der Gemeinden zu sein. In der Berichterstattung pflegen wir einen offenen, vertrauensvollen und dialogorientierten Stil. Wir sind mit unseren Leserinnen und Lesern auf Augenhöhe und laden Sie herzlich ein, unser Themenangebot aktiv mitzugestalten und zu kommentieren. Wir möchten alle Facetten der kommunalen Arbeit abbilden, von Politik und Recht bis hin zu praktischen Lösungen. Dabei stellen wir Ihnen vor allem neue, auf den ersten Blick vielleicht sogar ungewöhnliche Ansätze vor, die großen Einfluss auf die Städte und Gemeinden entfalten. Wir holen Kommunen und deren erfolgreiche Projekte vor den Vorhang. Seien Sie stolz auf Ihre Ideen und seien Sie Vorbild für andere! KOMMUNAL ist die Plattform dafür.

Die Website www.kommunal.com bringt tagesaktuelle Meldungen und auch viele tiefergehende Informationen, Fotos und Interviews. Die Website ist Ort für direkten Austausch der Gemeinden untereinander. Sie können alle Artikel kommentieren und darüber diskutieren. Damit gestalten Sie KOMMUNAL aktiv mit!

KOMMUNAL ist mehr als ein Medium, es steht für die gemeinsamen Interessen der Gemeinden und deren gebündelte Kraft. Wir stärken den Zusammenhalt und rücken die Leistungen der Kommunen in den Mittelpunkt. Wir hoffen, dass KOMMUNAL auch Sie in Ihren Aufgaben unterstützt und wir damit einen wichtigen Schritt in die Zukunft machen. Wir wünschen Ihnen viele interessante Lesestunden und Inspiration mit Ihrem neuen Medium. Für Wünsche und Anregungen sind wir stets offen. Schreiben Sie uns, wir freuen uns auf Ihr Feedback!

WUSSTEN SIE, DASS ...

11
Einwohner in Gröde – Deutschlands kleinster Gemeinde – und dass

3,3
Mio. Einwohner in Berlin – Deutschlands größter Stadt – leben?

EINSTAND

HALLO **#KOMMUNAL**

Viel Erfolg, stärkt die Kommunen! Moderne Grußworte in Twitter-Form von prominenten Politikern. 14 mal 140 Anschläge zur Begrüßung

Dorothee Bär, CSU, Staatssekretärin

Kommunen sind die Herzkammern eines Landes, ohne die das große Ganze vor Schwäche zusammenbrechen würde. Viel Erfolg Ihrem gesamten Team!

Klaus Wowereit, SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin

Kommunalpolitik ist Politik von Menschen vor Ort für Menschen vor Ort, immer handfest und immer konkret. KOMMUNAL ist dabei idealer Mittler.

Eberhard Gienger, CDU, MdB

Die Wurzeln unserer Demokratie liegen in der Kommune, hier gestalten Politik, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger das gesellschaftliche Gemeinwesen.

Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Kommunen, Mittelstand und Sparkassen sind wichtige Erfolgsfaktoren für Deutschland und Europa. Diese Strukturen müssen weiter gestärkt werden.

Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP

Lesen, schwimmen, wählen – vieles lernen Menschen zuerst in den Kommunen. Dafür müssen sie handlungsfähig und selbständig bleiben.

Ingbert Liebing, CDU, kommunalpolitischer Sprecher, MdB

Willkommen KOMMUNAL! Information ist unverzichtbar für Politik. Auf eine gute Partnerschaft mit unseren Kommunalpolitischen Blättern.

Dr. Ulrich Maly, SPD, Oberbürgermeister von Nürnberg und Präsident des Deutschen Städtetags

Ohne Städte ist kein Staat zu machen. Über die vielfältigen Themen der Städte und Gemeinden kann nicht genug berichtet werden.
Viel Erfolg für Kommunal!

Britta Haßelmann, kommunalpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen, MdB

Kommunen sind Orte lebendiger Demokratie. Hier werden Entscheidungen für Soziales+Ökologie getroffen. Dafür braucht es Information+Austausch.

Ivo Gönner, Oberbürgermeister von Ulm

Stadt bedeutet heute: Vielfalt der Lebensentwürfe. Darauf müssen Kommunen reagieren. Freuen uns auf Diskussion und Erfahrungsaustausch!

Kerstin Kassner, Die Linke, kommunalpolitische Sprecherin, MdB

DIE LINKE kämpft für starke Kommunen,in denen die Menschen gerne leben, und freut sich auf einen engagierten neuen Mitstreiter. Viel Erfolg!

Charles M. Huber, CDU, MdB

KOMMUNAL – das sind wir alle! Jenen, welche die Kommunen gestalten, und den Machern von KOMMUNAL wünsche ich viel Erfolg!

Petra Reiber, Bürgermeisterin von Sylt

Die Kommunen brauchen eine starke Stimme und es ist gut, wenn sie kraftvoll vertreten werden.

Gregor Gysi, Die Linke, Oppositionsführer im Deutschen Bundestag

Die Oberen einigen sich häufig zum Nachteil der Kommunen. Letztere sollten endlich ein viel größeres Gewicht in Berlin, auch mit Hilfe der Redaktion von KOMMUNAL, erhalten.

Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD, MdB

Die kommunale Demokratie ist ein Kernbestandteil unserer politischen Kultur und ihrer sozialen und politischen Stabilität.

25 JAHRE MAUERFALL

Am 9. November ist es exakt ein Vierteljahrhundert her, dass die Mauer fiel und die Einheit kam. Der Fokus lag damals noch auf Bonn. Später auf Berlin. Brüssel war weit weg. 25 Jahre später liegen die Dinge anders. Heute ist Brüssel ganz nah, das vereinte Deutschland ist aufgegangen in einem vereinten Europa – und die Kommunen haben ihre Position gefunden und ausgebaut, vertreten selbstbewusst ihre Interessen auf dem europäischen Parkett. In 25 Jahren musste vieles im europäischen Integrationsprozess erkämpft werden. Aber vieles ist auch geglückt!

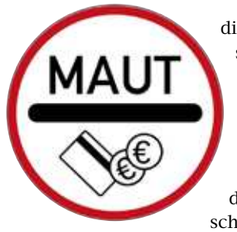
Neue Kommission sucht Lösungen – mehr private Investitionen für Kommunen?

Etwa 60 Prozent der öffentlichen Investitionen in Deutschland sind kommunale Investitionen. Allerdings hängen sie stark von der Finanzlage der Kommunen ab – und die ist derzeit meist schlecht. Investitionsstau und Nachholbedarf in vielen Städten sind riesig, vor allem bei der Verkehrs-Infrastruktur können die Aufgaben oft nicht mehr allein bewältigt werden. Der jährliche Finanzbedarf zum Erhalt von Straßen, Schienen und Wasserwegen in Deutschland wird auf mehr als sieben Milliarden Euro geschätzt. Doch dem Staat und den Kommunen fehlt Geld. Banken, Versicherer und Privatwirtschaft dagegen haben Geld – und möchten es gut anlegen. Könnte dies nicht eine klassische Win-win-Situation werden? Im Bundeswirtschaftsministerium wurde jetzt eine hochkarätig besetzte Expertenkommission „zur Stärkung von Investitionen in Deutschland“ ins Leben gerufen. Den Vorsitz führt Marcel Fratzscher, Chef des DIW. Deutsche-Bank-Chef Jürgen Fitschen ist dabei, Ergo-Chef Torsten Oletzky, Städtetag-Hauptgeschäftsführer Stephan Articus, Allianz-Managerin Helga Jung, Vertreter von DIHK und BDI.

Dem Staat und den Kommunen fehlt Geld für nötige Infrastrukturmaßnahmen

www.bmwi.de
Hintergründe und Informationen zur neuen Expertenkommission

Kommunen wollen ihr **Stück vom Kuchen**



In diesen Tagen soll der Gesetzentwurf vorliegen – Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will damit „alle Bedenken“ gegen die geplante Pkw-Maut in Deutschland beseitigen.

Allerdings soll die Maut nun wohl doch nicht, wie ursprünglich geplant, auch auf Land- und Kreisstraßen erhoben werden.

Entsprechend laut ist der kommunale Protest.

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund hält diese Beschränkung für den falschen Ansatz.

Denn in Grenzbereichen werde dies zu massivem Ausweichverhalten mit Staus und Umweltbelastungen führen, weil die ausländischen Pendler zur Mautvermeidung kommunale Straßen und Landesstraßen nutzen, so das Positionspapier.

Gefordert wird stattdessen eine flächendeckende Pkw-Maut, die mittelfristig nicht nur als Vignette erhoben werden sollte. Notwendig sei eine Benutzungsgebühr, die Schadstoffklasse, gefahrene Kilometer, Zeit und Ort berücksichtigt. Denn die Kommunen, mit dem größten Straßennetz von mehr als 600.000 Kilometern, brauchen dringend zusätzliche Mittel, um den Verfall der Straßeninfrastruktur aufzuhalten.

KOMMUNALES WAS STÄDTE, KREISE UND GEMEINDEN BEWEGT. PROBLEME, ALLTAGSÄRGER UND LICHTBLICKE

610.000

Kilometer in der Bundesrepublik Deutschland sind kommunale Straßen. Der Bund kommt dagegen nur auf 52.000 Km, die Länder auf 86.000 Km

QUELLE / Stat. Bundesamt

36

Aus- und Neubauprojekte mit insgesamt mehr als 5700 Kilometern Kabel sind im Zuge der Energiewende vorgesehen.

QUELLE / Stat. Bundesamt

ZUSTAND DER 67.000 KOMMUNALEN STRASSENBRÜCKEN

Angaben in Prozent

15 % der kommunalen Brücken müssen abgerissen werden, weil ihre Sanierung nicht mehr möglich ist.

QUELLE / difu-Studie „Ersatzneubau kommunaler Straßenbrücken, 2013

Bundesregierung: 2015 bis 2017 eine Milliarde Euro für die Kommunen

Die Bundesregierung will die Kommunen in den Jahren 2015 bis 2017 jährlich um eine Milliarde Euro entlasten.
Der Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum Ausbau der Kindertagesbetreuung wurde im September erstmals im Bundestag beraten.
Die Entlastung soll demnach durch eine Änderung des Finanzausgleichgesetzes erfolgen. Und zwar zur Hälfte durch einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung – und zur anderen Hälfte durch einen höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.
Zudem will die Bundesregierung mit dem Gesetzentwurf einen Teil der vorgesehenen Entlastung von insgesamt sechs Milliarden Euro im Zusammenhang mit der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen bereitstellen.

www.kommunal.com
Mehr Informationen zum neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung

FOTOS/Tim Müller-Zitzke/Fotolia, Concept web Studio/Fotolia

ANZEIGE

Räume für Asylbewerber

Der ungebremste Flüchtlingsstrom aus Afrika zwingt die Europäische Union dazu, die ständig wachsende Zahl an Flüchtlingen adäquat zu versorgen und unterzubringen. In Deutschland sind insbesondere die Kommunen gefordert, Asylwerber-Unterkünfte bereitzustellen. Internationale Erfahrung in der Bereitstellung von temporären Unterkünften aus Wohncontainern hat das österreichische Unternehmen CONTAINEX, das in Deutschland durch Händlerpartner vertreten ist. Insbesondere in Mitteleuropa hat CONTAINEX im letzten Jahr bereits zahlreiche Asylbewerber-Unterkünfte aus Containermodulen errichtet. Die Modulbauweise ermöglicht vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten. Die Raummodule können gekauft, geleast oder gemietet – und überall aufgestellt werden.

KONTAKT
CONTAINEX Container-Handelsgesellschaft m.b.H.
AT-2355 Wiener Neudorf
IZ NOE-Suedstraße 14
Tel +43 2236 601-0
Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

KOMMUNAL-INVESTITIONS-BAROMETER
Meistern die Kommunen den Investitionsstau?
Seite 24

ENERGIEWENDE
Netzausbau – der hässliche Bruder der Energiewende. Wie Kommunen die Probleme und Herausforderungen angehen.
Seite 32

KRAFTAKT FÜR DIE KOMMUNEN

Der Flüchtlingsansturm bringt die deutschen Städte, Gemeinden und Kreise an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Eine Suche nach Lösungsansätzen vor Ort.

TEXT/Dr. Ursula Weidenfeld, Christian Erhardt-Maciejewski

Provisorische Unterkünfte – ein Beispiel aus der Pfarrei St. Otto in Cadolzburg (Bayern, r.). Lange Schlangen der Asylbewerber bei der Essensausgabe in Neumünster (Schleswig-Holstein, u.)

Es war ein ruhiger September-Freitagabend im idyllischen oberbayerischen Siegsdorf. Bürgermeister Thomas Kamm wendete gerade die Steaks auf dem Grill, seine Frau feierte ihren 50. Geburtstag. Da meldete sich der Regierungspräsident des Bezirks Oberbayern am Telefon. Ob es ok wäre, wenn am Sonntag 500 Flüchtlinge aus dem überfüllten Erstaufnahmelager in München-Freimann in ein Feriendorf nach Siegsdorf gebracht würden? Kamm fiel das Grillbesteck aus der Hand.

Nicht alle Bürgermeister stehen vor der Herausforderung, von heute auf morgen ein Erstaufnahmelager in ihre Gemeinde zu bekommen. Nahezu alle aber gelangen zur Zeit an ihre Grenzen, wenn es um die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge geht, die ihnen nach der Registrierung zugewiesen werden. Information, Wohnung, Sprache, Arbeit: das sind die Themen, an denen sich Sozial- und Finanzdezernenten derzeit aufreiben. Sie wissen: Die Situation wird in absehbarer Zukunft nicht besser, viele der Flüchtlinge werden für eine ganze Zeit, wenn nicht für immer, in Deutschland bleiben. Deshalb arbeiten die Kommunen daran, die Flüchtlingsproblematik dauerhaft und angemessen in den Griff zu bekommen. „Spätestens jetzt müssen die Kommunen ein Querschnittsmanagement auf- und die Zusammenarbeit ausbauen. Die herkömmliche Säulenstruktur der Verwaltung trägt bei der Flüchtlings- und Integrationsproblematik nicht ausreichend“, mahnt die Bertelsmann-Stiftung. KOMMUNAL stellt beispielhafte Konzepte vor.

Immer wieder geht es zuallererst um Geld. Um viel Geld. „Vom Land Brandenburg bekomme ich eine Investitionspauschale von rund 2000 Euro für einen neuen Flüchtling“, sagt Michael Garske, Sozialdezernent im brandenburgischen Oberhavel. Er rechnet vor, dass ihn jeder neue Platz rund 15.000 Euro kostet. Auch die Versorgungspauschalen reichen nach seiner Berechnung vorne und hinten nicht. In Hessen bekommen die Landkreise beispielsweise pro zugewiesenem Flüchtling eine Pauschale von 521 Euro im Norden des Landes, bis zu 630 Euro im teureren Süden. Allein der Landkreis Kassel muss pro Monat rund 200 Euro für jeden aufgenommenen Flüchtling dazuzahlen.

In diesen Wochen werden in Gemeinde- und Stadträten die Haushalte für das Jahr 2015 beraten: Nahezu überall wird – wie im niedersächsischen Osnabrück – über Gewerbesteueranhebungen, über Zweitwohnungs- und Spielhallensteuer und – wo es noch welche gibt – über das Streichen freiwilliger kommunaler Leistungen gestritten. Noch registrieren die Bürgermeister dankbar eine große Bereitschaft ihrer Bürger, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Doch sie sorgen sich um die Zukunft: Wenn immer größere Teile des Haushalts für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen aufgewendet werden müssen, auf der anderen Seite aber beispielsweise für die Instandhaltung von Kindergärten und Schulen, den Breitbandausbau oder die Pflege öffentlicher Anlagen das Geld fehlt.

Damit die Bürger die Aufnahme von Flüchtlingen dauerhaft mittragen, ist rechtzeitige und umfassende Information entscheidend. Bürgermeister Kamm aus Siegsdorf ließ den Grill stehen und trommelte den Gemeinderat zusammen. Nachdem der zugestimmt hatte, 200 Flüchtlinge statt der geplanten 500 aufzunehmen, besuchte Kamm am folgenden Sonntag ausnahmsweise einmal zwei Gottesdienste: Nach Predigt, Credo und Wandlung überbrachte er um 8.30 Uhr und um 10 Uhr auch seine Botschaft: „Ich habe überlegt, wo ich die meisten Leute erreiche. Also bin ich in die Messe am Sonntag. Ich dachte, dass die Kirche ein guter Ort ist dafür – da meldet sich keiner lautstark und die Information kann erst mal ankommen.“

> Sag es den **Bürgern** deiner Stadt so früh wie möglich … "
>
> **Thomas Kamm,** Bürgermeister Siegsdorf, Bayern

FOTOS: Thomas Kamm, Daniel Karmann/dpa, Axel Heimken/dpa, Patrick Pleul/dpa

dent zur öffentlichen Bürgerversammlung und klärte die Bevölkerung weiter auf – da waren die Flüchtlinge schon im benachbarten Feriendorf eingezogen, Kleiderspenden wurden verteilt, die ehrenamtlichen Helfer des Roten Kreuzes klebten schon die ersten Pflaster auf aufgeschrammte Kinderknie. Diese Zustimmung gibt es nur, wenn schnell, umfassend und ehrlich informiert wird.

Je mehr Flüchtlinge den Kommunen vom Land dauerhaft zugewiesen werden, desto höher sind die Ansprüche der einheimischen Bevölkerung an Information und Aufklärung. Vorbildlich löst das Osnabrück, meinen die Experten der Bertelsmann-Stiftung: Im Dezember des vergangenen Jahres wurde das Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen beschlossen. Kernpunkt ist die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge und die Information der Nachbarn: „Der Standort für eine Flüchtlingsunterkunft sollte frühzeitig bekannt gemacht werden, damit die zukünftigen Nachbarn ausreichend Gelegenheit haben, ihre Fragen und Anliegen zu formulieren“, sagt Sozialstadträtin Rita Maria Rzyski. „Besonders wichtig ist, dass sowohl Flüchtlinge, als auch Bürgerinnen und Bürger einen Ansprechpartner haben, wenn es Probleme im Zusammenleben gibt, oder wenn zum Beispiel eine interkulturelle Vermittlung erforderlich ist.“ Wie die Stadt Osnabrück dafür gleich drei Hausmeister und Sozialarbeiter einzustellen, ist in kleineren Gemeinden nicht möglich.

10

Mrd. € gaben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2013 für Asylbewerber aus.

130.000

Asylbewerberanträge liegen zur Zeit unbearbeitet im zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtige.

QUELLE: BAMF

osnabrueck.de/79046.asp
Mehr Informationen zum Konzept

Streit um unbegleitete **jugendliche Flüchtlinge**

Auf die Kommunen könnte in Kürze eine weitere Aufgabe zukommen. Es geht um unbegleitete jugendliche Flüchtlinge. Der Bundesrat diskutiert seit Mitte Oktober über ihre Verteilung. Bisher trägt Bayern hier die Hauptlast. Hintergrund: Im Freistaat kommen besonders viele unbegleitete jugendliche Flüchtlinge an, da das Land an den beiden Hauptfluchtrouten liegt. „Anders als erwachsene Asylbewerber werden die Minderjährigen bisher nicht über die Bundesländer verteilt“, erklärt Bayerns Sozialministerin Emilia Müller. Die Jugendlichen werden vom ersten Tag an im Rahmen der Jugendhilfe untergebracht. Nach einer aktuellen Prognose rechnet der Freistaat in diesem Jahr mit mindestens 3000 neu ankommenden unbegleiteten Jugendlichen. Das wären sechsmal so viele wie im Vorjahr. Eine neue Verteilung würde entsprechend aber auch neue Lasten für die Kommunen in anderen Bundesländern bedeuten.

Der Antrag aus Bayern nimmt gleichzeitig – ganz im Interesse der Kommunen – den Bund in die Pflicht. „Er muss die Kommunen entlasten und sich an den Unterbringungskosten beteiligen“, fordert Bayerns Sozialministerin. Auch die Diskussion über die Beteiligung des Bundes an den Gesamtkosten für Asylbewerber will der Freistaat mit seinem Antrag neu aufmachen. In der Oktober-Sitzung des Bundesrates wurde der Antrag in die Ausschüsse verwiesen. Erst danach wird er – wohl nicht vor Ende des Jahres – zur Abstimmung kommen.

Hier sind es dann Bürgermeister und Gemeindemitarbeiter, die sich entsprechend fortbilden und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen müssen.

„Präsenz ist entscheidend“, sagt Kamm. In Siegsdorf wohnen die zugewiesenen Flüchtlinge im Gasthof "Neue Post“ mitten im Dorf, neben der Kirche. Hier achten die Wirtsleute auf Integration und Kommunikationsfähigkeit beider Seiten – und darauf, dass die Flüchtlinge den täglichen ehrenamtlich angebotenenen Deutschkurs besuchen.

Bilder von überfüllten Asylbewerberheimen und Feldbetten, die notdürftig in zu kleinen Räumen aufgestellt werden, bestimmten in diesem Sommer die Medien. Sie belasten die Reputation der Gemeinden. In Köln wurden im August mehr als 200 Menschen in einem ehemaligen Möbelhaus untergebracht. Aus anderen Flüchtlingsheimen, wie zuletzt im Hochtaunuskreis, werden katastrophale Zustände gemeldet. Andernorts erschüttern Berichte über Misshandlungen durch Sicherheitspersonal die Bevölkerung. Aus dieser Überforderungssituation herauszukommen, ist die Herausforderung Nummer eins. Ob man die Unterbringung selber managt, oder an einen Träger vergibt, ob Container aufgestellt oder Gebäude angemietet werden, sagt noch nichts über die Qualität aus. Wichtig ist aber, dass es stabile Ansprechpartner gibt, und dass die Gemeinde auch in Unterkünften, die von Dritten betrieben werden, präsent bleibt.

Gemeinsame Standards für die Unterbringung gibt es in Deutschland nicht, Nordrhein-Westfalen etwa verzichtet komplett auf gesetzliche Vorgaben zu Fragen wie der Anzahl der Sozialarbeiter, die Größen der Wohn- und Schlafräume oder die Lage der Unterkünfte. Der Flüchtlingsverband Pro Asyl kritisiert, dass es in keinem Bundesland eine systematische geregelte Heimaufsicht oder ein Zertifizierungssystem gebe.

Wenn Gemeinschaftsunterkünfte, dann sollten sie möglichst im Stadtgebiet liegen, und nicht zu groß sein. Das kann gerade in Kommunen, die noch steigende Bevölkerungszahlen haben, zu einer Konkurrenz unterschiedlicher Gruppen um bezahlbaren Wohnraum führen. In Osnabrück denkt man deshalb jetzt über Container-Lösungen nach, und darüber, Sanierungsobjekte über einen längeren Zeitraum anzumieten, damit sich für die Eigentümer die Sanierung rechnet.

Einfacher ist das in Kommunen, die ohnehin schon schrumpfen, wie zum Beispiel im Kreis Prignitz in Brandenburg. Seit dem Jahr 2009 werden dort alle Asylbewerber zu 100 Prozent in Wohnungen untergebracht. „Mit einer eigenen Wohnung müssen die Asylbewerber ihr Leben in ihrem Wohnumfeld selbst organisieren, was der Integration sehr dienlich ist. Gerade Kinder sorgen schnell für Kontakt“, sagt Christel Spenn aus dem Landratsamt.

In vielen Gemeinden gibt es sehr viel Bereitschaft, sich für die Flüchtlinge einzusetzen, und ihnen zu helfen. Auch das aber sollte ein organisiertes Verfahren sein, mahnen die Sozialdezernenten der Städte. Beispiele, wie die Zivilgesellschaft integriert werden kann, wie Möbel- und Kleiderspenden klug organisiert werden können, ohne dass Gemeindemitarbeiter damit belastet werden, liefert beispielsweise die Plattform www.weltbeweger.de, die der frühere CDU-Politiker Elmar Pieroth gestiftet hat. In sogenannten „open transfer camps“ informiert die dazugehörige Stiftung Bürgermut darüber, wie man gute zivilgesellschaftliche Beispiele übertragen kann.

Sprache: Die Sprache zu erlernen, falle den Flüchtlingen, die in einem Wohnumfeld untergebracht sind, auch leichter, berichtet Christel Spenn. Denn auch Deutschkurse müssten die Kommunen erst einmal aus eigener Tasche bezahlen. Erst wenn die Flüchtlinge einen ordentlichen Aufenthaltstitel haben, als arbeitssuchend gemeldet sind und Leistungen nach SGB II oder III beziehen, haben sie einen Anspruch auf berufsbezogene Deutschkurse.
Das Land Bayern stellt für die Zwischenzeit eine Orientierungshilfe bereit, nach der Deutschkurse organisiert werden können, die die erste Zeit überbrücken.

Eine besondere Problemgruppe sind hier unbegleitete Jugendliche (siehe Kasten). Wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden sie meist aus der Schulpflicht entlassen und normalerweise Gemeinschaftsunterkünften zugewiesen. Vielen von ihnen fehlt jedoch wegen ihrer Fluchtbiografie eine kontinuierliche Bildung, einige sind schwer traumatisiert.

Für die Kommunen eine besondere Aufgabe: Sobald die Jugendlichen aus der Zuständigkeit des Jugendamtes herausfallen, wird ihr Aufenthalt für die Gemeinde zwar billiger, doch endet die Verantwortung nicht, gerade dieser Gruppe eine Perspektive in Deutschland zu ermöglichen. Mit ESF-Mitteln gefördert, hat die „Schlauschule“, eine staatlich anerkannte Schule für junge Flüchtlinge in München, für diese spezielle Gruppe Lern- und Integrationskonzepte entwickelt, die sie in ihrem Weiterbildungsangebot für Lehrer, Sozialarbeiter und Betreuer auch gerne weitergibt. Rund 220 Jugendliche werden hier unterrichtet und zum Schulabschluss geführt.

Die Berufsschule in Höchststadt an der Donau hat, wie andere Berufsschulen in Bayern, spezielle Berufsschulklassen für junge Flüchtlinge eingerichtet, die neben Sprach- auch andere Bildungsdefizite haben. Neben der Schule werden die jungen Flüchtlinge in Praktika oder sogar in Regelausbildungsverhältnissen auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Voraussetzung dafür sind allerdings Landesregelungen, die die Berufsschulpflicht für Jugendliche auf 21 oder sogar 25 Jahre verlängern.

Arbeit: Die meisten Flüchtlinge bekommen zunächst keine Beschäftigungserlaubnis. In den ersten Monaten gilt ein generelles Beschäftigungsverbot, innerhalb der ersten vier Jahre des Aufenthalts gelten rigide Einschränkungen. Allerdings ist der Ermessensspielraum in dieser Zeit relativ groß. Warum Kommunen ein Interesse daran haben sollten, die Flüchtlinge möglichst schnell in Arbeit zu bringen, liegt auf der Hand. Wer arbeitet, integriert sich schneller, langweilt sich weniger, und die meisten erwachsenen Flüchtlinge würden sehr gerne arbeiten. Außerdem: Für Arbeitsuchende trägt der Bund die Kosten.

Der Landkreis Bad Hersfeld-Rotenburg versucht mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF), Asylbewerber mit geklärtem Aufenthaltsstatus und Flüchtlinge, die eine zumindest eingeschränkte Arbeitserlaubnis haben, so schnell wie möglich in Arbeit zu bringen. Wer arbeitet, sichert seinen Aufenthaltsstatus und macht schnelle Fortschritte bei der Integration, sagen die Bad Hersfelder. Selbst jeder 400-Euro-Job, den ein Flüchtling macht, spart Geld. Die Kommunen können beispielsweise die Kosten der Unterkunft reduzieren, die für Asylbewerber bisher nicht vom Bund zurückerstattet werden. „Migrationssozialarbeit lohnt sich – auch und vor allem auf dem Lande“, heißt es in dem Konzept der Bad Hersfelder. Eine umfangreiche Dokumentation und Arbeitshilfe zeigt, wie die Arbeit organisiert wurde und wie sie wirkt. Das Osnabrücker Konzept zeigt ebenfalls, was möglich ist. Den Hausmeistern, die für mehrere Unterkünfte verantwortlich sind, stehen 1-Euro-Kräfte aus dem Kreis der Flüchtlinge zur Seite. Sie kümmern sich in den Unterkünften um das soziale Zusammenleben, um die Ordnung und vermitteln bei Konflikten. Im Landkreis Gießen dürfen Asylbewerber seit diesem Sommer kreisweit Praktika machen und Arbeitsgelegenheiten wahrnehmen. Vorsicht ist allerdings neben dem üblichen Gebot, dass die Arbeiten zusätzlich sein müssen, angezeigt: Auch in Schwäbisch-Gmünd arbeiten Flüchtlinge seit langem in 1-Euro-Jobs in sozialen Einrichtungen. Doch als Oberbürgermeister Richard Arnold (CDU) im vergangenen Jahr Flüchtlinge für das Koffertragen am Bahnhof gewonnen hatte, gab es einen öffentlichen Aufschrei. Die lokale Presse titelte: „Grüße aus der Kolonialzeit“. Das Projekt wurde wegen öffentlicher Empörung eingestellt. K

Syrische Flüchtlingsfamilie bei der Registrierung in Deutschland (l.)
Der lange Weg in die Sicherheit der deutschen Kommunen beginnt für viele Flüchtlinge im Auffanglager der türkischen Grenzstadt Anliurfa (o.).

FOTOS: Esber Ayaydin/dpa, UNHCR/FJuez

buergermut.de Mehr Informationen zur Stiftung

> „Wir versuchen, alle Flüchtlinge **dezentral**, aber nicht vereinzelt unterzubringen.“
>
> **Rita Maria Rzyski,** Sozialdezernentin Osnabrück

bamf.de Mehr Informationen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

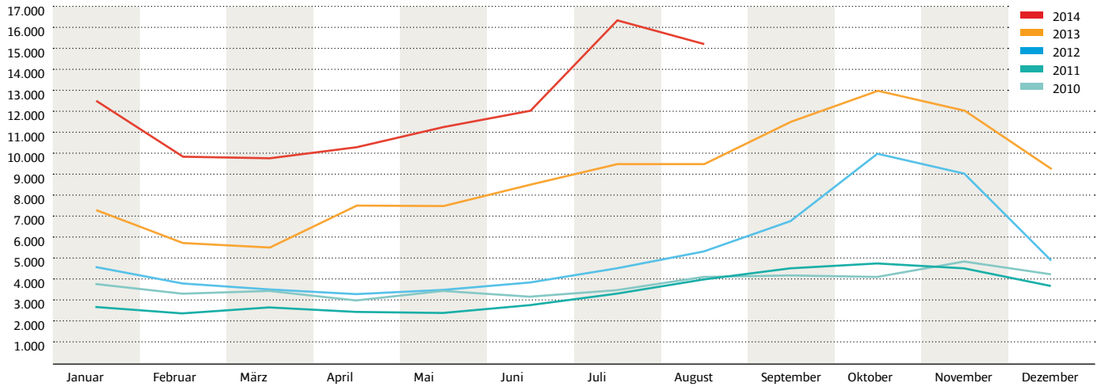
esf.de Informationen auf der Website des Europäischen Sozialfonds

STATISTIK

DAS **FLÜCHTLINGSDRAMA** IN FAKTEN UND ZAHLEN

Politiker fordern neues Verteilungssystem der Flüchtlinge in der EU

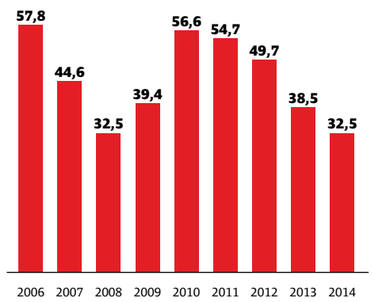
ENTWICKLUNG DER ASYL-ERSTANTRAGSZAHLEN IM JAHRESVERGLEICH (2010 BIS 2014)



QUELLE / MARiS

ANTEIL DER ABGELEHNTEN ASYLANTRÄGE IN DEUTSCHLAND VON 2006 BIS 2014

Angaben in Prozent

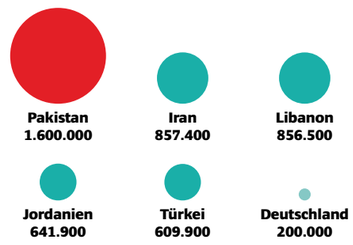


QUELLE / Statista 2014

DIE FÜNF GRÖSSTEN GRUPPEN DER ASYL-ANTRAGSTELLER

QUELLE / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

DIE FÜNF GRÖSSTEN AUFNAHMELÄNDER VON FLÜCHTLINGEN



Pakistan ist aktuell mit Abstand das größte Aufnahmeland.

QUELLE / Uno Flüchtlingshilfe

INTERVIEW

WIR BRAUCHEN EINEN **FLÜCHTLINGSGIPFEL**

Das Problem erfordert eine Gesamtstrategie in Deutschland und Europa – sagt Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

KOMMUNAL. Herr Dr. Landsberg, der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert bei der aktuellen Flüchtlingsproblematik eine Gesamtstrategie in Europa und Deutschland. Was forden Sie von Europa?
Dr. Gerd Landsberg: Das aktuelle Problem muss grundsätzlich auf EU-Ebene gelöst werden. Eine unserer zentralen Forderungen ist deshalb, dass die EU ihre Aktivitäten verstärkt und entsprechend der Bedeutung dieser großen Herausforderung einen Sonderkommissar für Flüchtlinge stellt. Deutschland nimmt zahlenmäßig die meisten Flüchtlinge in der EU auf. Deshalb müssen wir auf europäischer Ebene über eine Verteilungsquote sprechen.

Und was fordert der Städte- und Gemeindebund von Deutschland?
Auch hier brauchen wir eine besser abgestimmte Gesamtstrategie – zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, in Bezug auf die Unterbringung, Verteilung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge. Wir fordern deshalb einen entsprechenden Flüchtlings- und Asylgipfel.

Was sollte konkret auf diesem Flüchtlingsgipfel entschieden werden?
Es sollte ein Bauprogramm für zusätzliche zentrale Aufnahmeeinrichtungen, wie auch für dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten in den Kommunen beschlossen werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Finanzierung. Wenn wir wissen, dass gerade die Bürgerkriegsflüchtlinge über Jahre in Deutschland bleiben werden, ergibt die Anmietung von Hotels oder Wohnungen für die Unterbringung langfristig wenig Sinn. Auch die bereits zugesagte Änderung des Baurechts, um Flüchtlingsunterkünfte in Gewerbe- und Mischgebieten zu schaffen, könnte so vorangetrieben werden.

ZUR PERSON
Dr. Gerd Landsberg
war Richter am LG Bonn und am OLG Düsseldorf sowie Referent im Bundesministerium der Justiz. Seit 1996 führt er als Hauptgeschäftsführer den Deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin.

> Die **Städte und Gemeinden** bekennen sich zu ihrer Verantwortung.“

Fühlen sich die Städte und Gemeinden in Deutschland von Bund, Ländern und EU im Stich gelassen?
Das wäre sicher zu hart ausgedrückt, aber die Entwicklung einer Gesamtstrategie, die über mehrere Jahre trägt, ist unverzichtbar und muss dringend auf den Weg gebracht werden.

Ist Deutschland bereit, weitere Flüchtlinge aufzunehmen?
Die Städte und Gemeinden bekennen sich zu ihrer Verantwortung, verfolgten Menschen zu helfen, sie aufzunehmen und zu schützen. Es gibt auch viele gute Beispiele, die aufzeigen, dass Flüchtlinge aus Lebensgefahr gerettet werden konnten, in Deutschland aufgenommen wurden und nach wenigen Monaten hier einen Arbeitsplatz fanden. Dies wird leider viel zu wenig kommuniziert. Die Einrichtung eines Lage- und Kommunikationszentrums Flüchtlinge von Bund, Ländern und Gemeinden könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten. Damit würde sicher auch das in vielen Bereichen vorhandene bürgerschaftliche Engagement weiter gestärkt. Unter diesen Voraussetzungen sehe ich durchaus die Bereitschaft in Deutschland, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

www.kommunal.com
Weitere Informationen zur Flüchtlingsproblematik

KOMMENTAR

BESSERE **ARBEITSLOSENBETREUUNG?**

Was das jüngste Urteil des BVerfG zu den Optionskommunen für die Arbeitsagenturen bedeutet. Eine Bewertung aus Münster von Stadtrat Thomas Pahl.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist nur scheinbar eine Niederlage für die Kommunen. Zwar konnten die klagenden Kommunen nicht als neue Optionskommunen den Gerichtssaal verlassen. Sie haben aber zwei wichtige Feststellungen des Verfassungsgerichts erstritten. Die Finanzkontrolle des Bundes über die Optionskommunen erlaubt ihm nicht die Aufsicht über deren Augabenwahrnehmung. Dies stärkt die Arbeit vor Ort, indem die besten örtlichen Lösungen gefunden werden können. Wir können stärker noch als bisher unsere kommunalen Stärken ausspielen. Und dies lenkt den Blick auf die zweite Feststellung. Auch wenn der Bund nicht weitere kommunale Jobcenter zulassen muss, darf er es. Und er sollte es! Der Grund liegt auf der Hand: Die Stellung als kommunaler Träger bündelt die Steuerungs- und Entscheidungskompetenz vor Ort und kommt damit unmittelbar den Leistungsberechtigten zugute! In Münster, seit 2012 kommunales Jobcenter, ist es das Ziel, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen im Sinne einer integrierten Arbeits- und Sozialpolitik zu verzahnen. Dabei findet mit der gesamtstädtischen Steuerung eine enge Abstimmung und Verzahnung aller städtischen Leistungen statt. Auf die Belange der Leistungsberechtigten kann dadurch schneller, passgenauer und zielgerichteter eingegangen werden. Gleichzeitig sinkt für den Bürger die Anzahl der Ansprechpersonen und die Vielzahl der (kommunalen) Leistungen wird transparenter. Übergänge zwischen den verschiedenen Rechtskreisen (SGB II / SGB XII) oder an der Nahtstelle zwischen zum Beispiel Schule und Beruf werden durch die enge Verzahnung und den Austausch der beteiligten Ämter (hier: Schul-, Jugend-, gegebenenfalls Sozialamt und Jobcenter) für den Bürger unbürokratischer und leichter zu bewältigen. Gleiches gilt für die Ermittlung und Gewährung kommunaler Leistungen, wie etwa Schuldner- oder Suchtberatung. Während die Zusammenhänge zwischen Jobcenter und Stadt für den Bürger früher schwer nachvollziehbar und die Zuweisungspraxis umständlich war, kommt mit der Option für den Bürger erkennbar alles aus einer Hand. In Münster hat sich bewährt, dass der „Behördendschungel“ für die Bürger lichter geworden ist: Während im Umstellungsprozess 2012 noch nur 40 Prozent der Kund(inn)en dem Jobcenter in Sachen „Zufriedenheit“ die Note 1-2 (weitere 56 Prozent die Note 3-4) gaben, stieg die Zufriedenheit bis Ende 2013 deutlich an – 69 Prozent der Befragten waren mit dem Jobcenter sehr gut oder gut zufrieden, 27 Prozent vergaben die Note 3-4.

Nicht zuletzt deshalb sollte im Sinne einer bürgernahen Ausgestaltung dieses sozialen Sicherungsbereiches den Kommunen vor Ort die Möglichkeit eingeräumt werden, die Aufgabe selbstverantwortlich auszugestalten. Die Bereitschaft vieler Kommunen, in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen, besteht. Jetzt liegt es am Bund, dieses Angebot anzunehmen.

> „Auch, wenn der Bund nicht weitere **kommunale Jobcenter** zulassen muss, darf er es. Und er sollte es!“

THOMAS PAAL
Thomas Paal ist Beigeordneter, er leitet das Dezernat für Recht, Soziales, Integration, Gesundheit, Umwelt- und Verbraucherschutz.
paal@stadt-muenster.de

Tauben gelten in vielen Städten als Plage

Taubenfütterungsverbote sind erlaubt

Taubenliebhaber dürfen sich nicht über ein von einer Kommune erlassenes Taubenfütterungsverbot hinwegsetzen. Das Fütterungsverbot kann die Taubenpopulation in einem Stadtgebiet verringern und ist durch eine damit einhergehende Verringerung gesundheitlicher Gefahren gerechtfertigt, entschied das Verwaltungsgericht Stuttgart (Az.: 5 K 433/12). Das Gericht sah in dem Verbot weder einen Verstoß gegen die Tierschutzvorgabe des Grundgesetzes, noch eine Einschränkung der Rechte der fütternden Personen.
Konkret ging es um eine 35-jährige Taubenliebhaberin in Stuttgart. Seit Jahren lockte sie kranke Tauben mit Futter in ihre Wohnung, um den Tieren zu helfen. Doch weil Taubenfüttern in Stuttgart verboten ist, bekam sie immer wieder Bußgeldbescheide. Geklagt hatte sie gegen eine Androhung eines Zwangsgeldes in Höhe von 150 Euro. Zusätzlich sollte sie die Verwaltungsgebühren in Höhe von 110 Euro tragen. Das Gericht gab der Stadt in allen Pukten recht. Nun muss die Taubenliebhaberin auch für die Kosten des Verfahrens aufkommen.

www.vgstuttgart.de
Mehr zum Thema

ANZEIGE

FOTOS/Thomas Paal, Martin/Fotolia

Beim Sport wird es manchmal lauter. Zunehmend beschweren sich Anwohner über den Lärm. Was Kommunen und Bund tun können, um den Konflikt zu entschärfen.

RECHT IM ALLTAG

SPORTLÄRM IST **KEINE RUHESTÖRUNG**

Anwohner oder Allgemeinheit? Am Beispiel Sportplatznutzung zeigt sich zunehmend die Tendenz zum Konflikt. Es geht um Lärm. Verunsicherte Kommunen verhängen immer häufiger Nutzungseinschränkungen. Oftmals trotz Einhaltens der Richtwerte.

TEXT/Uwe Lübking

In immer mehr Kommunen nehmen die Konflikte zwischen den Sporttreibenden und Sportplatznutzern einerseits und dem Ruhebedürfnis der Anwohner andererseits zu. Immer häufiger wird die Sportplatznutzung eingeschränkt oder sogar untersagt. Verunsicherte Kommunen verhängen Nutzungseinschränkungen trotz Einhaltens der Richtwerte oder lagern Sportanlagenstandorte an die städtische Peripherie aus, um Lärmschutzkonflikten auszuweichen.

Die heranrückenden Wohnbebauungen gefährden zudem auch den Bestand bereits lange existierender Sportanlagen. Auch der „Altanlagenbonus“ bestehender Sportanlagen läuft zunehmend bei notwendigen Sanierungsmaßnahmen ins Leere.

Es ist eine Tendenz festzustellen, dass Anwohner verstärkt versuchen, ihre individuellen Interessen auch zu Lasten der Allgemeinheit durchzusetzen.

Dies entspricht nicht der herausragenden gesellschaftspolitischen Bedeutung des Sports. Die Anwendung der geltenden Rechtslage wird dazu führen, dass Sportanlagen zunehmend aus den wohnungsnahen Bereichen verdrängt werden. Das jedoch widerspricht der Zielsetzung, den Sport für viele Bevölkerungsgruppen leicht zugänglich zu machen.Die zunehmend ältere Bevölkerung braucht zudem Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Nähe ihrer Wohnung, schon um längere Anfahrtswege durch die nachlassende Mobilität zu vermeiden.

Auch Kinder und Jugendliche sind aufgrund des zunehmenden Ganztagsschulbetriebs auf kurze Anfahrtswege zu den Sportstätten angewiesen, die immer häufiger auch am späten Nachmittag und am Abend genutzt werden.

Die Politik erwartet einerseits vom organisierten Sport Kooperationen im Ganztagsschulbereich, begrenzt jedoch durch ein zunehmend sportunfreundliches Immissionsrecht zugleich die Handlungsmöglichkeiten.

Während eine moderne Stadtentwicklung bei heranrückender Wohnbebauung für Industrie und Gewerbe, zum Beispiel auf Grundlage der TA Lärm, ermöglicht wird, ist dies im Bereich der Sporträume immer weniger möglich.

So droht in Städten die Ausweisung von Sportanlagen bzw. -gelegenheiten trotz benachbarter Straßen mit hoher Lärmbelastung zu scheitern. Diese Tendenz zeigt sich auch bei anderen Sport- und Spielflächen. Die unschöne Folge sind innerstädtische Lärmschutzanlagen mit oft bis zu fünf Meter hohen Mauern zum Schutz vor Kinderlärm.

Sport und Bewegung unterstützen gesundheitsbezogene Lebensstile. Diese gesundheitsfördernden Wirkungen des Sports können sich jedoch nur entfalten, wenn die notwendigen wohnortnahen Sport- und Bewegungsräume vorhanden sind und auch genutzt werden können. Die zunehmenden Nutzungseinschränkungen durch ein sportunfreundliches Immissionsschutzrecht sowie die Verlagerung von Sportanlagen an städtische Randbereiche laufen den Präventionsansätzen und den Gesundheitswirkungen des Sports zunehmend entgegen.

Es gibt eine weitere nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung: Die politischen Kinderlärm-Initiativen haben zur Privilegierung des von Kindertageseinrichtungen und Kinderspielplätzen ausgehenden „Kinderlärms“ geführt. Danach ist der Lärm von Kindern auch im Wohnumfeld „sozial-adäquat“. Eine richtige und überfällige Entscheidung.

Diese „Vorfahrtsregelung“ gilt aber nur für Kinder (nicht für Jugendliche) und nur für Kinder, die in Kindertageseinrichtungen und Kinderspielplätzen sportaktiv sind, während dieselben Kinder auf dem unmittelbar benachbarten Sportplatz im Vereinstraining nur im Rahmen behördlicher Einschränkungen Sport treiben dürfen bzw. die durch sie verursachten Geräusche zu einer Einschränkung der Sportplatznutzung für alle Aktiven führt.

Was muss geschehen? Die Bundesregierung muss die Interessen des Sports in immissionsschutzrechtlichen Konfliktlagen angemessen berücksichtigen und in diesem Sinne die Sportanlagenlärmschutzverordnung überarbeiten.

So könnte eine Anpassung der Lärmschutzverordnung an die TA Lärm der gesellschaftspolitischen Bedeutung des Sports weit besser Rechnung tragen und die derzeitige strukturelle Benachteiligung des Sports beseitigen.

Der Bundesrat hat auf Initiative Hamburgs entsprechende Forderungen beschlossen, die jetzt zügig umgesetzt werden sollten.

Auch sollte durch eine Länderöffnungsklausel die Möglichkeit geschaffen werden, regionale Besonderheiten besser zu berücksichtigen.

Schließlich ist es zwingend erforderlich, die derzeitige Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen auf und außerhalb von Sportanlagen durch eine Erweiterung des sogenannten „Kinderlärmprivilegs“ auf Kinder und Jugendliche auf Sport- und Freizeitanlagen zu beseitigen. K

ZUR PERSON
Uwe Lübking ist Beigeordneter für Arbeitsmarktpolitik, Kultur, Sport, Verwaltungsmodernisierung, Demografie und Bildung beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB).

ZAHLEN & FAKTEN
RUND UM DAS THEMA SPORT UND LÄRM

230
Quadratkilometer beträgt die Fläche aller rund 80.000 Sportplätze und Sporthallen in Deutschland.

91.080
Sportvereine gab es im Jahr 2013 in Deutschland, in denen 35,4 % der Männer und 22,7 % der Frauen in der Bevölkerung Mitglieder waren.

QUELLE / Statista

60
Dezibel sind laut § 3, Abs. 5, Nr. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten werktags außerhalb der Ruhezeiten erlaubt.

QUELLE / Juris.de

Die Lärmschutzverordnung für Sportanlagen muss dringend überarbeitet, die derzeitigen Benachteiligungen des Sports müssen beseitigt werden.“

Uwe Lübking

FOTOS/Dusan Kostic/Fotolia, Uwe Lübking

FOTOS: Klaus Eppele/Fotolia

EXKLUSIV

SO **INVESTIEREN** DIE KOMMUNEN

Das KOMMUNAL-Investitionsbarometer. Wo wird investiert, wieviel wird investiert, in welche Bereiche, in welche Projekte? Exklusive Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa – im Auftrag von KOMMUNAL.

TEXT/Marco Hecht

Die Städte und Gemeinden leiden derzeit unter einem enormen Investitionsstau. Laut Kommunal-Panel 2014 müssen die Gemeinden 118 Milliarden Euro investieren, um diesen Stau auch nur einigermaßen aufzulösen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) beziffert den kommunalen Investitionsbedarf bis zum Jahr 2020 auf 47 Milliarden Euro jährlich. Hinzu kommt der jährliche konventionell etatisierte Bedarf in Höhe von 192 Milliarden Euro. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht eine besonders große Baustelle bei der gesamten kommunalen Infrastruktur, also Straßen, Schienen, Wasserwege, öffentlicher Personennahverkehr.

Zahlen, die zeigen: Die Herausforderungen für die Kommunen im Jahr 25 nach dem Mauerfall sind gigantisch.

KOMMUNAL wollte es genau wissen. Im exklusiven und repräsentativen KOMMUNAL-Investitionsbarometer, das wir beim renommierten Meinungsforschungsinstitut Forsa in Auftrag gaben, beteiligten sich bundesweit mehr als 1000 Kommunen. Eine exakte Übersicht, die auf den folgenden Seiten dezidiert aufzeigt: Wo soll investiert werden, wo ist der Bedarf am höchsten? In welchen Bereichen und für welche Projekte?

Im KOMMUNAL-Investitionsbarometer lesen Sie auf den kommenden Seiten nicht nur, wo der Investitionsbedarf in den deutschen Kommunen derzeit besonders hoch ist. Es geht auch darum, was bei künftigen Investitionsvorhaben und Finanzierungen besonders wichtig ist, wo die größten Hindernisse für künftige Investitionen liegen, wie PPP-Projekte sich in den Kommunen entwickelt haben und schließlich auch um die aktuelle Lebensqualität in den Kommunen.

Die Studie unterscheidet Deutschland dabei in drei – wirtschaftlich ganz unterschiedliche – Regionen: Ostdeutschland, Süddeutschland (mit Bayern und Baden-Württemberg) und das restliche Westdeutschland. Ebenfalls unterschieden wird dann noch einmal bei der Größe der Kommunen: bis 5000 Einwohner, 5000 bis 200.000 Einwohner, 20.000 bis 100.000 Einwohner – und Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Es zeigen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Die Studie ist eine exakte Abbildung der derzeitigen Situation,

Und es zeigt sich vor allem auch, dass viele Kommunen den derzeit gigantischen Investitionsstau aus eigener Kraft nicht mehr beseitigen können, dass sie Partner benötigen. Mehr Hilfe vom Bund, mehr Hilfe von den Ländern, mehr private Investitionen und Partnerschaften.

Beim KOMMUNAL-Investitionsbarometer, in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und erstellt vom renommierten Meinungsforschungsinstitut Forsa, wurden mehr als 1.000 Bürgermeister in Deutschland gefragt, in welchen Bereichen ihrer Meinung nach derzeit ein besonderer Investitionsbedarf besteht.

Als Bereich mit dem größten Investitionsbedarf werden von 85 Prozent der Bürgermeister der Bau und Unterhalt sowie die Sanierung von Straßen und Brücken genannt.

In der Einschätzung des Investitionsbedarfs zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den kleinen und den großen Gemeinden. So sehen die Bürgermeister der großen Städte größeren Investitionsbedarf beim Unterhalt und Bau von Schulen, beim Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, beim Ausbau und Unterhalt des Öffentlicher Personennahverkehr und beim Bau und Unterhalt von Wohnungen als die Bürgermeister kleinerer Gemeinden.

Investitionen in den Bau von Fahrradwegen halten nur die Bürgermeister der urbanen Metropolen für dringlich. In den kleinen Gemeinden wird häufiger als in den größeren Investitionsbedarf im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bzw. der Abwasserentsorgung gesehen.

Unter verschiedenen möglichen Kooperationsformen für Investitionsvorhaben wird die interkommunale Zusammenarbeit (90 Prozent) als am wichtigsten erachtet.

49 Prozent der Bürgermeister sehen in der Bildung von Betreibergesellschaften eine wichtige Form der Kooperation. Als deutlich weniger wichtig bei Investitionsvorhaben werden die Auslagerung von öffentlichen Ausgaben an Dritte (25 Prozent) oder PPP-Projekte (19 Prozent) erachtet.

Als größte Hindernisse und Probleme bei Investitionen werden von den Bürgermeistern fehlende Finanzierbarkeit (81 Prozent), beziehungsweise eine fehlende Förderung (81 Prozent) gesehen.

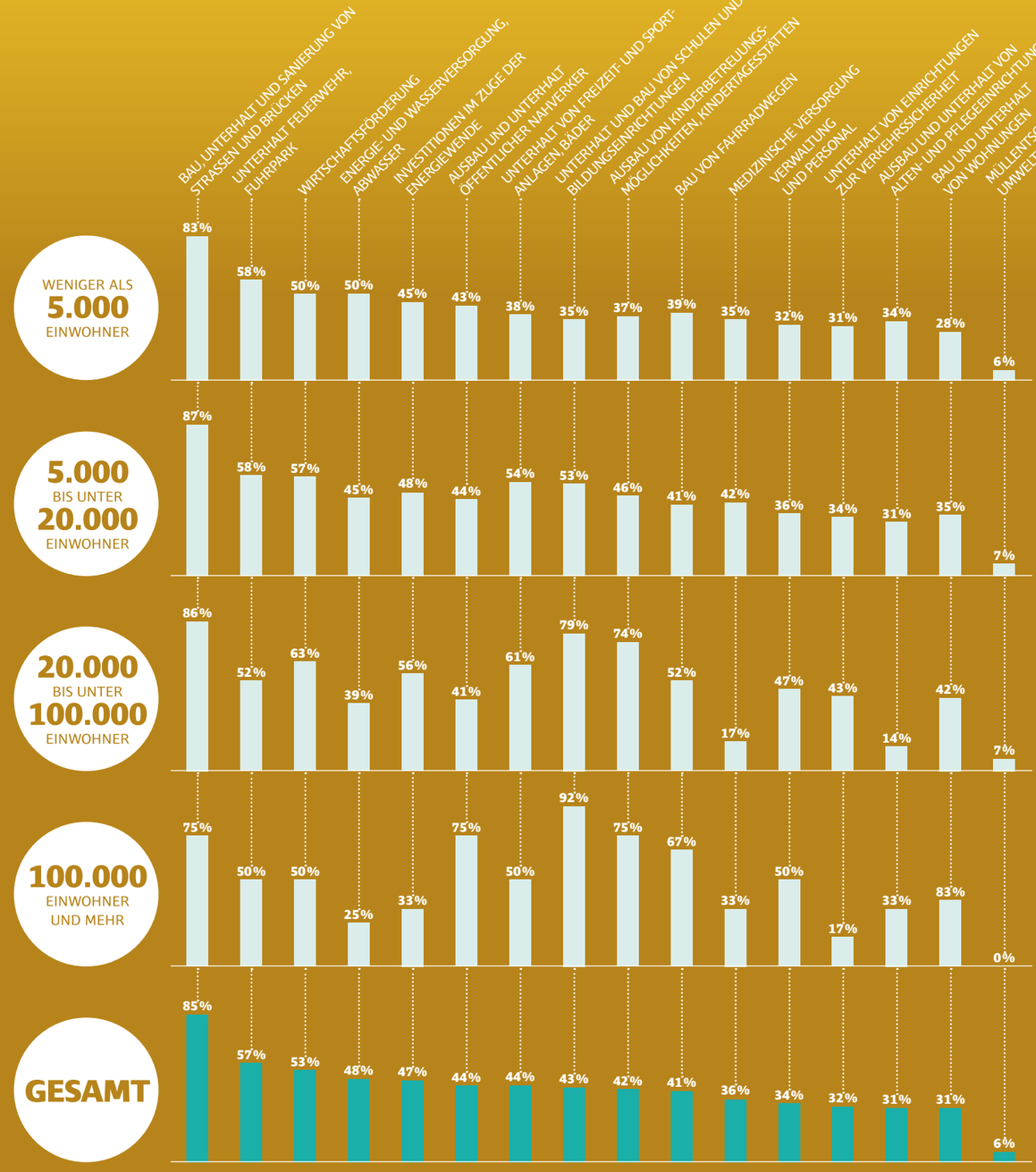
Die Mehrheit (51 Prozent) der befragten Bürgermeister gibt an, dass die Lebensqualität in ihrer Kommune in den vergangenen Jahren gestiegen sei. Lediglich 8 Prozent meinen, dass die Lebensqualität in ihrer Gemeinde eher gesunken sei.

41 Prozent sehen keine Veränderung der Lebensqualität. Am positivsten schätzen die Entwicklung der Lebensqualität vor Ort die süddeutschen Bürgermeister (Bayern und Baden-Württemberg) ein.

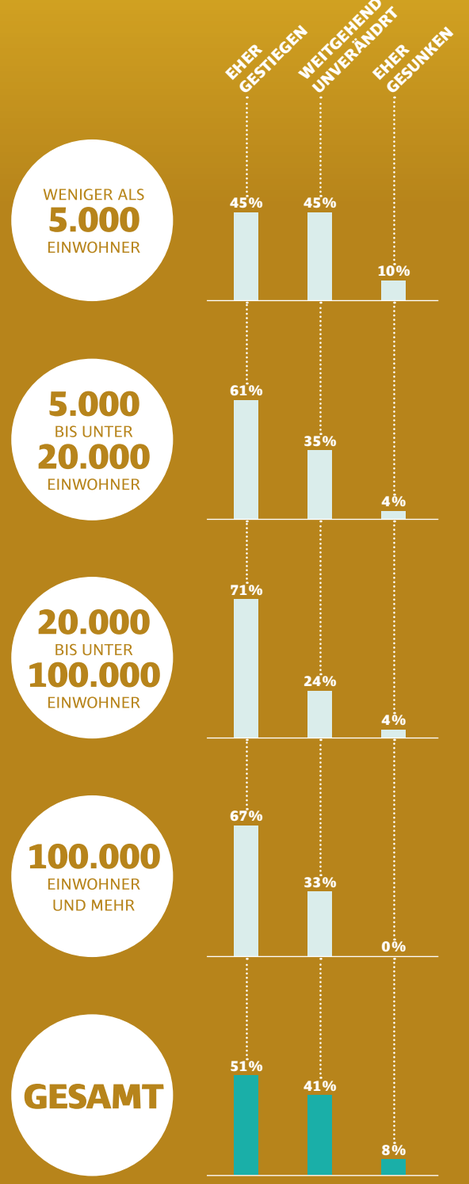
kommunal.com
Das vollständige KOMMUNAL-Investitionsbarometer lesen Sie auf unserer Homepage..

Bei künftigen Investitionsvorhaben und Finanzierungen sind wichtig ...

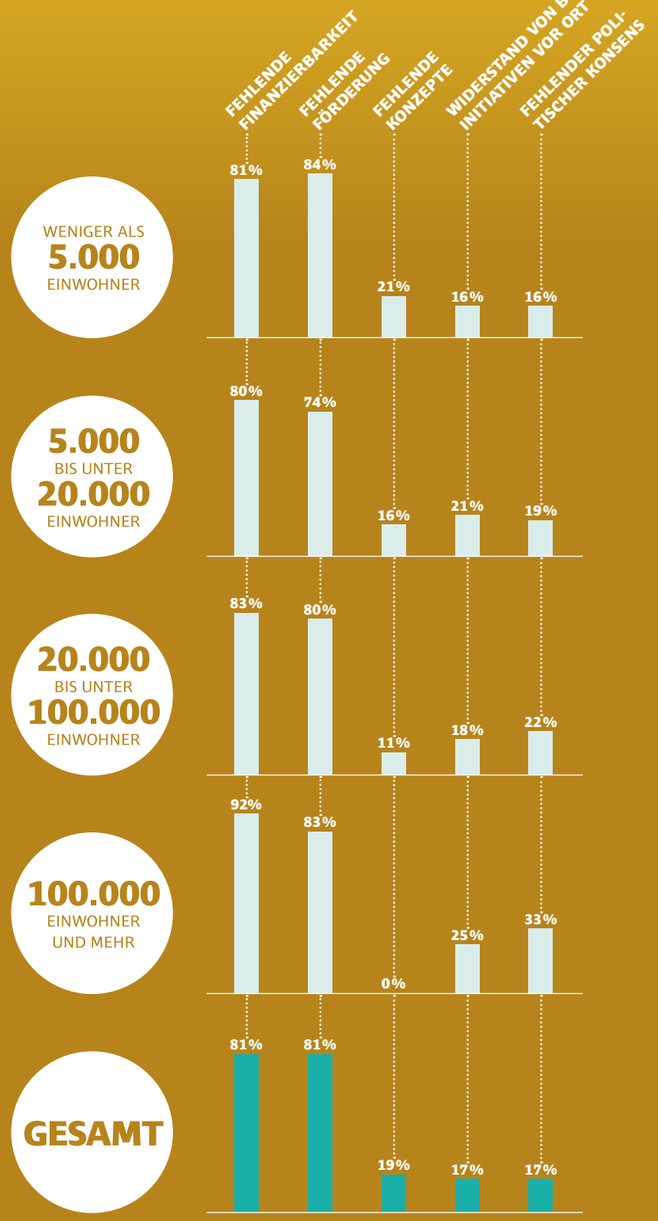
Investitionen sind besonders dringlich in den Bereichen ...



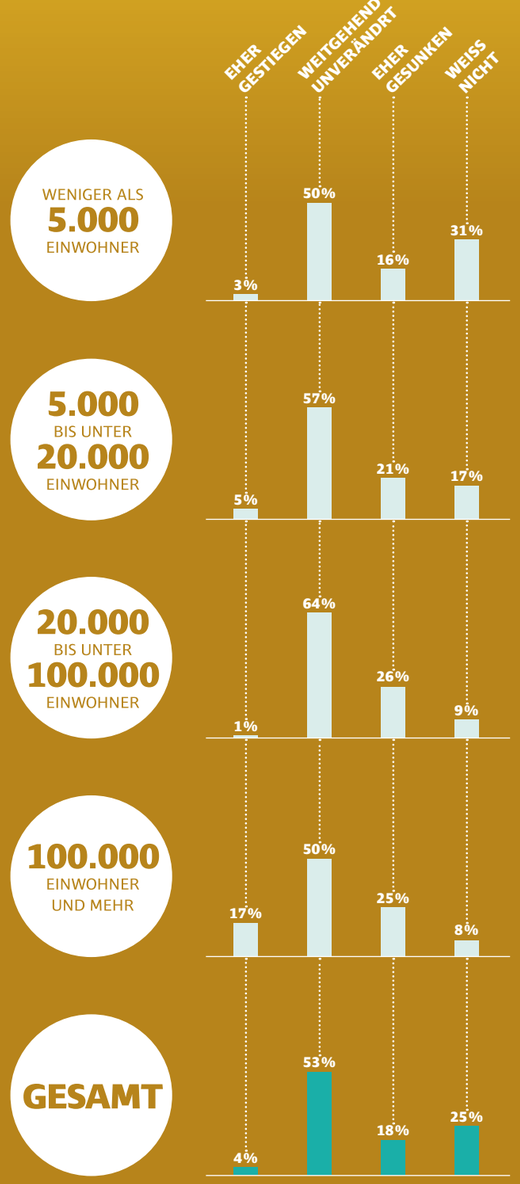
Die Lebensqualität in den Kommunen ist in den vergangenen fünf Jahren …



Für Investitionen sind ein großes Hindernis …



Die Anzahl von PPP-Projekten in der eigenen Kommune ist in den vergangenen fünf Jahren …



ANZEIGE

MODERNER STAAT

2. – 3. Dezember 2014
Estrel Convention Center, Berlin

18. Fachmesse und Kongress
Strategie und Best Practices für IT, Personal und Finanzen

Was führende Köpfe bewegt.

Etabliert, Einzigartig, Effizient, Erfolgreich.

Wer heute und in Zukunft erfolgreich sein will, muss in Bewegung bleiben. MODERNER STAAT stellt die Weichen für die Zukunft der öffentlichen Verwaltung. Hier werden die Themen von morgen diskutiert und ein überparteilicher, unabhängiger und ressortübergreifender Erfahrungsaustausch gepflegt.

www.moderner-staat.com

BITKOM

DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund

zeppelin universität
zwischen Wirtschaft Kultur Politik

Organised by
Reed Exhibitions

AUF EIN WORT

MEHR **DIGITALITÄT** WAGEN!

Die Digitale Agenda der Bundesregierung kann nur der Anfang sein. Denn das Gelingen des Projekts ist entscheidend. Für unser Land – und ganz Europa.

Der Weg in die Digitalität muss jetzt auch umgemünzt werden. Zur Wertschätzung muss die Wertschöpfung kommen. Nur dann wird die ganze Kraft entfaltet. Nur das schafft Wachstum auch in der digitalen Welt.

In der jüngsten Haushaltsrede sagte die Bundeskanzlerin: „Wir müssen verstehen, dass Digitalisierung ja nicht nur schnelles Internet bedeutet, sondern dass es sich dabei um so etwas wie eine industrielle Revolution handelt."

Recht hat sie! Eine Revolution im Eiltempo verändert die Digitalisierung – als Schwester der Globalisierung – gerade unser Land, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft.

Die Politik muss jetzt Taten folgen lassen, ist aufgefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung zu schaffen. Damit Wachstum und Wohlstand auch in Zukunft gesichert und gestärkt werden.

Aber tut die Politik das Richtige? Ist diese Digitale Agenda schon die Antwort auf den neuen Weg, den wir beschreiten müssen?

Deutschland lebt von seinen hervorragenden Leistungen des vergangenen Jahrhunderts. Doch jetzt, in dieser Revolution, wird es darauf ankommen, unsere Wirtschaft und Industrie in das neue Zeitalter des Internets der Dinge zu transformieren.

Im Vordergrund muss deshalb die vollständige Vernetzung stehen. Das gilt für Produktion und Dienstleistungen, für Logistik und Mobilität gleichermaßen. Deutschland hat die Kraft, ein großes digitales Land zu werden. Die Digitale Agenda kann dabei aber nur der Anfang sein. Hier ist mehr notwendig, denn das Gelingen ist entscheidend – nicht nur für unser Land, sondern für ganz Europa.

> „Es sind die Kommunen, die den **Erneuerungsprozess durch Digitalisierung** vorantreiben werden."

Wir sind es deshalb, die handeln müssen. Wir müssen die Digitale Agenda selbst schreiben. Und wir sind es auch, die diese fundamentalen Veränderungen durch die digitale Revolution am intensivsten spüren werden.

Es geht darum, wie wir den großen Umbruch von der weitgehend strukturierten Wirtschaft und Verwaltung zu einer flexiblen und dynamischen (Selbst-)Organisation schaffen, dabei die Chancen konsequent nutzen und mögliche soziale Verwerfungen dabei möglichst abfedern.

Und es reicht deshalb nicht ansatzweise aus, nur die – ebenfalls überaus wichtigen und notwendigen – Sicherheitsfragen anzusprechen. Bei der Reise in die digitale Welt geht es nicht allein um Passwortsicherheit. Es geht – wie gesagt – um eine Revolution. Die meisten Jobs oder Berufe in den Verwaltungen des Jahres 2030 existieren heute noch gar nicht. Solche neuen Berufsfelder könnten etwa heißen: Wandelgestalter, Potenzialentdecker oder auch Beziehungsmanager.

Die Reise ins digitale Zeitalter hat längst begonnen – und es sind die Kommunen, die den Erneuerungsprozess vorantreiben werden.

FRANZ-REINHARD HABBEL
ist Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) und einer der Väter des E-Government in Deutschland.
franz-reinhard.habbel@dstgb.de
twitter.com/Habbel

FOTOS/Franz-Reinhard Habbel, Christian Rupp

KOMMENTAR

DIE DIGITALE AGENDA EXISTIERT IN BRÜSSEL SCHON SEIT JAHREN. POLITIKER SOLLTEN DIES WISSEN, DAMIT DIE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN NICHT VERSCHLAFEN WERDEN.

Wer gibt den Ton an bei der Digitalisierung Europas?

Die Revolution vollzieht sich schneller, als viele Akteure in Politik und Wirtschaft es wahrhaben wollen!", so Günther Oettinger, künftiger EU-Kommissar für die digitale Wirtschaft. Stimmt – und Digitalisierung ist auch die Garantie für Wachstum, Beschäftigung und einen attraktiven Wirtschaftsstandort.

Aber in vielen EU-Staaten ist das Thema noch nicht angekommen. Daher setzt die EU künftig mehr auf Verordnungen.

Der flächendeckende Breitbandausbau ist eine Grundvoraussetzung, aber für eine Industrie 4.0 benötigt es auch eine Verwaltung 4.0. Bereits im April hat das EU-Parlament der eIDAS-Verordnung zugestimmt (bestätigt vom EU-Rat am 23. Juli), die künftig die bestehende EU-Signaturrichtlinie durch eine europaweit gültige Verordnung ersetzt.

Im Kern geht es darum, dass alle entsprechenden eID-Systeme (zum Beispiel der deutsche Personalausweis) und deren elektronische Signaturen, Zeitstempel und Zustelldienste grenzüberschreitend europaweit von Behörden ab 2016 anerkannt werden müssen. Diese Verordnung hat Auswirkungen auf alle bestehenden nationalen Gesetzgebungen.

Das Internet hat unser Leben, Kommunikation, Arbeit und Wirtschaft bereits verändert und oft vollständig in das Netz verlagert. Wir müssen unsere kritische digitale Infrastruktur schützen – daher hat die EU-Kommission eine Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie) vorbereitet. Damit sollen öffentliche Organisationen sowie Privatunternehmen verpflichtet werden, bei Hacker-Angriffen eine Meldung an die zuständige Behörde zu liefern, um eine Verbreitung auf andere EU-Staaten zu verhindern.

Die EU verspricht sich durch die Einführung der elektronischen Rechnung große Ersparnisse im Bereich der öffentlichen Beschaffung. Laut Schätzungen liegt das Einsparpotenzial bei 2,3 Milliarden Euro pro Jahr. Mit der neuen EU-Richtlinie werden bis 2018 alle öffentlichen Stellen (Rechnungsempfänger von öffentlichen Ausschreibungen) verpflichtet, elektronische Rechnungen anzunehmen. Österreich akzeptiert bereits seit Anfang 2014 nur eRechnungen – und kein Papier.

Die Digitale Agenda existiert in Brüssel schon seit Jahren – Politiker sollten dies wissen. Dabei steht für Vorreiter- und Industriestaaten viel auf dem Spiel – verlorene Investitionen, falsch gesetzte Standards – es gilt, frühzeitig die besten Köpfe nach Brüssel zu schicken, um sich intensiv in die EU-Gesetzgebung einzubringen, damit die Gestaltungsmöglichkeiten nicht verschlafen werden.

CHRISTIAN RUPP
ist Sprecher der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt und einer der Masterminds hinter E-Government.
christian.rupp@bka.gv.at

SPONSORED BY
MACH

DAS e DES MONATS

Digitale Agenda in Zahlen

85

von 100 Haushalten in Deutschland besaßen 2013 einen Internetanschluss.

QUELLE / bitcom

17%

der Internetnutzer in Deutschland surfen im Internet mit mehr als 10 Mbit/s. In Südkorea sind es 70 %.

27.

Platz für Deutschland beim Vergleich des schnellsten Internets der Welt. Spitzenreiter sind Japan und Südkorea.

QUELLE / Eurostat

REPORTAGE

NETZAUSBAU – DER HÄSSLICHE BRUDER DER ENERGIEWENDE

Die Kommunen sitzen zwischen allen Stühlen. Während die Politik weiter über die längst beschlossenen Gesetze zur Energiewende streitet, wird das Projekt Netzausbau in vielen Regionen ganz konkret.

TEXT/Marco Hecht

Die Dinge könnten für die Kommunen derzeit kaum komplizierter liegen. Die Lage ist unübersichtlich, die Unsicherheit steigt. Denn auf der einen Seite gibt es das im Sommer 2013 in Kraft getretene Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG), nach dem 36 Aus- und Neubauprojekte mit insgesamt 5700 Kilometern Höchststromtrassen und drei großen Stromautobahnen durch Deutschland fertig gestellt werden müssen.

Die vier dafür zuständigen Netzbetreiber kommen diesem gesetzlichen Auftrag nach, die Grobkorridore der Trassen stehen fest.

In den davon betroffenen Kommunen und Regionen jedoch wächst derzeit die Unsicherheit. Sie wollen Planungssicherheit, wollen Klarheit darüber erhalten, wie die Energiewende konkret umgesetzt wird.

Denn trotz längst beschlossener Gesetze hakt es beim Netzausbau derzeit gewaltig.

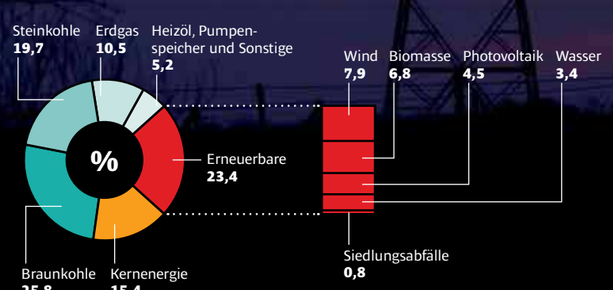
Das Thema wird weiterhin kontrovers diskutiert, ist noch immer im Kreuzfeuer parteipolitischer Auseinandersetzungen.

Der Streit gipfelte jetzt darin, dass Ministerpräsident Horst Seehofer die beiden, seinen Freistaat Bayern betreffenden Stromautobahnen sogar rundweg ablehnte. Von Moratorien und neuen Masterplänen, von Denkpausen und sogar von einer Volksabstimmung über das Mega-Projekt ist plötzlich die Rede.

Für die Kommunen in Deutschland ist dies alles ganz schlecht. Die politische Unsicherheit auf der einen Seite und die ganz konkreten Herausforderungen andererseits.

In vielen Regionen formiert sich der Protest. Die Aktionen und die Erfahrungen der Kommunen mit dem Netzausbau – ein Überblick.

BRUTTO-STROMERZEUGUNG 2013 IN DEUTSCHLAND NACH ENERGIETRÄGERN
GESAMT 629 MILLIARDEN KILOWATTSTUNDEN



Fast die Hälfte der Stromerzeugung in Deutschland wird noch immer aus Steinkohle und Braunkohle gewonnen. Der Anteil der Stromgewinnung aus Kernenergie (15,4 Prozent) soll bis 2022 auf Null gesunken sein.

Quelle: BDEW, AG Energiebilanzen

STRAHLUNG: GRENZWERTE IN DEUTSCHLAND

Das Bundesimmissionsschutzgestz (BImSchG) schreibt verbindliche Grenzwerte im Umkreis von Stromleitungen vor. Bei der elektrischen Feldstärke ist ein Höchstwert von 5 Kilovolt / Meter (kv/m) vorgegeben. Für die magnetische Flussdichte gilt der Wert von 100 Mikrotesla bei Wechselstrom. Für die geplanten Gleichstromtrassen dagegen bei 500 Mikrotesla.

Quelle: www.bmub.bund.de

FOTOS/Christian Schwier/Fotolia, Roland Weihrauch/dpa, Heinrich-Böll-Stiftung, Dirk Hourticolon/www.hourtifoto.de

NETZAUSBAU

DIE **STIMMUNG** VOR ORT KIPPT

Was Kommunen sich wünschen, welche Erfahrungen sie beim Netzausbau haben, wie sie sich einbringen und worüber gestritten wird. Berichte, Bewertungen, Fälle – und neue Urteile

Deutschland, im dritten Jahr der Energiewende. Trotz steigender Strompreise und politischer Unsicherheiten im Streit um die geplanten Trassen steht eine große Mehrheit der Deutschen zum energiepolitischen Kurs der Bundesregierung. In aktuellen Umfragen liegt die Zustimmung der Bevölkerung zur Energiewende mit all ihren Problemen konstant um 70 Prozent.

Ganz anders jedoch ist es derzeit in den vom Netzausbau betroffenen Regionen. Denn dort formiert sich auch viel Protest. Beispiele und Fälle:

Thüringen. Als bisher erste Gemeinde klagte Großbreitenbach im Ilmkreis vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG). Die Kommune hatte sich gegen den Bau eines 57 Kilometer langen Abschnitts durch den Thüringer Wald gewandt und argumentiert, dass über dieses – als Strombrücke von Thüringen bekannt gewordene – Teilstück kein Strom aus Windkraft, sondern vor allem Strom von Braunkohle aus der Lausitz transportiert, die Trasse demnach nicht für das Ziel der Energiewende benötigt werde. Für die Richter jedoch zählte nicht die Art des transportierten Stroms – sondern die Tatsache, dass dieses Teilstück in Thüringen eine tragende Funktion im politisch gewollten Gesamtkonzept darstelle (AZ A 4.12., Urteil am 18.07. 2013).

Nordrhein-Westfalen. Einen interessanten Teilerfolg vor dem BVerwG dagegen hat die Stadt Krefeld erreicht. Der Ausbau eines knapp acht Kilometer langen Trassenabschnitts auf ihrem Stadtgebiet wurde vom Gericht gestoppt. Bemerkenswert war hier die Einschätzung des Gerichts, dass die zulässigen Grenzwerte zwar nirgendwo erreicht wurden – aber sich doch annähern. So sei die Belastung mit elektromagnetischen Feldern auch unterhalb der offiziellen Grenzwerte in der Abwägung zu berücksichtigen. Vor dem Ausbau des Stromleitungs-Abschnitts in Krefeld müssen deshalb noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren nachgeholt werden.
(AZ 4 A 1.13., Urteil am 17. 12. 2013).

Schleswig-Holstein. Einer, der bereits Erfahrung beim Ausbau der Höchstspannungsleitungen in seiner Region hat, ist Thomas Köppl, der Bürgermeister von Quickborn. Die 15.000-Einwohner- Stadt wurde bekannt, als sie 2013 gegen die geplante Aufrüstung der Trasse Klage vor dem BVerwG eingereicht hat. Die Klage wurde jüngst wieder zurückgezogen – man hat sich mit Netzbetreiber TenneT geeinigt. Nach mehrjährigen Verhandlungen hat Quickborn es geschafft, dass die Streckenführung dort auf einer Länge von 1,5 Kilometern um bis zu 110 Meter verschwenkt wird. Ein Strommast wurde dafür versetzt.

Für Köppl eher eine 1B-Lösung: „Wir waren mit der Forderung nach unterirdisch verlegten Leitungen auf der kritischen Teilstrecke von 1,5 Kilometern in die Verhandlungen mit dem Stromnetzbetreiber gegangen – oder zumindest mit einer wesentlich weiterräumigen Umgehung des Stadtgebietes. Heute sind wir zu dem Schluss gekommen: Mehr war leider nicht drin. Wir haben zugegriffen, weil unsere Chancen, die Klage beim Bundesverwaltungsgericht zu gewinnen, zusehends abnahmen. Und wollten letztlich nicht riskieren, überhaupt keine Verbesserung zu erreichen. So lange die Grenzwerte für elektromagnetische Belastung eingehalten werden, kann der Netzbetreiber nicht zum Verschwenk gezwungen werden.“ Das ganze Interview mit Quickborns Bürgermeister Thomas Köppl finden Sie hier: kommunal.com

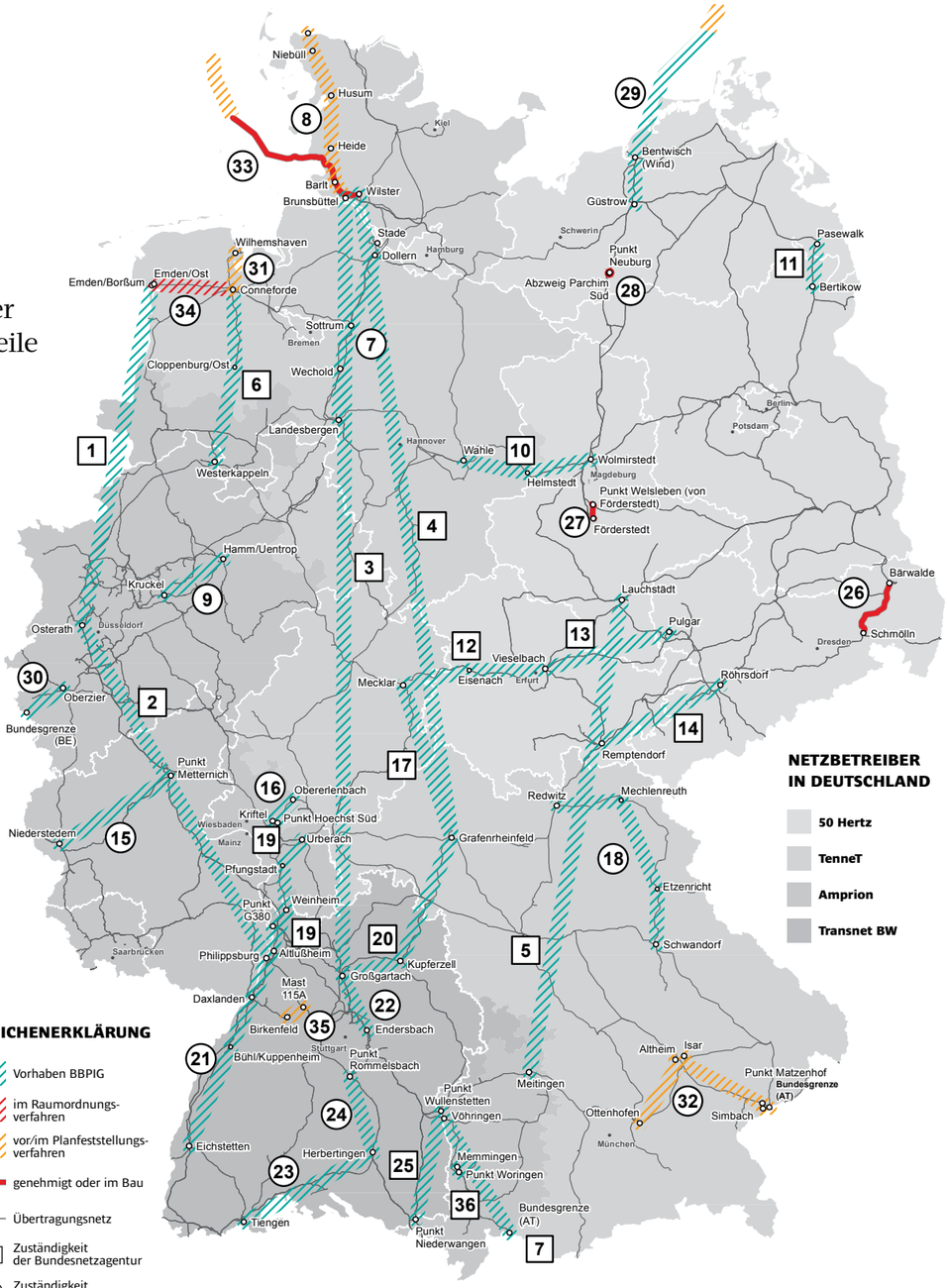
Münsterland. Raesfeld, 11.000 Einwohner, ländliche Gegend. In einem der wenigen Pilotprojekte verlegt dort der Netzbetreiber Amprion gerade 3,4 Kilometer Höchstspannungs-Kabel unterirdisch – zwei Meter tief im Boden.

Erdkabel – von vielen Kommunen in ganz Deutschland werden sie zurzeit gefordert, der allgemeine Wunschtraum: Die Energiewende unterirdisch – statt hoher Strommasten. Mit freier Sicht auf Wald und Feld. Doch der Teufel steckt auch hier im Detail.

Am Beispiel Raesfeld zeigen sich die Grenzen. Es beginnt bei den Kosten. In Raesfeld rechnet Netzbetreiber Amprion mit rund 30 Millionen Euro

NUMMER DES VORHABENS

1 Emden/Borßum – Osterath
2 Osterath – Philippsburg (Ultranet)
3 Brunsbüttel – Großgartach
4 Wilster – Grafenrheinfeld
5 Lauchstädt – Meitingen
6 Conneforde – Westerkappeln
7 Dollern – Landesbergen
8 Brunsbüttel – Bundesgrenze (DK)
9 Hamm/Uentrop – Kruckel
10 Wolmirstedt – Wahle
11 Bertikow – Pasewalk
12 Vieselbach – Mecklar
13 Pulgar – Vieselbach
14 Röhrsdorf – Remptendorf
15 Metternich – Niederstedem
16 Kriftel – Obererlenbach
17 Mecklar – Grafenrheinfeld
18 Redwitz – Schwandorf
19 Urberach – Daxlanden
20 Grafenrheinfeld – Großgartach
21 Daxlanden – Eichstetten
22 Großgartach – Endersbach
23 Herbertingen – Tiengen
24 Rommelsbach – Herbertingen
25 Wullenstetten – Niederwangen
26 Bärwalde – Schmölln
27 Abzweig Welsleben – Förderstedt
28 Abzweig Parchim Süd – Neuburg
29 Combined Grid Solution
30 Oberzier – Bundesgrenze (BE)
31 Wilhelmshaven – Conneforde
32 Bundesgrenze (AT) – Altheim
33 NordLink
34 Emden Ost – Conneforde Süd
35 Birkenfeld – Mast 115A
36 Vöhringen – Bundesgrenze (AT)



ZEICHENERKLÄRUNG

- Vorhaben BBPIG
- im Raumordnungsverfahren
- vor/im Planfeststellungsverfahren
- genehmigt oder im Bau
- Übertragungsnetz
- 6 Zuständigkeit der Bundesnetzagentur
- (7) Zuständigkeit der Landesbehörden

NETZBETREIBER IN DEUTSCHLAND

- 50 Hertz
- TenneT
- Amprion
- Transnet BW

QUELLE / Bundesnetzagentur, Stand 30.6.2014

10
Mrd. € Kosten
Nach dem im Juli 2013 verabschiedeten Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) wurde diese Summe von der Bundesregierung als Schätzung genannt und von der Bundesnetzagentur weitgehend bestätigt.

5700
Kilometer Stromkabel werden im BBPlG mit bis zu 380 Kilovolt aufgeführt, die rund zur Hälfte aufgerüstet und zur anderen Hälfte neu gebaut werden sollen.

36
Aus- und Neubauprojekte stehen im Zuge des Netzausbaus an, wovon zwei bereits genehmigt oder im Bau sind. Bei möglichen Klagen gegen die restlichen 34 Projekte ist als erste und letzte Instanz das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zuständig.

QUELLE / Bundesnetzagentur

Die Verlegung unterirdischer Kabel im Zuge des Netzausbaus ist aufwändig, teuer und bislang wenig erprobt.

> DAS GANZE **VERFAHREN** IST MIST UND BÜRGERUNFREUNDLICH.“
>
> **Ralf Pfeiffer,** Bürgermeister von Bad Emstal

te Projekt mehr Nachdruck zu verleihen, haben sich in Hessen gleich neun Bürgermeister zusammengeschlossen. So betonen die Verwaltungschefs von Wolfhagen, Naumburg, Habichtswald, Breuna, Zierenberg, Volkmarsen, Fritzlar, Schauenburg und Bad Emstal zwar unisono, dass sie die Energiewende an sich nicht infrage stellen.

Aber, so Bad Emstals Bürgermeister Ralf Pfeiffer, stellvertretend für alle: „Das ganze Verfahren ist einfach Mist und bürgerunfreundlich.“ Man stößt sich dabei gleichermaßen an mangelnder Informationspolitik des Netzbetreibers Tennet, am geplanten Streckenverlauf und vor allem am Ausmaß des Projekts.

Auszug aus der Erklärung: „Die Dimensionierung der Trasse auf Grundlage der maximalen Leistung aller Kraftwerke, die nur an wenigen Stunden im Jahr auch tatsächlich abgerufen würde, weckt erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Konzepts.“ Adressat: der Ausschuss für Wirtschaft und Energie im hessischen Landtag.

Bayern. Den stärksten Gegenwind bekommt das Projekt Energiewende bislang aus Bayern. Ende Mai endete bundesweit die Einspruchsfrist für alle Bürger gegen den Netzentwicklungsplan 2014. Insgesamt gingen rund 10.000 Stellungnahmen ein, mehr als die Hälfte davon bezieht sich allein auf die 450 Kilometer lange Gleichstrompassage Süd-Ost, die von Sachsen-Anhalt bis nach Meitingen in der Nähe von Augsburg führt. 63 Bürgerinitiativen und Kommunen haben insgesamt mehr als 120.000 Protest-Unterschriften und Einwände gesammelt und dem Bundeswirtschaftsministerium übergeben.

Selbst die Landesregierung spricht sich derzeit gegen die gesetzlich beschlossene Trasse aus.

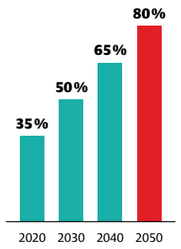
In der Kritik sind die vor allem die geplanten bis zu 70 Meter hohen Strommasten. Nach Ansicht der Gegner werden damit ganze Regionen verschandelt, zudem wird vielerorts befürchtet, dass wegen der elektromagnetischen Felder womöglich die Gesundheit der Anwohner gefährdet ist. Die Trasse soll nach der geplanten Abschaltung der Atomkraftwerke Gundremmingen und Grafenrheinfeld den Freistaat Bayern mit Strom versorgen.

Kosten für die 3,4 Kilometer – sieben bis acht Mal so viel wie für eine vergleichbare Überlandleitung. Ein technisches Problem ist auch die Wärmeentwicklung: An den unterirdischen Kabeln kann die Temperatur auf bis zu 50 Grad steigen. Die Bauern der Umgebung fürchten, dass ihre Ernten durch die Erwärmung des Bodens leiden könnten.

Und: Wenn die Erdkabel einmal kaputtgehen sollten, wäre eine Reparatur wesentlich aufwändiger und würde länger dauern. Alles in allem rechnen die Netzbetreiber deshalb, dass sich im Bundesschnitt nur rund ein Zehntel der geplanten neuen Stromleitungen für Erdkabel eignen.

Hessen. Um dem eigenen Protest gegen das geplan-

ZIELE FÜR DEN ANTEIL ERNEUERBARER ENERGIEN



QUELLE / Umweltbundesamt

smartflower POP –
das weltweit erste
All-in-One Solarsystem

BIS ZU **40%** MEHR ERTRAG
Außergewöhnlich Leistungsstark Effizient

EINFACH AUFSTELLEN, ANSCHLIESSEN UND SAUBEREN STROM PRODUZIEREN.

MIT SMARTFLOWER POP SETZEN SIE EIN SICHTBARES ZEICHEN FÜR MEHR NACHHALTIGKEIT.

Photovoltaik-Technologie, so wie sie sein sollte: Eine außergewöhnliche Konstruktion, perfekt aufeinander abgestimmte Komponenten und intelligente Features kennzeichnen das weltweit erste All-in-One Solarsystem. Mit dem Sonnenaufgang beginnt die Anlage vollautomatisch, Strom zu erzeugen. Dank 2-achsiger Nachführung folgt der Fächer im Tagesverlauf zuverlässig der Sonne. Das überzeugende Ergebnis: bis zu **40% mehr Ertrag** als mit einer herkömmlichen Aufdachanlage, im Schnitt ca. 4.000 kWh pro Jahr.

Für weitere Informationen besuchen Sie uns auf **www.smartflower.com**

smartflower™

Protest vor allem im Süden

Nach dem Ende der bundesweiten Einspruchsfrist gegen den Netzentwicklungsplan 2014 gingen insgesamt rund 10.000 Stellungnahmen ein.
Mehr als die Hälfte davon bezieht sich auf die rund 450 Kilometer lange Süd-Ost-Trasse von Sachsen-Anhalt nach Schwaben, an der sich der Protest entzündet.

2

Kommunen haben vor dem Bundeverwaltungsgericht bereits gegen die geplanten Stromtrassen im Zuge des Netzausbaus geklagt..

„Wir sind jetzt auch mit einer **1B-Lösung** zufrieden."

Thomas Köppl,
Bürgermeister Quickborn, Schleswig-Holstein

Er wird als einer der „Väter der Energiewende" bezeichnet: Rainer Baake, Staatssekretär im BMWi

„Die Ziele des Energiekonzepts reichen bis ins Jahr 2050."

KOMMUNAL. Herr Baake, die Energiewende ist längst beschlossen – für viele Kommunen wurde sie bereits ganz konkret. Trotzdem hat man den Eindruck, die große Politik diskutiert noch immer Grundsätzliches. Wie bewerten Sie das?
Rainer Baake: Richtig ist, dass die grundlegenden Weichenstellungen bei der Energiewende bereits erfolgt sind und in der Bevölkerung nach wie vor auf große Zustimmung treffen. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass wir mit der Energiewende erst am Beginn eines langen Prozesses stehen.

Viele Bürgermeister und Kommunalpolitiker fühlen sich derzeit schlecht informiert, erfuhren manchmal sogar erst aus den Medien von den Verlaufsplänen der neuen Stromtrassen. Wurde dies zu wenig kommuniziert?
Wir versuchen, die Ängste und Sorgen der Menschen vor dem dringend erforderlichen Netzausbau zu nehmen. Durch ein transparentes Verfahren, durch umfassende Informationen und durch den Dialog mit den Betroffenen. Über die Notwendigkeit des Netzausbaus im Rahmen der Energiewende gibt es zudem einen breiten Konsens.

Rechnen Sie demnächst mit einer Flut von Klagen betroffener Kommunen vor dem Bundesverwaltungsgericht?
Es kann nicht in unserem Interesse liegen, dass es zu einer Klageflut gegen den Netzausbau kommt. Transparenz, Beteiligung und Akzeptanz sind deshalb die Schlüssel für den zügigen Ausbau unserer Stromnetze.

Es gibt viele Forderungen von Kommunen, die an der Wertschöpfung der Energieerzeugung und des Netzausbaus beteiligt werden wollen. Wie stehen Sie dazu?
Die Beteiligung an der Wertschöpfung eignet sich grundsätzlich immer, um die Akzeptanz und Identifikation mit einem Projekt zu steigern. Ich stehe diesem Ansinnen aufgeschlossen gegenüber.

War der schnelle Einstieg in die Energiewende nach Fukushima 2011 zu überhastet?
Die nukleare Katastrophe im japanischen Fukushima hat sehr deutlich gemacht, dass es unabsehbare Risiken gibt.

Können Sie heute eine verlässliche Zahl der Gesamtkosten für die Energiewende nennen?
Nein. Die Ziele des Energiekonzepts reichen bis ins Jahr 2050. Eine Bezifferung der Gesamtkosten wäre aus meiner Sicht deshalb unseriös.

FUKUSHIMA HAT SEHR DEUTLICH GEMACHT, DASS ES UNABSEHBARE RISIKEN GIBT."

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND
SEIEN SIE DABEI!

KOMMUNAL – die neue Stimme der Kommunen in Deutschland. Aktuell, interessant, verständlich. Informationen aus erster Hand. Wir erreichen die Entscheider.

Sie sind noch nicht Bezieher des Magazins?

Testen Sie jetzt 3 Ausgaben kostenlos!

Ihre Vorteile:

Sie bekommen 3 Ausgaben persönlich adressiert

Sie erhalten immer Freitags den wöchentlichen Newsletter

Sie verpassen keine Ausgabe mehr

Wenn ich KOMMUNAL nach den Probeausgaben weiterlesen möchte, brauche ich gar nichts zu tun. Ich erhalte KOMMUNAL dann regelmäßig zum Jahresbezugspreis von € 99 inkl. Versand und MwSt (Studenten-Abo und Auslandsbezug auf Anfrage). Anderenfalls melde ich mich bis spätestens 14 Tage nach Erhalt der letzten Gratis-Ausgabe bei Ihnen.

Ich möchte KOMMUNAL regelmäßig lesen!
Hier Gratisprobe anfordern:
leserservice@kommunal.com

Zimper Media GmbH / Reinhardtstraße 31 / 10117 Berlin / www.kommunal.com

KOMMENTAR

E-MOBILITÄT
UND DER LAUF
DER DINGE

Entscheidung in kommunale Hände

Mit dem für Anfang 2015 geplanten „Elektromobilitätsgesetz“ werden E-Fahrzeuge in Deutschland erstmals als eigenständige Größe erfasst. Vor 20 Jahren hätte dies zu Jubelstürmen und unfassbarem Staunen geführt.

Doch vor 20 Jahren hätte bestimmt auch niemand daran gedacht, dass diese umwälzende und schadstofffreie Technik auch zu ganz konkreten Problemen im Alltag führen kann.

Denn den E-Autos sollen laut neuem Elektromobilitätsgesetz auch gewisse Privilegien zugestanden werden, wie etwa das Benutzen von Bus- oder Radspuren.

Viele Kommunen würde dies jedoch vor zusätzliche Probleme stellen. Die Entscheidung darüber darf deshalb nicht per Gesetz über die Kommunen kommen, sondern sie sollten vor Ort selbst entscheiden können, welche Möglichkeiten der Verkehrsnutzung möglich sind, müssen vor Ort darauf reagieren. Denn die Verkehrssituation auf den Straßen und die Anzahl der Elektro-Autos verändern sich rasend schnell.

Derzeit gibt es in Deutschland rund 100.000 zugelassene E-Fahrzeuge. 2020 werden es – nach allen Berechnungen – mehr als eine Million sein. Die langersehnte Entwicklung zur schadstofffreien Mobiliät scheint zum Greifen nah zu sein. Doch so schön es auch ist – das neue Elektromobilitätsgesetz darf die Kommunen nicht mit „Empfehlungen“ unter Druck setzen, den E-Autos Privilegien einzuräumen. Dies muss ganz allein vor Ort entschieden werden.

marco.hecht@kommunal.com
Marco Hecht ist Chefredakteur von KOMMUNAL

Länder und Kommunen kommen beim Sparen voran

Trotz schwerer Zeiten: Die meisten Bundesländer und Kommunen haben im vergangenen Jahr Fortschritte auf dem Weg zu ausgeglichenen Haushalten gemacht. Dies ist das Ergebnis einer neuen Studie von PricewaterhouseCoopers (PwC).

Außergewöhnlich hohe Steuereinnahmen und extrem niedrige Zinsen hätten zu dieser Situation geführt.

Dabei dürfe man in den Sparanstrengungen aber weiterhin nicht nachlassen, warnen die PwC-Experten: „Die Kommunen sollen die aktuell günstigen Rahmenbedingungen nutzen, um Spielräume für die Bewältigung des demografischen Wandels zu schaffen“, sagt Norbert Winkeljohann vom PwC-Vorstand. Die Berater warnen zudem davor, dass Länder und Kommunen nicht mehr genug in den Bau von Straßen und den Erhalt öffentlicher Gebäude investieren. Dies könne dazu führen, dass die Kosten später höher ausfallen. Außerdem werde der Verlust an Wirtschaftskraft größer. Die Auswertung der gesammelten Finanzdaten habe gezeigt, dass es einen klaren Zusammenhang zwischen hohen Sozialausgaben und niedrigen Sachinvestitionen – etwa in die kommunale Infrastruktur – gibt.

www.pwc.de/de/pressemitteilungen
Wer weiter sparen muss, lesen Sie im „Länderfinanzbenchmarketing 2014“.

Förderung für ländliche Regionen

In der Förderperiode 2014 bis 2020 stehen Deutschland knapp 17,6 Milliarden Euro aus EU-Mitteln für die Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER) zur Verfügung. In 13 Länderprogrammen werden die Ziele und Maßnahmen für die Förderperiode 2014 bis 2020 festgelegt. Die 13 Entwürfe der Bundesländer sind auf www.bmel.de einsehbar

www.bmel.de/laendliche-raeume
Ziele und Maßnahmen für die Förderperiode 2014 bis 2020

Gezielte Hilfe mit dem **Demografie-Portal**

Die Gestaltung der Zukunft, der demografische Wandel, Ansprechpartner für Kommunen und Kreise – ein gutes Angebot ist hierfür die Datenbank www.demografie-portal.de.

Mit der interaktiven Karte des Portals können gezielt detaillierte Informationen darüber abgerufen werden, vor welchen Herausforderungen die jeweilige Region vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030 steht – von der Sicherung der Daseinsvorsorge bis zur Stärkung der Wirtschaftskraft. Für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt informiert ein Dossier über

- Sicherung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche
- Ausbau seniorenspezifischer Infrastruktur
- Sicherung allgemeiner sozialer Infrastruktur
- Sicherung des Arbeitskräftepotenzials
- Förderung von Wirtschaftswachstum
- Integrationsbedarf

www.demografie-portal.de
Von Bund und Ländern erstellte Datenbank zum demografischen Wandel – mit Tipps für Kommunen und Regionen.

FOTOS: Dieter Schütz/Pixelio, Christian Schmidt, Demografieportal

„Wir müssen alles ausschöpfen, um die **Entwicklung ländlicher Regionen** zu sichern.“

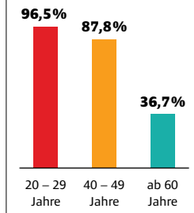
Christian Schmidt, Bundeslandwirtschaftsminister

INTERNETNUTZUNG IN DEUTSCHLAND
IM VERGLEICH DER GENERATIONEN

79 %
der Personen ab zehn Jahren nutzten im ersten Quartal 2013 das Internet. 2009 waren es nur 73 %.

166
Minuten verbringt ein Internetnutzer in Deutschland laut einer aktuellen Studie pro Tag im Netz.

INTERNETNUTZUNG NACH ALTER



Internetnutzung – die Unterschiede nach Alter sind riesig.

QUELLE / AGOF, internet facts 2012-11

ANZEIGE

Vorausdenken statt nachbessern.
Kommunalberatung.

Sanierungsbedürftige Schulen, defizitäre Bäder oder marode Straßen – Problemlösung braucht Ideen, Perspektiven und verlässliche Partner.

DKC Deka Kommunal Consult GmbH
www.dekakc.de

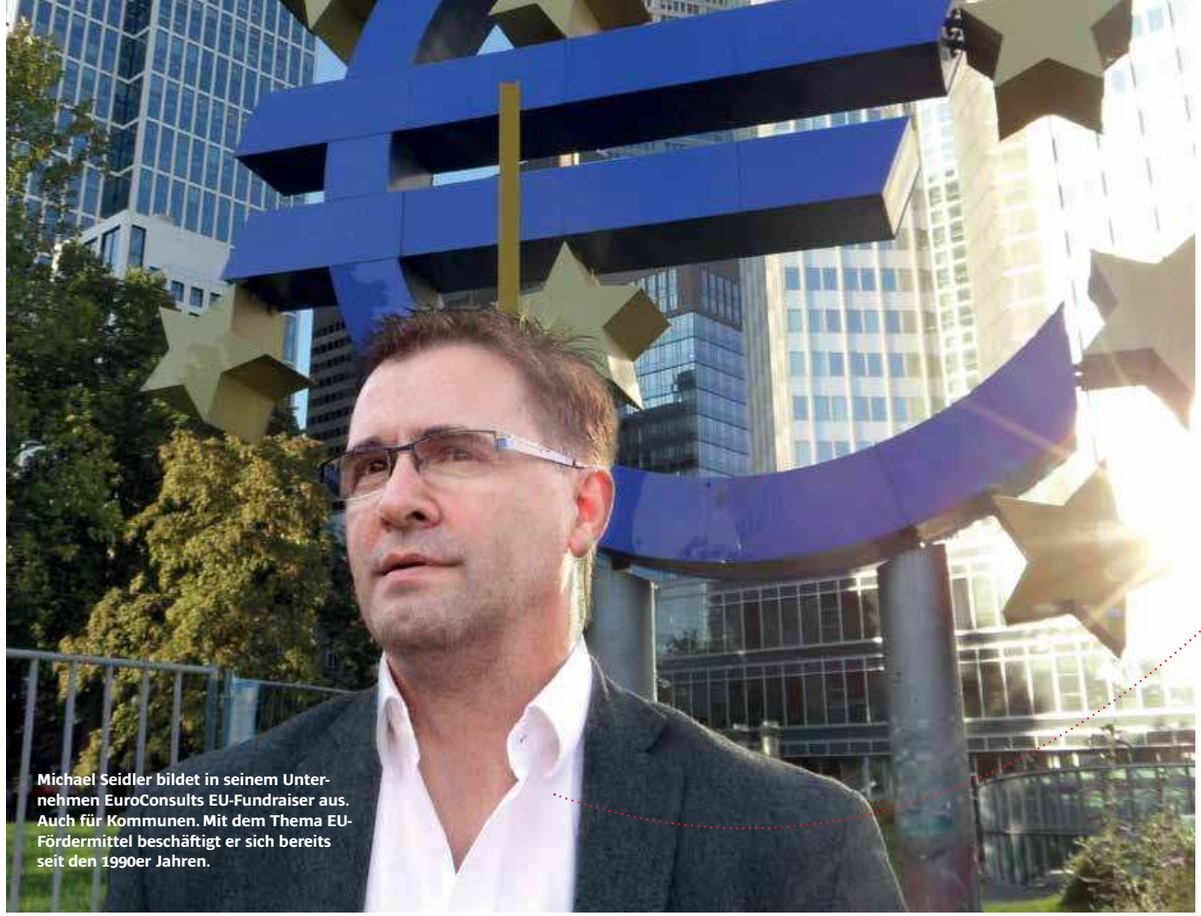
DKC

SOCIAL MEDIA
Wie interessiert man junge Leute für Politik? Rayk Anders (27) zeigt, wie es geht. Auf Facebook hat er rund 20.000 Follower.
Seite 46

BÜRGER-APP
In Brandenburg kann man direkt auf Alltagsmängel hinweisen
Seite 48

EU-FÖRDERUNG
WO GEHT'S ZUM GELD?

Für die neue EU-Förderperiode 2014 bis 2020 stehen die Zahlungen an Deutschland weitgehend fest. Die EU-Töpfe sind für Deutschland mit 19,2 Milliarden Euro gefüllt. Für Städte und Gemeinden eine große Chance. Doch der Weg zum Erfolg gleicht einem Labyrinth, in dem vor allem kleinere Kommunen oft verzweifeln und Hilfe suchen. Auch bei privaten Fördergeld-Scouts. Die Branche boomt.



Michael Seidler bildet in seinem Unternehmen EuroConsults EU-Fundraiser aus. Auch für Kommunen. Mit dem Thema EU-Fördermittel beschäftigt er sich bereits seit den 1990er Jahren.

TEXT / Achim Ritz

Natürlich – es ist ein langer Weg, um in den Genuss von EU-Zuweisungen und Fördergeld zu gelangen. Der Zeitpunkt für so eine Antragstellung jedoch wäre gerade gut, der Rahmen für die EU-Förderrichtlinien 2014 bis 2020 wurde jetzt beschlossen. Deutschland soll – für ein nationales Projekt (Verkehr/Infrastruktur) und rund 30 regionale Projekte – insgesamt 19,2 Mrd. Euro erhalten. Die Geldtöpfe der EU sind voll.

In erster Linie sind dies der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF). Die Prioritäten sind dabei festgelegt. So sollen „regionale Disparitäten" in der Wettbewerbsfähigkeit reduziert, Forschung und Innovation gefördert, die Energiewende und die Nutzung erneuerbarer Energien verstärkt, Arbeitsmarktpotenziale genutzt und Bildungserfolge gesteigert werden.

Ein weites Feld – mit einer Fülle von Möglichkeiten für Kommunen und Regionen. Denn die Förderprogramme gelten ausdrücklich auch für öffentliche Projektträger. Obwohl bei den Hilfsfonds europäische Mittel verwendet werden, können Förderanträge direkt bei regionalen Stellen gestellt werden. In Deutschland sind das die Bundesländer. Sie stimmen mit der EU-Kommission mögliche Förderprogramme ab, die dann wiederum regional eigenverantwortlich verwaltet werden.

Bislang ist es so, dass unter den rund 11.000 Kommunen in Deutschland nur die Großen eigene Akquise von EU-Geld im Rathaus betreiben. Meist sind dort ausgebildete EU-Fundraiser kreativ. Im Römer von Frankfurt am Main etwa beschäftigt sich ein ganzes Referat für Internationale Angelegenheiten professionell mit der EU-Förderung – mit Erfolg. Seit 2007 hat Brüssel für Projekte am Main 34 Millionen Euro überwiesen.

In kleineren Städten und Gemeinden dagegen, mit wenigen Mitarbeitern, sind die kommunalen Antragsteller für mögliche Hilfen und Zuweisungen oft überfordert, verirren sich nicht selten im Dschungel der Förderprogramme.

Dabei wäre auch für sie viel mehr drin: „Europa ist für Kommunen Gold wert. Es ist eigentlich genug Geld für alle und alles da. Man muss nur innovativ, kreativ und partnerschaftlich denken. Wer den Hebel richtig ansetzt, kann viel bewegen." Das sagt Michael Seidler, ein Profi, der seit zwei Jahrzehnten Anträge formuliert und Kommunen sowie Organisationen zeigt, aus welchen EU-Förderprogrammen Geld fließen kann. Für seine Auftraggeber hat er schon rund 15 Millionen Euro akquiriert. Er spricht bei den Entscheidern in Brüssel vor, formuliert Anträge, zeigt auf, aus welchen EU-Förderprogrammen Geld fließen kann.

LINKS ZUM THEMA

Informationen zu EFRE und ESF
www.bmwi/foerderdatenbank

www.esf.de/portal/generator

Informationen zu EuroConsults
www.euroconsults.eu

Informationen zu Emcra
www.emcra.eu

Heike Kraack-Tichy ist Geschäftsführerin der Berliner Gesellschaft Emcra und Vorsitzende der EU-Fundraising Association. Sie möchte für EU-Fundraiser Qualitätsstandards festlegen.

FOTOS: bptu/Fotolia, Achim Ritz, Heike Kraack-Tichy

Für die Profi-Scouts, die den Weg zu Fördertöpfen und Sonderprogrammen der EU aufzeigen, boomt das Geschäft. „Für Städte und Gemeinden gibt es viele Möglichkeiten, europäisch zu arbeiten und gefördert zu werden", sagt auch Heike Kraack-Tichy, Geschäftsführerin der „Emcra-Akademie" in Berlin. Dort werden derzeit nicht nur verstärkt Mitarbeiter auch aus kleineren Kommunen zu „EU-Fundraisern" ausgebildet, oft setzen die Profi-Scouts sich auch direkt in Brüssel für die Anliegen und Anträge kleinerer Kommunen ein.

Die Erfolge können sich sehen lassen. „Entscheidend ist allein, ob das zu fördernde Projekt im Dienste und Sinne der EU ist", erläutert Profi Seidler, und zählt Beispiele auf. Etwa den kleinen Wallfahrtsort Altötting in Bayern. Dort entstand – mit einer Finanzspritze von einer Million Euro aus Brüssel – ein Kultur- und Kongress-Forum mit einer neuen Veranstaltungshalle im Herzen Bayerns. „Ohne die Hilfe der EU wäre das Projekt nicht realisiert worden", sagt Hannelore Wendt, Geschäftsleiterin im Rathaus.

Oder die 16.000-Einwohner-Stadt Sigmaringen in Baden-Württemberg. Die dortige Hochschule bekam für ihre Forschungsarbeit zum Thema Cyber-Security einen Zuschuss von 9,6 Millionen Euro von der EU.

Bei einem Projekt zur Beseitigung der Ungleichheiten in der Arbeitswelt in der Grenzregion zu Polen konnten sich gleich mehrere Kommunen über 1,9 Millionen Euro Fördergeld freuen.

Für eine Informationskampagne zu europäischen Themen im ländlichen Brandenburg gab es 500.000 Euro.

Stellvertretend für viele kleine Kommunen bringt Kämmerer Mario Hunstock aus der Stadtverwaltung Wannfried (4000 Einwohner, Werra-Meißner-Kreis in Hessen) die Probleme auf den Punkt: „Uns fehlen oft die nötigen Eigenmittel, um ein Projekt, wie vorgeschrieben anteilig zu finanzieren oder später die Unterhaltskosten zu bezahlen."

Ein Problem, dass auch Profi-Scout Michael Seidler sieht. Er rät deshalb zu Förderanträgen im Verbund. Verweist dabei auf Beispiele, wie etwa den Regionalverband FrankfurtRheinMain, zu dem rund 75 Kommunen gehören, die sich gemeinsam um EU-Fördergeld bemühen. Oder den Raum Bremen, in dem Kommunen gemeinsam dafür kämpfen, die Region als Spitzenstandort in der Luft- und Raumfahrt auszubauen und dafür auf insgesamt 180 Millionen Euro Fördergeld aus Brüssel hoffen – was dann wiederum auch jeder einzelnen Kommune zugute kommt.
Sein grundsätzlicher Tipp: Nicht zu früh aufgeben. Oft sind die Chancen für eine EU-Förderung besser als erwartet."

> **ES IST EIGENTLICH GENUG GELD DA.** WER DEN HEBEL RICHTIG ANSETZT, KANN VIEL BEWEGEN."
>
> **Michael Seidler,** Geschäftsführer EuroConsults

DIE FÖRDERTÖPFE
DER EU

12,5
Mrd. € fließen dabei aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), 6,7 Mrd. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

88.000
Arbeitsplätze wurden in den vergangenen sieben Jahren in Deutschland mit finanzieller Unterstützung der EU geschaffen.

5.900
Projekte im Bereich Erneuerbare Energien wurden aus den Förderprogrammen der EU unterstützt.

QUELLE / esf.de

"Dort hingehen, wo es wehtut." Facebook-Star Rayk Anders (27)

POLITIKVERDROSSENHEIT?

KOMMUNEN SIND COOL …

Man muss es nur richtig machen. Dann kann man junge Menschen auch für Kommunalpolitik begeistern. Wie Facebook-Profi Rayk Anders (27)

TEXT/Marco Hecht

Es ist eines der chronischen Probleme der Zeit – so gut wie jede Kommune hat derzeit damit zu kämpfen: Wie gewinnt man die Jugend für Politik? Insbesondere für Kommunalpolitik? Aktiv, interessiert und verantwortungsvoll? Einige Prognosen sind düster – es gibt Szenarien, die das Ende der kommunalen Selbstverwaltung in der Fläche voraussagen. Weil es schlicht am nachrückenden Personal fehlt für die vielfältigen und oft auch zeitaufwändigen Ehrenämter.

Kommunalpolitik ist heute für die meisten jungen Menschen uninteressant, gilt als eher langweilig, als „unsexy".

LINKS ZUM THEMA
Videos von Rayk Anders auf YouTube

www.kommunal.com

Bei genauerem Hinsehen jedoch ist dies letztendlich nur eine Seite der Medaille. Es gibt – wie so oft – eine Bring- und eine Holschuld.

Junge Leute müssen sich einbringen in die kommunalen Entscheidungen – aber sie müssen auch abgeholt werden. Mit der richtigen Ansprache – und auf den richtigen Kanälen. Eine dürre Pressemitteilung im örtlichen Amtsblatt reicht nicht mehr aus. Twitter, Facebook, Google + – das sind die Kanäle der Gegenwart.

Einer, der es derzeit mit großem Erfolg vormacht, ist Rayk Anders (27). Der junge Mann aus Berlin hat allein auf Facebook rund 20.000 Follower – die meisten davon zwischen 15 und 30 Jahre alt. Seine politischen Statements und Videos – auch auf Youtube – begeistern das Publikum, sind eine Lehrstunde für Kommunen, Parteien und Verbände, für alle, die junge Leute ansprechen wollen.

In einer Art Late-Night-Show bereitet der studierte Journalist seine politischen Beiträge auf. Professionell, witzig, modern – und gespickt mit den wichtigsten Fakten zum jeweiligen Problem. Interessant und kurzweilig. Lebendig und hautnah.

Aktuelle Videos – zum Beispiel zur aktuellen Flüchtlingsproblematik in den deutschen Kommunen, zum oftmaligen Bürokraten-Irrsinn in der Provinz oder zu Fragen der gesellschaftlichen Beteiligung - begeistern seine Fans.

Das Erfolgsgeheimnis? „Man muss dort hingehen, wo es wehtut", erläutert der Profi für die neuen Medien seine Strategie.

ZAHLEN & FAKTEN
ZUR DIGITALISIERUNG UND ZU SOCIAL MEDIA

Erster Schritt zur Digitalisierung

Die Bundesregierung hat das Programm „Digitale Verwaltung 2020" beschlossen. Ziel ist es vor allem, die Schriftform und Pflicht zum persönlichen Erscheinen auf Ämtern zu reduzieren. Geschätzte Kosten der Umstellung: 242 Millionen Euro.

119

Kommunen in Baden-Württemberg haben zusammen 97 Facebook-Accounts, 78 Twitter-Accounts und 20 Google+-Profile. Das ist, nach Bundesländern, derzeit der Social-Media-Rekord in Deutschland.

FOTOS/Rayk Anders, Jacek Chabraszewski/Fotolia

Ratgeber für Kommunen und Bürger: Die Broschüre „Bewegungsparcours im öffentlichen Raum"

Gemeinsame Initiative: Die ganze Stadt als Sport- und Bewegungsraum

Wir bewegen uns zu wenig, verbringen zu viel Zeit vorm Computer – und sehen vom Sofa aus den Sportlern im TV zu.

Mit einer gemeinsamen Aktion wollen der Bundesverband der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen Hersteller (BSFH) und der DStGB jetzt mit ihrer jüngst veröffentlichten Informationsbroschüre „Bewegungsparcours im öffentlichen Raum" etwas dagegen tun. Eine wichtige Säule, um vor Ort jederzeit kostenfreie Angebote für mehr Bewegung zu geben", sagt dazu Tilo Eichinger, Vorsitzender des BSFH. Zudem solle die Broschüre als Aufforderung an die öffentliche Grünraumplanung verstanden werden, die nötigen Bewegungsräume vor Ort zu schaffen. Die ganze Stadt sollte als Sport- und Bewegungsraum genutzt werden. Denn der aktuelle Bewegungsmangel führe bereits heute vermehrt zu Krankheiten, oft schon bei Grundschulkindern.

www.kommunal.com
Alle Fakten und Zahlen zur neuen Broschüre.

ANZEIGE

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

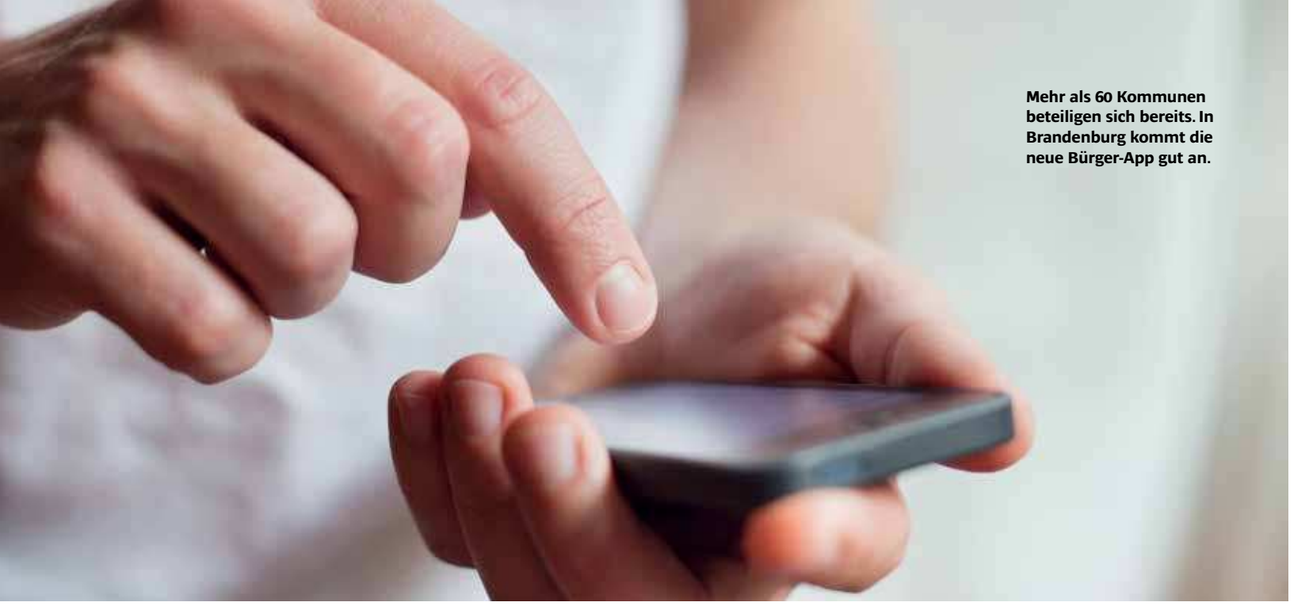
EINE WELT BEGINNT VOR ORT – MIT IHREM ENGAGEMENT.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Sie in den Themen:
■ Global Nachhaltige Kommune ■ Kommunale Partnerschaften ■ Migration und Entwicklung ■ Faire öffentliche Beschaffung

Im Auftrag des BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | info@engagement-global.de | www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de



Mehr als 60 Kommunen beteiligen sich bereits. In Brandenburg kommt die neue Bürger-App gut an.

SERVICE

DIE BÜRGER-APP FÜR ALLE FÄLLE

Meckern per Mausklick – neue Smartphone Apps sollen das möglich machen. Ein Anbieter versucht mit einem 3-Tage-Versprechen" die Herzen der Bürger zu erobern.

TEXT & FOTOS/Christian Erhardt-Maciejewski

An der Bahnunterführung steht meterhoch das Unkraut, dass selbst Fußgänger schon auf die Straße wechseln müssen, um nicht durch das Gestrüpp zu laufen. Die Schule hat begonnen und dort laufen auch viele Kinder entlang." Diese Zeilen hat Andrea Horatscheck Ende August an ihre zuständige Verwaltung in Hohen Neuendorf geschickt. Nicht per Brief oder Mail, sondern über eine Smartphone-App mit dem Namen „Maerker Brandenburg".

Das kleine Handy-Programm gibt es kostenlos auf den Downloadportalen der Smartphone-Anbieter. Wer es öffnet, klickt auf seine Stadt oder Gemeinde und kann Probleme, Missstände oder Anregungen direkt an seine zuständige Verwaltung schicken – auf Wunsch mit Bild und vor allem völlig anonym.

Der Eintrag erscheint dann öffentlich auf dem Portal und die Gemeinde muss sich dann verpflichten, auf jeden Eintrag innerhalb von drei Tagen zu reagieren.

maerker.brandenburg.de

Ein Idee, die auch anderswo in Deutschland schon praktiziert wird. So gibt es etwa den „Sachsen-Anhalt-Melder", den unter anderem die Stadt Genthin nutzt, oder auch zahlreiche Online-Formulare von Kommunen, wie etwa in Neuss. In seiner Arbeitsweise ähnlich und bundesweit verfügbar ist auch die Seite buergermeldungen.com. Hier beteiligen sich bisher jedoch eher wenige Gemeinden.

Sowohl an Unternehmen, als auch an Gemeinden richtet sich das Angebot von Tellembox.de. Hier kommuniziert der Nutzer nicht direkt mit seiner zuständigen Gemeinde, sondern die Information wird von dem Anbieter an die jeweilige Kommune weitergeleitet.

Besonders im Vergleich mit den zahlreichen anderen Anbietern sei jedoch das „3-Tage-Versprechen" von Märker Brandenburg, erläutert Ortwin Böckmann. Er ist beim zentralen IT-Dienstleister ZIT-BB in Potsdam für die Seiten verantwortlich. „Alle Gemeinden die sich beteiligen, müssen sich schriftlich verpflichten, die Mängel innerhalb von drei Tagen abzustellen", so Böckmann. Eine weitere Besonderheit: Jeder kann mitlesen, welchen Status eine „Beschwerde" aktuell hat. Das ist bei vielen anderen Plattformen ebenfalls nicht der Fall.

Mehr als 27.000 Hinweise haben die Kommunen bisher über die Seite bekommen. Andrea Horatschek ist bereits Wiederholungstäterin. „Anfang des Jahres suchte ich im Internet nach einer Weihnachtsbaumabholung. Alle Bäume der Nachbarn waren abgeholt worden, nur meiner nicht. So stieß ich per Zufall auf Maerker Brandenburg", erinnert sie sich. Nach der Meldung auf dem Portal sei der Baum innerhalb von zwei Tagen entsorgt worden. „Und nach meinem Hinweis über Unkraut am Fußgängerweg rollte das Grünflächenamt sogar innerhalb von 24 Stunden an", so Horatschek.

In den Gemeinden in Brandenburg ist die Reaktion auf die App gespalten. Zufrieden zeigt sich der Bürgermeister von Glienicke/Nordbahn, Hans-Günter Oberlack: „Jetzt sehe ich quasi live, ob die Probleme von meiner Verwaltung behoben wurden."

Seine Gemeinde gehörte 2012 zu den Ersten, die das „3-Tage-Versprechen" unterschrieben haben. Er gibt aber auch zu, dass die Verwaltung noch unzureichend auf die digitalen Möglichkeiten eingerichtet ist: „Hier läuft vieles noch analog."

Der Bürgermeister wünscht sich deshalb einen engeren Dialog mit den Machern der App, um die technischen Möglichkeiten besser abzustimmen.

Zurückhaltender dagegen äußert sich zum Beispiel die Verwaltung der Stadt Hohen Neuendorf.

Stadtsprecherin Ariane Fäscher: „Ein dreiviertel Jahr nach dem Start hat sich diese Art der Kommunikation in der Stadt noch nicht durchgesetzt." Nur etwa jeder sechste Hinweis über Missstände in der Stadt komme bisher über das System. „Die Leute bevorzugen weiterhin Telefon und E-Mail", so Fäscher.

So gibt auch App-Nutzerin Andrea Horatschek aus Hohen Neuendorf unumwunden zu: „Mit meinem Hinweis wäre ich nie direkt zum Amt gegangen. Es hätte mir einfach zu lange gedauert, bis ich dort die zuständigen Mitarbeiter gefunden hätte. Dazu kommen dann noch die schlechten Öffnungszeiten der Verwaltung."

Eine Beobachtung, die auch andere Kommunen machen: „Es ist eindeutig so, dass die meisten Hinweise über die App bei uns am Wochenende eingehen", weiß etwa Anja Schulz, die zuständige Verwaltungsmitarbeiterin der Stadt Rathenow, zu berichten. Und mancher Bürger möchte auch bewusst den direkten Kontakt vermeiden.

Die App dagegen ist anonym. Und immer mehr Bürger sehen dies als Vorteil dieser Variante, können so wenigstens ein bisschen mitregieren und die Verwaltung zum Handeln bringen.

Von den aktuell im App-System aufgelisteten 13.000 Meldungen stehen bei weit mehr als der Hälfte die Ampeln auf Grün. Das Ampelsignal zeigt öffentlich den Status der Bearbeitung an. Sobald die Verwaltung eine Meldung bearbeitet, springt die Ampel von Rot auf Gelb, ist der Fall dann erledigt, zeigt sie schließlich grünes Licht.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen dabei auch, dass diese App mit dem Ampelsystem für viele Kommunen offenbar Ansporn ist, ihre Servicefreundlichkeit unter Beweis zu stellen. Zu zeigen, dass ihre Verwaltung auf Zack ist.

„Viele bemühen sich, so schnell wie möglich zu reagieren", weiß Ortwin Böckmann vom zentralen IT-Dienstleister ZIT-BB aus der Praxis zu berichten. Was dann manchmal auch nette Stilblüten treibe: „Gerade hatte ein Bürger einen toten Marder auf der Straße gemeldet. Das Problem wurde angegangen, erledigt, die Ampel-App sprang auf Grün – und keine drei Stunden später reagierte die Verwaltung mit dem Hinweis, der Marder sei beerdigt worden", schmunzelt Böckmann.

3
Gemeinden nahmen im November 2011 an dem Pilotprojekt der App teil.

54
Gemeinden benutzen die App derzeit – wöchentlich kommen weitere hinzu.

2014
fand die Einführung einer Handy-Version für IOS und Android und Windows Phone statt.

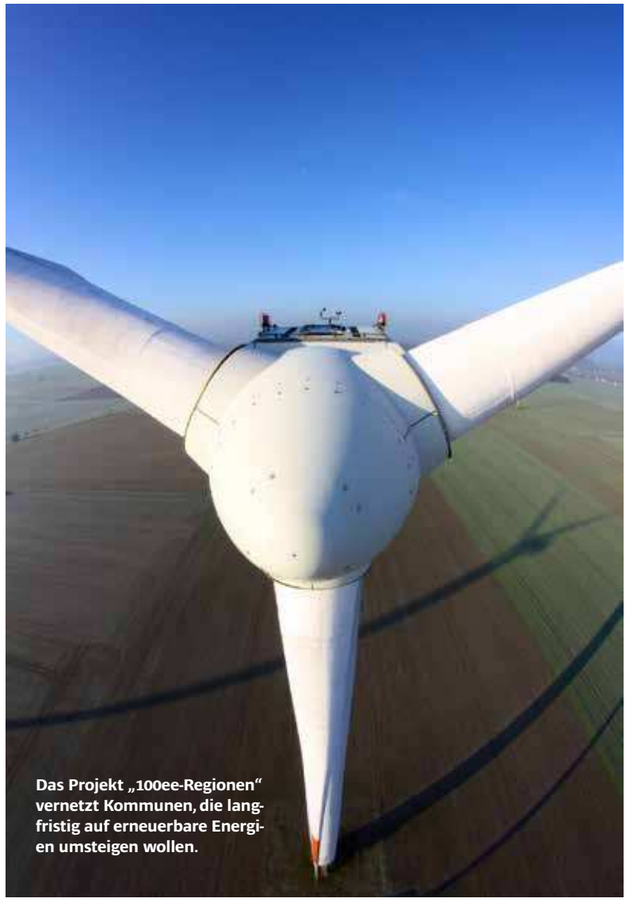
17.000
Euro im Jahr zahlt das Land Brandenburg für die App.

QUELLE / Ministerium des Innern Brandenburg

„Jetzt sehe ich quasi live, ob die Probleme von meiner Verwaltung behoben wurden"

Hans-Günter Oberlack,
Bürgermeister Glienicke/Nordbahn

FOTOS/anyaberkut/Fotolia, Christian Erhardt-Maciejewski



Das Projekt „100ee-Regionen“ vernetzt Kommunen, die langfristig auf erneuerbare Energien umsteigen wollen.

AUS DER PRAXIS, FÜR DIE PRAXIS

GELEBTE **ENERGIEWENDE**

„100% Erneuerbare-Energie-Regionen“ – bereits zum siebten Mal findet in Kassel – am 11. und 12. November – der bundesweit größte Kongress zu diesem Thema statt. Mehr als 700 Vertreter aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft werden erwartet.

Mut zur Veränderung – so heißt das Motto des diesjährigen Kongresses „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“, zu dem am 11. und 12. November wieder mehr als 700 Vertreter aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft in Kassel erwartet werden.

Sie sollen ein Bild der aus ihrer Sicht notwendigen politischen Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Weiterführung einer dezentralen, regionalen Energiewende entwerfen.

Die Energiewende – eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben Deutschlands – wird bereits heute in einer großen Vielzahl von Kommunen, Landkreisen und Regionen praktisch gelebt.

Das Projekt „100ee-Regionen“ identifiziert, begleitet und vernetzt Regionen, Kommunen und Städte, die ihre Energieversorgung auf lange Sicht vollständig auf erneuerbare Energien umstellen wollen.

Das Thema bewegt. Derzeit gibt es bereits mehr als 130 Landkreise, Gemeinden, Regionalverbünde und Städte in Deutschland, die langfristig auf erneuerbare Energien und die vielen Möglichkeiten der Zukunft setzen. Hunderte von ambitionierten kommunalen Klimaschutzkonzepten wurden bereits unter breiter Bürgerbeteiligung erstellt.

Mit der thematischen Schwerpunktsetzung „Erfolgreiche Rahmensetzungen für die dezentrale Energiewende in Kommunen und Regionen“ soll jetzt von den Organisatoren des Kongresses erreicht werden, diese regionalen Umsetzer und Treiber zusammenzuführen, um gemeinsam ein Bild über die aus ihrer Sicht notwendigen politischen Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Weiterführung einer dezentralen, regionalen Energiewende zu entwerfen und zu verdeutlichen.

Wie bei allen Vorläuferveranstaltungen der Kongressreihe steht auch dieser Veranstaltung in Kassel wieder unter dem bewährten Motto: „Aus der Praxis, für die Praxis.“

Das Leitmotiv „Mut zur Veränderung“ zieht sich dabei durch das gesamte Programm des ambitionierten Fachkongresses. In den Foren, Vorträgen und anderen Veranstaltungen werden Informationen aus der Praxis für die Praxis geliefert und ausgiebig diskutiert. In einer den Kongress begleitenden Ausstellung treffen zudem Vertreter der Regionen und Kommunen auf Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen und Initiativen der Branche, um sich auszutauschen und voneinander zu lernen.

www.100-ee-kongress.de
Programm, Anmeldung, mehr Informationen

Internet aus dem All

Bis vor wenigen Wochen war die mecklenburgische Gemeinde Deyelsdorf – wie so viele andere in ländlichen Räumen – noch im Schneckentempo auf der Datenautobahn unterwegs. Seit Anfang Oktober jedoch wird sie mit stabilem Internet aus dem Weltraum versorgt. „Die Kosten waren enorm gering, zumal das Land dieses Projekt gefördert hat“, schwärmt Bürgermeister Franz Frommholz. Internetzugang via Satellit, anfangs noch ein Nischenprodukt, hat sich mittlerweile zu einem etablierten Massenartikel entwickelt. Seit 2012 der Kommunikationssatellit HYLAS 2 ins All geschossen wurde, ist diese Form der Internetverbindung deutschlandweit mit bis zu 10 MBit/s möglich.

www.kommunal.com
Mehr Informationen lesen Sie online.

Internet aus dem All – seit 2012 wird diese Art der Verbindung für Kommunen immer attraktiver.

„Moderner Staat“ – die Fachmesse in Berlin. KOMMUNAL verlost 10 Tageskarten

Im Berliner Estrel Convention Center findet am 2. und 3. Dezember 2014 wieder die gemeinsame Leitveranstaltung für den Public Sector statt. Die Messe „Moderner Staat“ wird in diesem Jahr noch um die Rubrik „Moderne Kommune“ erweitert. Im vergangenen Jahr zeigten die 140 Aussteller und 2100 Besucher, dass diese Messe die führende Veranstaltung für Bund, Länder und Kommunen auf dem Weg in die digitale Zukunft ist. KOMMUNAL verlost zehn Tageskarten für das Event. Unter **moderner-staat@kommunal.com** können alle Interessierten an dieser Verlosung teilnehmen, die Gewinner werden umgehend benachrichtigt. Die Messe – zwei Tage im Zeichen der digitalen Zukunft. Von der eVergabe bis zu eAkte, von der App bis zum Online-Behördengang – die Fortschritte in den öffentlichen Verwaltungen setzen sich unvermindert durch. Aktuell erhält die Entwicklung zur Digitalität einen zusätzlichen Schub durch die von der EU ab 2016 geforderte elektronische Vergabepraxis.

www.kommunal.com
Programm und Infos

FOTOS: David Hense/Fotolia, Andrey Armyagov/Fotolia, Moderner Staat, Markus Schäfer

KOMMUNEN
IM ZEITALTER
DES INTERNETS

Verwaltung online

90 Prozent der Personen, die an Online-Angeboten der öffentlichen Verwaltung interessiert sind oder diese schon nutzen, sehen die Hauptvorteile in der Zeitersparnis und der Unabhängigkeit von Öffnungszeiten.

20,4

Mrd. € gaben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2013 für den Ausbau ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie aus.

QUELLE / Statistisches Bundesamt

„Wir müssen uns dem digitalen **Tourismusmanagement** stellen, sonst geht der Markt an uns vorbei.“

Markus Schäfer,
Ausschussleiter Wirtschaft, DStGB

LED-BELEUCHTUNG

KOMMUNEN IN **NEUEM LICHT**

Nicht erst seit der Energiewende steht die LED-Umstellung bei Kommunen oben auf der Agenda. LED sind kostensparend und umweltschonend.

TEXT/Ariane Mohl

LED – die Umstellung auf diese kostensparende Straßenbeleuchtung spart vielen Kommunen heute schon viel Geld.

Viele Städte und Gemeinden klagen über zu hohe Energiekosten. Die Straßenbeleuchtung auf LED-Technik umzustellen, könnte ein Ausweg sein. LED-Lampen sind energieeffizient, umweltfreundlich und wartungsarm.

Bad Grönenbach rüstet um: Seit Mitte September werden in der 5300-Einwohner-Gemeinde im Landkreis Unterallgäu rund 400 der insgesamt 638 bestehenden Straßenleuchten saniert. Überall, wo es möglich ist, werden die bisherigen Natriumdampf-Hochdrucklampen (NAV) durch moderne LED-Leuchten ersetzt.

Eine Maßnahme, die sich bezahlt macht: Durch die Umstellung auf LED spart Bad Grönenbach im Vergleich zur bisherigen NAV-Beleuchtung rund 50 Prozent der Stromkosten ein. Auch die Umwelt profitiert von der Umrüstung: Über die gesamte Lebensdauer der neuen Leuchten werden in der kleinen Gemeinde bis zu 290 Tonnen des klimaschädlichen CO_2 weniger ausgestoßen.

Wie Bad Grönenbach rüsten derzeit viele Städte und Gemeinden auf sparsame Leuchtdioden-Lampen um. Kein Wunder: Die EU hat den Verkauf von Dampf-Leuchtmitteln ab 2015 aus Energieeffizienzgründen verboten. Ersatzteile werden dann nicht mehr erhältlich sein.

Rund 740 Millionen Euro geben Kommunen jedes Jahr für die Straßenbeleuchtung aus. Das entspricht rund einem Drittel sämtlicher Aufwendungen der kommunalen Haushalte für Energie. Gut ein Drittel aller Leuchten ist bereits über 20 Jahre alt. Die verwendete Technologie entspricht bei Weitem nicht mehr dem neuesten Stand. Noch immer werden 35 bis 40 Prozent aller Leuchten mit Quecksilberdampflampen betrieben.

> Neue LED können für die Kommunen **Beiträge zur Haushaltskonsolidierung** leisten.“
>
> **Karl-Ludwig Böttcher,** Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

Nach Angaben des Zentralverbandes der Elektrotechnik und Elektronikindustrie würde eine bundesweite Umrüstung der Beleuchtung in den Kommunen zu einer Einsparung von 2,7 Milliarden Kilowattstunden führen. Das ist mehr als die Jahresleistung eines Kernkraftwerks. 400 Millionen Euro Stromkosten könnten die Städte und Gemeinden so pro Jahr einsparen.

Auch die Kleinstadt Ketzin in Brandenburg würde sich lieber heute als morgen von ihren rund 250 in die Jahre gekommenen Quecksilber-Dampfleuchten verabschieden.

Doch die LED-Umstellung ist teuer. So teuer, dass Ketzins Bürgermeister Bernd Lück über einen 200.000-Euro-Kredit nachdenkt, um die neue Straßenbeleuchtung zu finanzieren.

Eine umstrittene Aktion, die Karl-Ludwig Böttcher, der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, dennoch für richtig hält. „Der Leuchtentausch wird sich durch die Stromeinsparung in fünf bis sieben Jahren refinanzieren“, sagt er.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat ein Förderprogramm für Kommunen aufgelegt, die auf LED umrüsten wollen. Nach Angaben eines Sprechers sind seit Frühjahr 2011 Zusagen über sechs Millionen Euro gemacht worden.

FOTOS/radub85/Fotolia, Nestor Bachmann/dpa

WAS SIND EIGENTLICH LED?

LED steht für Lichtemittierende Diode. Anders als Glühlampen, strahlen LED keine Wärme ab. Basis der Dioden bilden Halbleiterkristalle in einem Metallhalter. Dessen Innenseite reflektiert das aus dem Kristall austretende Licht.

Einer, der bereits 2009 mit dem Gedanken gespielt hat, die Straßenbeleuchtung in der Altstadt zu erneuern und dabei den Energieverbrauch zu senken, ist André Kuper. Heute sitzt er für die CDU im nordrhein-westfälischen Landtag, damals war er Bürgermeister der 28.000-Einwohner-Stadt Rietberg.

Kuper wollte durch die Umstellung auf LED nicht nur Geld sparen. Ihm ging es auch darum, seine Heimatstadt in den Abend- und Nachtstunden ins rechte Licht zu rücken. Um dieses Vorhaben zu finanzieren, nahm die Stadt 2010 an dem Wettbewerb „Kommunen in neuem Licht“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) teil. Mit Erfolg: Rietbergs Pläne für die zukünftige Nutzung moderner LED-Leuchttechnik im historischen Kern der Stadt überzeugten die Jury. Seitdem strahlen die von Fachwerkhäusern geprägten Straßen Rietbergs im Dunkeln. Das Rathaus und andere für das Stadtbild wichtige Gebäude treten dank verschiedener LED-Installationen aus der Dunkelheit hervor. Ein barrierefreies LED-Leitsystem bietet sehbehinderten und alten Menschen auch bei schlechten Sichtverhältnissen Orientierung. Der Bürgermeister a.D. hofft, dass sich viele andere Kommunen ein Beispiel an Rietberg nehmen. „Unser Beitrag kann für alle Städte mit historisch wertvoller Substanz ein Beweis für eine gelungene Integration energiesparender LED-Beleuchtung in ein historisches Ambiente sein.“

ANZEIGE

Bürgermeister Chistoph Meineke: Mit 89,6 Prozent der Stimmen in die neue Amtszeit gewählt.

DIGITALER KOPF

BÜRGERMEISTER DER **ZUKUNFT?**

Christoph Meineke, Rathauschef der 14.000-Einwohner-Stadt Wennigsen in Niedersachsen, macht Online-Beteiligung der Bürger zum Erfolgsmodell.

TEXT/Marco Hecht

Schon sein erster Wahlkampf im Jahr 2006 setzte Maßstäbe. Seine Wahl sorgte damals bundesweit für Aufsehen und gilt bis heute als Referenz parteiloser Politik in der Bundesrepublik. Wesentlich für seinen Erfolg war das starke persönliche Engagement im Wahlkampf und vor allem der damals noch neue Einsatz von Social Media. Als Einzelbewerber und ohne Unterstützung durch eine Wählergemeinschaft setzte sich der damals 27-jährige parteilose Christoph Meineke gegen drei Kandidaten der SPD, CDU und FDP durch und wurde zum Bürgermeister der 14.000-Einwohner-Stadt Wennigsen. Und damit auch zum jüngsten Hauptverwaltungsbeamten in Niedersachsen.

ZUR PERSON
Christoph Meineke (35) studierte VWL in Wien und St. Gallen. Im Jahr 2012 absolvierte er an der Harvard Kennedy School eine Senior Executive-Ausbildung. Seit 2006 ist er Bürgermeister von Wennigsen in Niedersachsen, 2014 wurde er mit 89,6 Prozent der Stimmen wiedergewählt.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte der junge Bürgermeister angekündigt, dass er verstärkte Online-Impulse für die kommunale Selbstverwaltung und digitale Bürgerbeteiligung setzen wolle. Und er hielt Wort. 2012 errang die Gemeinde den erstmals in Deutschland verliehenen Preis für Online-Partizipation für das von Meineke auf den Weg gebrachte Bürgerbeteiligungsverfahren. Im selben Jahr wurde die Gemeinde auch für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2012 in der Kategorie Governance und Verwaltung nominiert.

Die Bürger dankten es ihrem jungen Rathauschef. In diesem Jahr trat Meineke erneut als parteiloser Kandidat für das Bürgermeisteramt an und gewann die Wahl mit fulminanten 89,6 Prozent der Stimmen.

Auftritte und Reden. Vor kurzem hat die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) den heute 35-Jährigen als „Digitaler Kopf Deutschlands“ ausgezeichnet.

Außerdem ist Meineke heute Mitglied und Vortragender im Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er referiert zu Themen der Bürgerbeteiligung im Internetzeitalter – bei Institutionen wie etwa der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, dem Deutschen Institut für Urbanistik oder auch der Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung (ADV) in Österreich.

buergermeister@wennigsen.de.

Die Stadtwerke von Heidelberg wurden gerade von der Deutschen Umwelthilfe ausgezeichnet.

„KlimaStadtWerk“ des Monats: Heidelberg schont den Wald

Die Stadtwerke Heidelberg sind von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zum „KlimaStadtWerk“ des Monats September gekürt worden. Der Wettbewerb wird auch vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert.

Er richtet sich an Energieversorger, die ermuntert werden, mindestens ein Projekt mit Bezug zu konkreter CO_2-Einsparung einzureichen. Für Heidelberg wurde jetzt prämiert, dass dort jährlich rund 60.000 Tonnen Holz aus der Region verfeuert werden, die zu hervorragenden 90 Prozent aus Landschaftspflegematerial und Grünschnitt stammen. Dagegen werden nur zehn Prozent aus Waldrestholz verfeuert.

www.klima-stadtwerk.de

Erlangen ist Recycling-König in Deutschland

Recyclingpapier spart bis zu 70 Prozent Wasser und bis zu 60 Prozent Energie ein. Die Qualität des Papiers genügt trotzdem allen Anforderungen zum Drucken und Kopieren. Zur „Recyclingpapier-freundlichsten" Stadt“ Deutschlands 2014 wurde jetzt das bayerische Erlangen gewählt. Außer dem Papierverbrauch und der Quote von Recyclingpapier spielten bei der Bewertung auch ökologische Einspareffekte bei Energie, Wasser und CO_2-Emissionen eine Rolle. Kooperationspartner waren das Bundesumweltministerium, der Deutsche Städtetag, das Umweltbundesamt und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Mit 92 Städten nahmen 75 Prozent aller angefragten Städte am Wettbewerb teil. Mit einer durchschnittlichen Quote von 82 Prozent wurde mehr Recyclingpapier als je zuvor benutzt.

Susanne Lender-Cassens, Bürgermeisterin Erlangen, Michael Söffge, Initiative Pro Recyclingpapier.

FOTOS/Christoph Meineke, chauffe/Fotolia, Susanne Lender-Cassens, Reinhard Sager

KOMMUNALES LEBEN

Kluges Lichtkonzept

Auf Stromeinsparungen von bis zu 88 Prozent kann Norden in Niedersachsen verweisen. Beim Großteil der neuen LED-Lampen wird das Beleuchtungsniveau in der Stadt über ein Telemanagement-System in verkehrsarmen Zeiten abgesenkt.

60 %

mehr Frauen haben im vergangenen Jahr ein Smartphone genutzt als 2012. Bei den Männern betrug der Zuwachs im selben Zeitraum 35 Prozent.

QUELLE / comscore.com

„Auch E-Government ist kein Allheilmittel, aber es kann einen wirksamen Beitrag leisten, um geografische Disparitäten auszugleichen.

Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages

STEELCASE-STUDIE

HANDLUNGSBEDARF IN DEUTSCHEN BÜROS

Von 800 befragten Arbeitnehmern in Deutschland gab jeder Dritte an, sich in seinem Arbeitsumfeld nicht richtig zugehörig zu fühlen. Das muss nicht sein ...

Die Gestaltung des Arbeitsumfeldes kann das Zugehörigkeitsgefühl der Mitarbeiter beeinflussen.

Typische Arbeitshaltungen im Zuge der neuen Technologien und mobile Arbeitsweisen sind die Herausforderungen der modernen Zeit.

Wir erforschen, wie Menschen arbeiten, wo auch immer sie dies tun. Diese Erkenntnisse helfen Unternehmen dabei, die Effizienz der Mitarbeiter zu steigern. Denn wir schaffen Räume, die das Potential der Menschen freisetzen."
Ein Statement, das beeindruckt. Steelcase, der weltweit führende Hersteller von Büroeinrichtungen und innovativen Raumlösungen, hat in den jetzt mehr als 100 Jahren seiner Firmengeschichte einen unschätzbaren Erfahrungsschatz für die Herstellung von Büromöbeln und für innovative Raumlösungen gesammelt.
Eindrucksvoll bewiesen wurde dies jetzt einmal mehr durch die aktuelle Studie „Wohlbefinden am Arbeitsplatz" des renommierten Unternehmens. Es offenbart unter anderem auch Handlungsbedarf in vielen deutschen Büros. Von 800 befragten Deutschen gab jeder Dritte an, sich nicht richtig zugehörig zu fühlen. Auszüge:

Die Loyalität von Mitarbeitern ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, spiegelt sich die Verbundenheit dieser Mitarbeiter mit dem Unternehmen doch deutlich in ihrem Engagement wider.
Die Gestaltung des Arbeitsumfeldes kann das Zugehörigkeitsgefühl der Mitarbeiter beeinflussen.

40 Prozent der befragten Angestellten aus unterschiedlichen europäischen Ländern fühlen sich nicht mit ihrem Unternehmen und dessen Kultur verbunden. Dazu Beatriz Arantes, Psychologin und Forscherin bei Steelcase: „Vielen Unternehmen in Europa scheint nicht bewusst zu sein, wie wichtig die Loyalität ihrer Mitarbeiter ist. Sie verschenken dadurch wertvolles Potenzial, um die Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiter zu steigern. Eine intelligente Gestaltung von Arbeitsplätzen kann jedoch dazu beitragen, die Verbundenheit der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen wesentlich zu stärken und damit natürlich auch die Wertschöpfung zu fördern."

Arbeitsumgebungen, die Loyalität stärken. Das Steelcase WorkSpaceFuture-Team hat im Rahmen seiner Forschungen sowie auf Basis der Ergebnisse der international angelegten IPSOS-Studie sechs Schlüsseldimensionen für die Raumgestaltung identifiziert, die zum Wohlbefinden am Arbeitsplatz beitragen und damit auch dem Verbundenheitsgefühl Rechnung tragen. Für die Loyalität von Mitarbeitern sind diese Dimensionen entscheidend:

Authentizität, Zugehörigkeit und Bedeutsamkeit. Werden diese in der Raumgestaltung von Büros berücksichtigt, wirkt sich stets auch dies positiv auf die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen – und damit natürlich auch auf die Leistungsbereitschaft und den Output – aus.

Dimensionen und Tipps für stärkere Mitarbeiterloyalität.
Authentizität: Jeder möchte gern so sein wie er ist – auch am Arbeitsplatz.

Schaffen Sie Räume, in denen sich Menschen frei fühlen, sich selbst ausdrücken und ihre Ideen einbringen können. Integrieren Sie informelle, offene Bereiche, die ein Gefühl des Zu-Hause-Seins transportieren.

Gestalten Sie Bereiche, die es den Mitarbeitern ermöglichen, ihre persönlichen Werte mit denen der Marke zu verknüpfen.

Zugehörigkeit: Zwischenmenschliche Beziehungen sind unumgänglich. Schaffen Sie Eingangsbereiche, die Menschen, die nicht regelmäßig an diesem Standort arbeiten, willkommen heißen.

PROFIL
Steelcase ist der weltweit führende Hersteller von Büroeinrichtungen und innovativen Raumlösungen.
- 10.700 Beschäftigte, 21 Fertigungsstandorte und mehr als 650 Fachhändler.
- Umsatz im Geschäftsjahr 2014: rund 3 Milliarden Euro
- Das Unternehmen wurde 1912 in Grand Rapids in Michigan, USA, gegründet – dort, wo sich auch heute noch die Konzernzentrale befindet.
- **www.steelcase.de**

Stellen Sie großzügige und gut ausgestattete Räume zur Verfügung, die es sowohl mobilen als auch fest am Standort arbeitenden Mitarbeitern ermöglichen, in individueller Einzelarbeit oder in Teams zu arbeiten.

Bieten Sie Videokonferenz-Konfigurationen, die es nicht physisch anwesenden Teilnehmern ermöglichen, Inhalte zu verfolgen und gut zu sehen sowie jeden gleichermaßen zu verstehen.

Gestalten Sie informelle Bereiche zur Sozialisierung – egal, ob diese tatsächlich vor Ort oder virtuell über Technologien stattfinden.

Bedeutsamkeit: Sinnvolles machen und stolz darauf sein.

Planen Sie auch außerhalb des Empfangsbereichs Räume ein, die Marke, Ziele, Geschichte und Kultur ihres Unternehmens festigen und nach außen tragen.

Nutzen Sie Wände und andere vertikale Flächen, um darauf Denkprozesse und Fortschritte zu visualisieren.

Setzen Sie Technologien ein, um Informationen in Echtzeit anzuzeigen.

Schaffen Sie ein Ökosystem aus Räumen, das Menschen die Wahl überlässt und ihnen die Möglichkeit gibt, allein oder zusammen produktiv zu sein.

Eine umfassende Analyse zum Thema „Wohlbefinden – ein Thema, das nur Gewinner kennt" mit ausführlichen Hintergrundinformationen findet sich im Steelcase-Magazin 360°. Für die international angelegte Untersuchung „Wohlbefinden am Arbeitsplatz" wurden 7.300 Mitarbeiter aus Unternehmen und Organisationen mit mehr als 100 Angestellten in zehn Ländern befragt, darunter mehr als 800 aus Deutschland.

LAND & LEUTE

LEUTE
Die Menschen hinter der Kommunalpolitik: Gesichter, Gespräche, Personalien.
Seite 64

EINBLICKE
Er weiß, wie Deutschland tickt. Forsa-Chef Manfred Güllner über gute und schlechte Kommunalpolitik
Seite 67

WAS TUN GEGEN DEN ÄRZTEMANGEL?

Jede vierte Praxis im ländlichen Raum wird in naher Zukunft aufgegeben, Nachfolge ungewiss. Immer mehr Kommunen und ihre Einwohner sind davon betroffen. Report vor Ort. Dazu: Wie Internet und Telemedizin helfen können, die medizinische Versorgung in der Fläche zu verbessern.

Oben: Landarzt Heinz Timm telefoniert noch persönlich mit seinen Patienten – in der Telemedizin (l.) gibt es heute bereits wesentlich effizientere Möglichkeiten der Diagnose.

FOTOS/Susanne Tenhagen, SHL Telemedizin

TEXT /Susanne Tenhagen

Penkun, Mecklenburg-Vorpommern, kurz vor der polnischen Grenze. Montagmorgen, halb acht. Pünktlich schließt Landarzt Heinz Timm die Tür zu seiner Praxis auf. Viele Patienten warten bereits, Rentner stützen sich auf ihre Rollatoren. Mütter tragen Kinder auf dem Arm. Auch einige fiebernde Urlauber und ein verletzter Segler sind dabei. Viel zu tun für Landarzt Timm.

Penkun ist kein Einzelfall. Auf dem Land fehlen Deutschland in naher Zukunft bis zu 13.000 Hausärzte, so eine aktuelle Studie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Ein Viertel der Fach- und Hausärzte in Deutschland will in den kommenden fünf Jahren die Praxis aufgeben – und vielerorts ist kein Nachfolger in Sicht.

Heinz Timm teilt dieses Schicksal. Er ist jetzt 64 Jahre alt und möchte etwas kürzer treten. Aber niemand will ihn ablösen, auch in Penkun ist ein Nachfolger für die Landarzt-Praxis nicht in Sicht. Timm hat es bislang noch nicht einmal geschafft, eine Halbtagskraft zu finden, die ihm ein wenig Arbeit abnimmt.

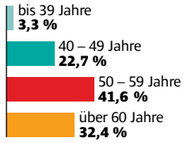
Denn die Arbeit ist hart. Viele Kranke müssen zu Hause besucht werden. Vor allem Ältere, die bereits bettlägerig sind. Das Durchschnittsalter seiner Patienten liegt bei 60 Jahren. Der Landarzt: „Ich habe einen 12- bis 14-Stunden-Tag, Woche für Woche."

Derzeit gibt es in Deutschland noch rund 54.000 Hausärzte. Aber sie sind sehr ungleich verteilt. Keine 1000 davon sind zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern ansässig.

Die Gründe liegen auf der Hand. Denn der Nachwuchs geht dorthin, wo es viel zu verdienen gibt.

Nach Süddeutschland, ins Rhein-Main-Gebiet, in die Ballungsräume um Berlin oder München. Hier gibt es oft zehn Prozent mehr Hausärzte als nötig. In den strukturschwachen Regionen dagegen ist der Bedarf oft nur zu 75 Prozent gedeckt, so die Bundesärztekammer.

ALTERSSTRUKTUR NIEDERGELASSENER ÄRZTE



Jeder vierte Hausarzt in Deutschland möchte in den kommenden fünf Jahren in den Ruhestand gehen.

QUELLE / statista, 2014

Der Ist-Zustand ist schon bedrohlich genug. Doch das Problem wächst weiter, die Situation wird in den kommenden Jahren noch wesentlich prekärer. Denn über allem schwebt Deutschlands großes Problem der Zeit, der demografische Wandel.

Auch Landarzt Timm hat sich dazu so seine Gedanken gemacht – und bringt sie norddeutsch und nüchtern auf den Punkt: „Wir vergreisen und wir sterben aus", sagt er lapidar, „und der Rest drängt in die Städte."

Was bringt die Zukunft? Viele Hoffnungen der Politik liegen in dieser schwierigen Zeit auf der modernen Technik.

Stichworte sind etwa „Telemedizin" oder „Tele-Monitoring". Denn Internet und Ipads, Smartphones und Apps sind längst wichtige Gesundheitsdienstleister geworden.

Health-Initiative Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) will diese Entwicklung vorantreiben, hat sich mit den Organisationen der Selbstverwaltung bereits auf Maßnahmen verständigt, die den Austausch von Informationen zwischen den heute rund 200 unterschiedlichen Informationstechnologie-Systemen in der ambulanten und stationären Versorgung sicherstellen sollen.

Beispiele, die Mut machen. Für Diabetiker gibt es längst schon die Möglichkeit, nötige Einstellungen vorzunehmen und Werte abzugleichen. Auch für Herzpatienten gibt es neue Lösungen.
Die DAK hat jetzt sogar – als erste Krankenkasse bundesweit – ein Frühwarnsystem gegen Schlaganfälle installiert.
Signale werden dabei über das Handy gesendet, bei Unregelmäßigkeiten erhält der behandelnde Kardiologe sofort eine Alarmmeldung. Immer neue Medizinportale mit vielen weiteren praktischen Tipps, Beispielen und Beratungen gibt es im Internet.

Es geht natürlich auch hier um Geld. Die „Deutsche Gesellschaft für Telemedizin" hat auf ihrer diesjährigen Frühjahrstagung vor allem die verschiedenen Finanzierungsmodelle der künftigen Angebote in den Fokus gestellt: Welcher Institution entstehen die Kosten für ein telemedizinisches Angebot? Wer zieht letztlich einen finanziellen Nutzen aus diesen positiven Outcomes? Wie könnten bestehende Finanzierungsmodelle auf diese neuen Versorgungsformen umgelegt werden?

Fakt ist: Telemedizin ist auf dem Vormarsch. Auch die Bundesregierung drückt aufs Tempo. Im Rahmen des Versorgungsstrukturgesetzes sollen Ärzte und Krankenkassen jetzt festlegen, in welchem Umfang ärztliche Leistungen auch telemedizinisch erbracht werden können.

www.fraunhofer.de
Aktuelle Beispiele der modernen Telemedizin

ZAHLEN & FAKTEN
ZUM ÄRZTEMANGEL

357.200
Mediziner gibt es derzeit in Deutschland. Davon arbeiten 144.000 als niedergelassene Ärzte, 54.134 davon als Hausärzte.

75 %
Der medizinische Bedarf in ländlichen Regionen ist oft nur zu drei Vierteln gedeckt.

166.000
Euro – so hoch ist der durchschnittliche Reinertrag einer Hausarztpraxis in Deutschland.

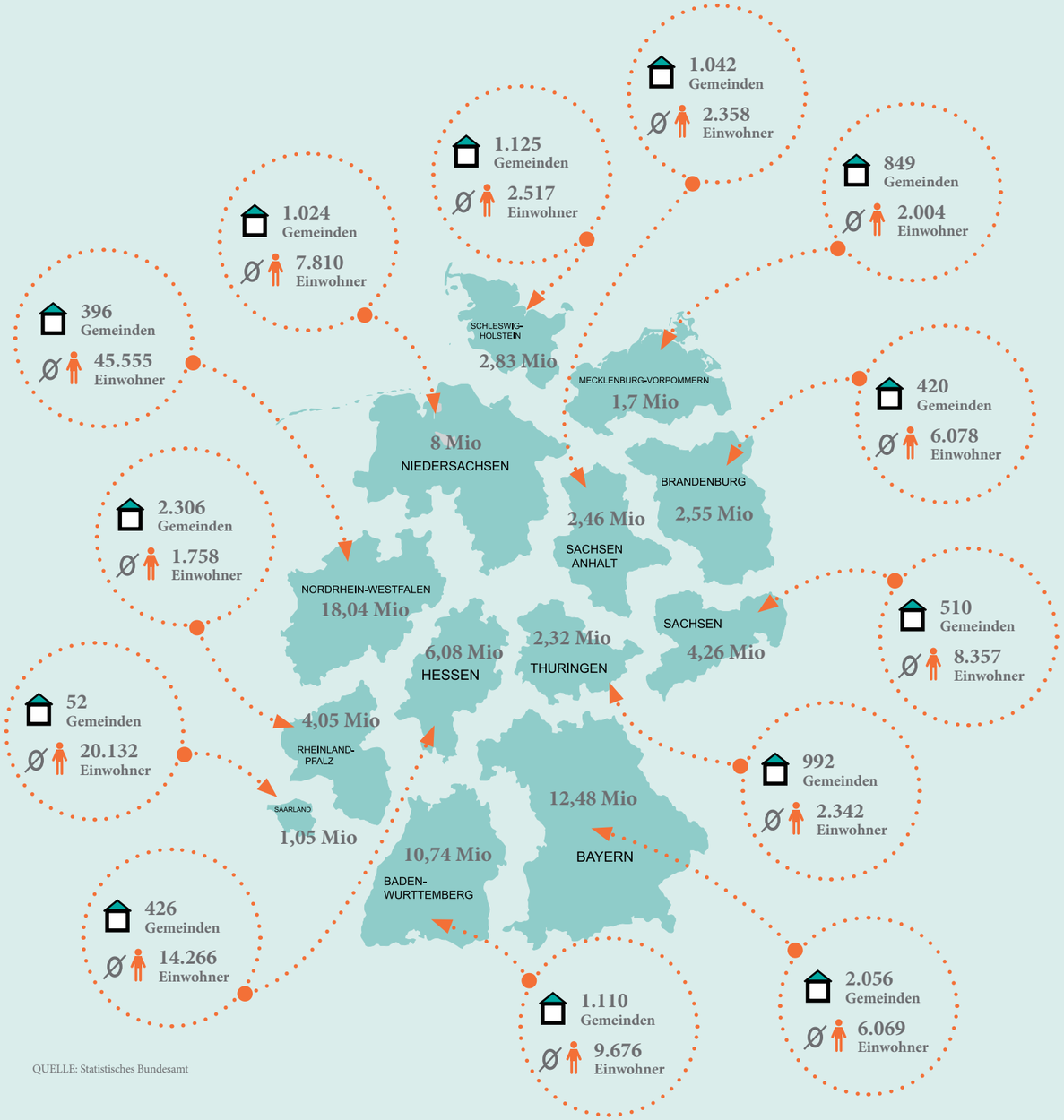
QUELLE / Bundesärztekammer

DAS IST **DEUTSCHLAND**

ZAHLEN & FAKTEN / Die meisten Kommunen in Deutschland haben 1000 bis 2000 Einwohner, 13 Städte haben mehr als 500.000 Einwohner. Die meisten Kommunen hat Rheinland-Pfalz, die größten Nordrhein-Westfalen, die wenigsten das Saarland. Ein Überblick.

Gemeindegrößen (Einwohner)	Gemeinden (Anzahl)	Bevölkerung (Gesamt)
unter 100	202	13.182
100 – 199	475	73.000
200 – 499	1559	541.047
500 – 999	1873	1.369.739
1.000 – 1.999	1955	2.787.520
2.000 – 2.999	1075	2.643.698
3.000 – 4.999	1207	4.696.314
5.000 – 9.999	1317	9.330.797
10.000 – 19.999	887	12.277.786
20.000 – 49.999	488	14.703.279
50.000 – 99.999	106	7.256.403
100.000 – 199.999	27	5.014.185
200.000 – 499.999	26	7.169.745
500.000 und mehr	13	12.647.051

Rund 48 Millionen Deutsche leben in Gemeinden unter 50.000 Einwohnern.



QUELLE: Statistisches Bundesamt

Die Statistik zeigt die Anzahl der Einwohner und die Anzahl der Gemeinden in Deutschland nach Gemeindegrößenklassen mit Stand 31. Dezember 2012.

QUELLE: Statistisches Bundesamt

Dienstälteste Bürgermeisterin von Schleswig-Holstein: Petra Reiber, seit 24 Jahren im Amt

BÜRGERMEISTERIN PETRA REIBER

RÜCKBLICK MIT WEHMUT

Petra Reiber, seit 24 Jahren Bürgermeisterin von Sylt, ist heute die dienstälteste Verwaltungschefin in Schleswig-Holstein. Ihre Amtszeit nähert sich dem Ende, im Dezember wird ihr Nachfolger gewählt. Sie blickt zurück auf eine bewegte Zeit.

TEXT/Marco Hecht

Am Anfang ihrer Amtszeit – damals war sie gerade mal Anfang 30 – hatte sie es bestimmt nicht immer leicht. Als junge Frau aus Nordbayern musste sich die parteilose Bürgermeisterin Petra Reiber Ratsversammlungen auf Friesisch und Plattdeutsch anhören: „Weil man wusste, dass ich das nicht verstehe."

Irgendwann stiegen die Einheimischen ihr zuliebe dann doch auf Hochdeutsch um, ihr Ansehen und ihre Reputation wuchsen stetig. Doch am Anfang war es der sprichwörtliche Sprung ins kalte Wasser.

Ein Sprichwort, das passt. Denn das Wasser war nie weit. Petra Reiber, heute die dienstälteste Bürgermeisterin von Schleswig-Holstein, ist jetzt bereits im 24. – und letzten – Jahr ihrer Amtszeit als Verwaltungschefin der Insel Sylt. Fast ein Vierteljahrhundert hat sie die Sylter Politik geprägt.

Ihre Amtszeit auf der Insel sieht sie „als wichtigste Zeit in meinem Leben" an. Doch im Frühjahr 2015 ist Schluss, dann wird ein Nachfolger sie ablösen. Bei den Wahlen, die bereits im Dezember stattfinden, wird Reiber nur noch als Zuschauerin dabei sein.

Es war schön, es war spannend – aber Reiber spricht auch von „Verschleißerscheinungen". Klar, so ein Job fordert: „Tagsüber Büro, abends Sitzung, am Wochenende Repräsentationstermine." Hinzu kommt seit jetzt fast 16 Jahren eine Wochenendbeziehung.

Viele Probleme hat sie gelöst, sie kann Erfolge aufzählen: Renovierung von Strandpromenade und Rathausvorplatz, ein neues Schwimmbad, neue Verwaltungsgebäude, ein neues Kongresszentrum, der Erwerb des Flughafens.

Für das größte Problem der Insel – zu wenig bezahlbarer Wohnraum – ist die gelernte Juristin bis zum Haushaltsausschuss des Bundestages gegangen, damit Immobilien des Bundes an die Gemeinde und nicht an private Investoren gehen. „Und wir haben es geschafft", sagt sie heute, „mehr als 1000 Wohnungen wurden geschaffen."

Klarer Kopf in Krisenzeiten, unbedingtes Engagement – heute ist Petra Reiber so etwas wie die ungekrönte Königin der Insel, die „Kanzlerin von Sylt".

Bester Beweis: Die passionierte Reiterin begibt sich gerne mal zu Pferde durch ihre Gemeinde. Auf einem dieser Ausritte rief ein kleiner Junge jüngst ganz aufgeregt: „Oma, da reitet Frau Merkel …"

Gemeinsam gegen Rechts: Bundesinnenminister Thomas de Maizière (v.l.), DStGB-Präsident Christian Schramm, Bundespräsident Joachim Gauck

Sport und Politik: Prominente gegen rechte Gewalt

Christian Schramm, OB von Bautzen und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, war an diesem Tag umringt von den höchsten Vertretern der Republik. Rechts der Bundespräsident, links der Bundesinnenminister – ein schönes Bild, allerdings zu einem ernsten Anlass. Denn zusammen mit Joachim Gauck und Thomas de Maizière eröffnete Schramm jüngst die Wanderausstellung „Vorbilder – Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus" in Berlin.

Eine gemeinsame Initiative für Toleranz, Respekt und Menschenwürde. Träger der Kampagne ist unter anderem der Deutsche Städte- und Gemeindebund.
Die Ausstellung zeigt 22 Fotografien von Sportlern und Politikern, die gemeinsam gegen rechte Gewalt posieren.

www.kommunal.com
Mehr Fotos und Infos zur Ausstellung

Vierte Amtszeit, viele Aufgaben

Reinhard Dettmann, parteiloser Bürgermeister von Teterow, steht weiter an der Spitze des Städte- und Gemeindetages in Mecklenburg-Vorpommern (704 Gemeinden, elf außerordentliche Mitglieder).
Es ist bereits die vierte Amtszeit, in die Dettmann nun geht – und die Art und Weise, wie er jetzt wiedergewählt wurde, zeigt: Der Mann genießt das Vertrauen seines Verbandes: Die mehr als 300 Delegierten wählten ihn einstimmig, einen Gegenkandidaten gab es nicht.
Wer ist der Mann, der seit jetzt 15 Jahren an der Spitze des StGT Mecklenburg-Vorpommern im Bundesland an der Küste steht?
Der promovierte Physiker ist vierfacher Familienvater und begeisterter Radfahrer und Jogger. Der Mann ist ausdauernd, im Sport und – jetzt in vierter Amtszeit – als Chef an der Spitze des Verbandes. Klare Forderungen hat er bereits formuliert: Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes. Und Klarheit über die Umsetzung der Energiewende. Zwei dicke Brocken – Reinhard Dettmann wird sie als Herausforderung nehmen. Soviel ist sicher …

FOTOS: Marco Hecht, Gerd Landsberg, Reinhard Dettmann

ANZEIGE

Partnerschaften Deutschland
ÖPP Deutschland AG

Die ÖPP Deutschland AG (Partnerschaften Deutschland) ist das unabhängige Beratungsunternehmen für öffentliche Auftraggeber zur Förderung Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP). Das Unternehmen wurde im November 2008 unter der Federführung des Bundesministeriums der Finanzen sowie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gegründet.

ÖPP Deutschland AG (Partnerschaften Deutschland) ■ Alexanderstraße 3 ■ 10178 Berlin ■ www.partnerschaften-deutschland.de

Schwere See. In Schleswig-Holstein laufen die Kommunen derzeit Sturm gegen die Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG).

FAG-REFORM

STURM IM NORDEN

Mehr Gerechtigkeit? Oder ein Lehrstück dafür, wie gefährlich es ist, den hochkomplexen Verteilungsmechanismus zwischen Land und Kommunen zu reformieren? Bei der Reform des FAG-Gesetzes in Schleswig-Holstein sind die Fronten verhärtet.

TEXT/Marco Hecht

Grundsätzlich sind sich alle einig. Nicht nur in Schleswig-Holstein ist das System des kommunalen Finanzausgleichs in die Jahre gekommen. Das 60 Jahre alte Gesetz trägt nicht mehr in jedem Fall zu einer gerechten Verteilung der Mittel bei. In Schleswig-Holstein ist man die Reform jetzt angegangen – aber die Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände sind kritisch. Dort bekommen die Kreise, Städte und Gemeinden 2015 aus den Steuereinnahmen des Landes rund 1,5 Milliarden Euro. Das Land will dabei jedoch große Städte und die meisten Gemeinden besserstellen, während der Anteil der Kreise an den Gesamtmitteln sinkt. Dies soll ab 2015 in Kraft treten.

Jörg Bülow, der Landesgeschäftsführer des Gemeindetages Schleswig-Holstein (SHGT), brachte seine Empörung auf den Punkt: „Jetzt gilt nicht mehr 'reich hilft arm', sondern 'klein hilft groß'". Das Geld kommt nicht dort an, wo die Aufgaben sind. Gerade bei Schulen und Straßen seien die Kosten der Gemeinden höher als diejenigen der kreisfreien Städte: „Die FAG-Reform stellt den Finanzausgleich auf den Kopf. Viele reiche und große Kommunen werden gestärkt, die meisten finanzschwachen Kommunen und ländlichen Zentralorte werden geschwächt."

> „Klein hilft groß, statt **reich hilft arm.**"
>
> **Jörg Bülow,** Geschäftsführer SHGT zum Finanzausgleichsgesetz in Schleswig-Holstein

40 Prozent aller Kommunen (442 Gemeinden) und 84 Prozent aller ländlichen Zentralorte sowie fast 50 Prozent der Stadtrandkerne würden nach dieser Berechnung Verlierer der Reform sein, auch der Solidargedanke werde geschwächt. Von den 200 finanzschwächsten Kommunen seien 60 Prozent Verlierer. Die kreisfreien Städte würden stattdessen überfinanziert. Zum Beispiel bekäme Kiel künftig mehr als 40 Millionen Euro als Oberzentrum – gebe jedoch nach eigenen Angaben nur 28 Millionen Euro für das Umland aus.

KOMMUNALPOLITIK

VERTRAUEN NOCH EHER GROSS

Prof. Manfred Güllner, Chef des renommierten Meinungsforschungsinstituts Forsa, im Gespräch über kommunalpolitische Trends, Probleme und Befindlichkeiten.

FOTOS/Joel Calheiros/Fotolia, Jörg Bülow, Manfred Güllner/FORSA

KOMMUNAL. Herr Professor Güllner, fühlen sich die Bürger in Deutschland eigentlich grundsätzlich gut von ihren kommunalen Entscheidungsträgern vertreten?
Prof. Manfred Güllner: Das hängt im Wesentlichen von der Größe der Gemeinde und vom Stil der Kommunalpolitik ab. Generell ist die Entfremdung zwischen politischen Akteuren vor Ort und den Bürgern in kleinen Gemeinden deutlich geringer als in urbanen Metropolen. Und dort, wo die Kommunalpolitik ihre Entscheidungen überwiegend an lautstark agierenden Minoritäten orientiert und die Interessen der Mehrheit der Bürger nicht mehr in ausreichendem Maße berücksichtigt, wächst der Unmut über die politischen Akteure.

Und je größer eine Kommune ist, desto weniger verbunden fühlen sich die Bürger mit ihren kommunalpolitischen Vertretern?
Das hängt sehr stark davon ab, ob die Politiker vor Ort der Versuchung erliegen, im Rathaus „große Politik" zu spielen und ideologische Konfliktlinien zwischen den Fraktionen überzubetonen. In der Tat ist das wiederum eher in größeren Städten der Fall. Dort aber, wo die politischen Akteure auf lokaler Ebene die Erwartungen der Bürger an die Kommunalpolitik erfüllen und eine eher konsens- als konfliktorientierte Gemeindepolitik betreiben, ist das Vertrauen zur lokalen Politikebene noch recht groß.

Wie schneiden die kommunalpolitisch Verantwortlichen in der Gunst der Bürger im Vergleich zu den Landes- oder Bundespolitikern ab?
Die kommunalen Mandatsträger, allen voran die Bürgermeister, sind seit jeher mehr Bürgern bekannt als die jeweiligen Landtags- oder Bundestagsabgeordneten. Zu den Vertretern in den kommunalen Parlamenten suchen die Bürger auch eher Kontakt als zu den Abgeordneten im Land- oder Bundestag.

ZUR PERSON
Prof. Manfred Güllner hat Soziologie, Sozialpsychologie und Betriebswirtschaft studiert und ist Gründer und Geschäftsführer des renommierten Forsa-Meinungsforschungsinstituts.

> Die Menschen interessieren sich nach wie vor für **Politik.**"

Das hieße im Umkehrschluss, dass Kommunalpolitik die Menschen mehr interessiert als Landes- oder Bundespolitik?
Die Menschen interessieren sich – anders als vielfach unterstellt – nach wie vor in hohem Maße für das, was in der Welt, in Deutschland, in ihrer Region und ihrer Wohngemeinde geschieht. Die große Mehrheit der Bürger ist deshalb sehr gut informiert über die Probleme in ihrer Stadt und über die Politiker vor Ort. Die Urteile über die politischen Angebote in der jeweiligen Gemeinde sind in aller Regel recht fundiert.

Warum sinkt dann die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen stetig?
Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich vor allem in den größeren Städten die Politik oft nicht mehr an den Interessen und Bedürfnissen der Bürger orientiert, sondern eher an ideologischen Dogmen der Führungskader der Parteien, an Wünschen und Vorlieben von Minderheiten oder an Modetorheiten. Ein Beispiel aus früherer Zeit ist die Schaffung „atomwaffenfreier Zonen", die die Mehrheit eher als Spinnerei eingeschätzt hat. Die Bürger wussten ja, dass ein Bomberpilot sein Ziel nicht danach auswählen würde, ob an der Stadtgrenze ein gelbes Schild mit dem Hinweis auf eine atomwaffenfreie Zone aufgestellt ist.

Benjamin Barber im Gespräch mit Redakteur Hans Braun.

IM GESPRÄCH

„BÜRGERMEISTER AN DIE MACHT“

„Bürgermeister sind die besseren Politiker, weil sie direkt und konkret auf Probleme reagieren.“ Interview mit dem US-Autor und Politologen Benjamin Barber.

Sein Buch macht Furore, ist in den USA und europaweit in den Charts. Kernthese: „Bürgermeister sind die besseren Politiker, weil sie direkt und konkret auf Probleme reagieren.“ Das schreibt der bekannte amerikanische Politikwissenschaftler und Autor Benjamin Barber in seinem Buch „If Mayors Ruled the World“ (Wenn Bürgermeister die Welt regieren würden). Barber fordert darin ein globales Parlament der Bürgermeister. KOMMUNAL sprach exklusiv mit dem Autor.

ZUR PERSON
Benjamin Barber ist Professor für Zivilgesellschaft an der University of Maryland und einer der einflussreichsten Politikwissenschaftler der USA. Er war unter anderem innenpolitischer Berater der Clinton-Administration.

KOMMUNAL. Herr Professor Barber, in Ihrem Buch fordern Sie eine Verschiebung der Macht zu „einzelnen Städten". Wie definieren Sie Städte und wie müssen Städte beschaffen sein, um diese Art „Macht“ auszuüben?
Benjamin Barber: Der Schlüssel ist, dass die „Macht“ und die finanzielle Ausstattung Hand in Hand gehen müssen mit der Bevölkerung, der sie dienen. Derzeit ist es ja so, dass Städte ihre Umgebungen und die sie umgebenden Regionen bedienen, sie aber finanziell dazu nicht ausgestattet werden. Sie haben auch nicht die juristische Autorität, dies zu tun. Die erste Herausforderung, wenn man an eine „neue Gesellschaft der Städte“ denkt, ist genau, diese rechtlichen und finanziellen Grundlagen zu schaffen.

Führt das nicht direkt zu einer großen (Steuer-) Konkurrenz zwischen Städten?
Es wird natürlich zu einem Wettbewerb zwischen der lokalen und der nationalen Ebene der Verwaltung führen. Das Problem, das sie haben, ist nicht der Wettkampf untereinander, sondern der Wettkampf mit der staatlichen Ebene, die sie besteuert. Der Staat nimmt das Geld und gibt es den Kommunen zurück.

Ein Grund, warum ich ein Weltparlament der Bürgermeister unterstütze, ist, dass die Städte Lösungen erarbeiten können, die allen nützen.

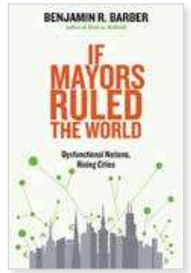
Stehen die Städte dann aber nicht auch, wie jetzt die Staaten, in Konkurrenz?
Die Frage ist, was gefährlicher ist. Die Konkurrenz zwischen Deutschland und Russland oder die Konkurrenz zwischen St. Petersburg und München? Natürlich wird es Konkurrenz geben – wie etwa zwischen den holländischen Hafenstädten Rotterdam und Amsterdam, oder in den USA zwischen den Hafenstädten Houston und Los Angeles. Aber auch wenn sie konkurrieren, finden sie gemeinsame Vorteile. Wenn Staaten kooperieren, schwingt immer eine gewisse Feindschaft mit, daher kooperieren sie nicht wirklich. Auch die Zusammenarbeit zwischen Städten ist natürlich manchmal schwierig – aber doch viel leichter und vorteilhafter, als wenn Staaten das tun würden. Mein Argument für ein Weltparlament der Bürgermeister ist, dass dort Städte ihre Probleme ausdiskutieren könnten. So würden wir eine Welt erschaffen, die mehr zusammenarbeitet und weniger konkurriert.

Sie sagten in einem Interview, dass „tausende Städte besser zusammenarbeiten könnten als hundert Staaten“. Es gibt aber auch einen sehr wahren Spruch, dass „zu viele Köche den Brei verderben“. Wie passt das zusammen?
Es kommt darauf an, was für Köche da sind. Wenn die Köche Premierminister wären, hätten sie eine Menge Schwierigkeiten. Bei der UNO haben wir 200 nationale Köche und ständig Konflikte, und fünf ständige Köche im Sicherheitsrat, die niemals übereinstimmen.

Der Grund, warum Bürgermeister – auch wenn es viele sind – besser miteinander können, ist, dass sie die gleichen Probleme teilen. 1000 Bürgermeister haben alle die gleichen Probleme: Bildung, Wohnung, Transport, Arbeitsplätze, Immigranten, Sicherheit, Gesundheit und so weiter. Und daher arbeiten sie besser zusammen.

DER BESTSELLER
VON BENJAMIN BARBER

Das Buch (Yale University Press, 2013) ist eine Fürsprache für eine „Ära der Städte". Tenor: Nationen sind überholt, genauso wie die Grenzen dazwischen. Der Autor propagiert einen grundsätzlichen Umbruch der politischen Ordnung.



If Mayors Ruled the World wird bald auch in Deutsch erscheinen. Eine entsprechende Ausgabe des Bestsellers ist in Planung.

> **STÄDTE** ÜBERNEHMEN VON STAATEN DIE ROLLE ALS PROBLEMLÖSER.“

Sie wollen trotzdem, dass Staaten weiter bestehen werden. Was wäre deren Aufgabengebiet? Polizeiliche, militärische Aufgaben? Sicherheit?
Die Aufgaben werden sich verändern. Wir sagen zwar nationale Sicherheit, meinen aber eine städtische Sicherheit. Terroristen kommen nicht aufs Land, sie kommen in die Stadt. Immer wichtiger werden die nachrichtendienstlichen Aufgaben in den und zwischen den Städten. New York hat zum Beispiel gleich zwölf Sicherheitsbeauftragte in zwölf auswärtigen Städten. Oder ein anderes Beispiel: Der Nachrichtendienst ist im Kampf gegen Terrorismus entscheidend, man muss wissen, was kommt. Keine Armee kann Terrorismus ohne Nachrichtendienste stoppen. Um es klarzustellen: Staaten sollen nicht verschwinden, sie haben eine Menge Aufgaben und Funktionen, die sie auch weiter ausführen sollen.

Deutschland spielt als Wirtschaftsfaktor eine wichtige Rolle, hat aber nicht diese großen Städte. Wie würde denn die Rolle Deutschlands in einem neuen „Machtverhältnis“ aussehen?
In meinem Parlament der Bürgermeister gäbe es 300 Delegierte nach drei Kategorien. 100 Delegierte würden von Mega-Citys kommen – von Städten zwischen fünf und 30 Millionen Einwohner. 100 von mittelgroßen Städten – von 500.000 bis fünf Millionen Einwohner – und die restlichen 100 von Städten zwischen 50.000 und 500.000 Einwohnern. Natürlich sind bei diesen Städten die Regionen dabei. Ein Land wie Deutschland, mit vielen Menschen in vielen Mittelstädten, wäre sehr gut repräsentiert. Eine Versammlung von vielleicht 60.000 kleinen Kommunen so um die 5000 Einwohner würde nicht funktionieren.

FOTO/Katharina Lehner

Aber wer würde dann die Menschen in diesen kleinen Kommunen repräsentieren?
Niemand nimmt denen Macht weg. Im Gegenteil, sie würden weiterhin die Politik dominieren, so wie sie es jetzt schon tun. Das Problem ist ja eher, dass die Mehrheit in den Städten keine Macht hat, sondern „vom Land“, von einer Minderheit dominiert wird. In den USA treibt die Tea-Party die Politik vor sich her wie die Bauernpartei in der Schweiz (die SVP von Christoph Blocher, Anm. der Red.).

Wenn die Städte einmal wirklich regieren, dann können wir uns überlegen, wie die Menschen im Umland besser integriert werden, aber bis dahin dauert es noch.

Sie sagen, Bürgermeister seien die „besseren Macher". Nun gibt es Fälle wie bei uns etwa den Berliner Bürgermeister, der offensichtlich schon daran scheitert, einen Flughafen anzuschaffen. Wie soll so jemand seine „Metropol-Region“ vertreten, wenn er doch offenbar gar kein wirklicher „Macher“ ist?
Bürgermeister haben ja nicht die Macht, etwas „anzuschaffen“. Sie müssen vielmehr Koalitionen bauen und Kompromisse erreichen, um ihre Politik durchsetzen zu können. Auch in Berlin hatte der Bürgermeister meines Wissens ja nie wirklich das Einverständnis der Menschen. Die wollen Tegel nämlich mehrheitlich gar nicht schließen.

Oder nehmen Sie Boris Johnson (Bürgermeister von London, Anm. d. Red.). Er wollte einen Riesenflughafen weit weg von der Stadt bauen und ist daran gescheitert.

Heute entwickeln sich Städte zu riesigen Metropolen, die kaum mehr regierbar sind. Tokio oder Jakarta haben mehr als 30 Millionen Einwohner, mehr als viele Staaten. Sind die überhaupt noch regierbar? Wie sollen die im Verbund mit anderen Städten globale Politik machen?
Das ist natürlich schwierig, aber die Größe ist dabei gar nicht so entscheidend. London beispielsweise ist gigantisch groß, aber es ist eine Stadt der Stadtteile – es gibt auf jeder Ebene eine lokale Verwaltung.
Wirklich gefährlich sind dagegen die neuen chinesischen Städte, die in unglaublich kurzer Zeit auf Millionengröße gewachsen sind. Da gab es keine Chancen, eine lokale Verwaltungsebene aufzubauen. Das sind Mega-Citys ohne Kultur und Geschichte, für einen Bürgermeister sehr schwer regierbar.

Benjamin Barber mit Michael Zimper, Geschäftsführer der Zimper Media

> Wenn **Staaten kooperieren**, schwingt immer eine gewisse Feindschaft mit.“

Hängt Ihr Modell eines globalen Parlaments der Bürgermeister auch mit der überall zu konstatierenden Landflucht zusammen?
Zuallererst: Ich hasse den Begriff Landflucht! Die Leute fliehen doch nicht vor dem Land wie vor einem Monster oder wie vor der Pest. Das Land leert sich, aber die Formulierung „Landflucht“ ist völlig überladen. Es ist keine Flucht vor dem Land, es ist die Anziehungskraft der Städte.
Die Leute – oft die Jugend – sind es, die in die Stadt gehen wollen. Geschichte verändert sich halt. Im 19. Jahrhundert lebten 80 Prozent der Amerikaner auf dem Land und „fütterten“ die 20 Prozent, die in den Städten lebten. Heute leben 70 Prozent in Städten. Außerdem ist das Konzept einer Stadt älter als das Konzept eines Nationalstaats. Schon deshalb sollte es dieses globale Parlament der Bürgermeister geben.

www.kommunal.com
Das vollständige Interview mit dem Autor Benjamin Barber

„Auf die Stärke und Zuverlässigkeit meines Unternehmens und meiner Kolleginnen und Kollegen kann ich jederzeit vertrauen.“
Sven K., Fertigerfahrer, STRABAG

„Die Vielfalt, sowohl der Projekte als auch der Menschen, mit denen ich zu tun habe, macht den Job für mich perfekt.“
Maik R., Baumaschinenführer HEILIT+WOERNER, künftig STRABAG

ZUSAMMEN SIND WIR STRABAG.

Mit unseren regionalen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind wir Marktführerin im deutschen Verkehrswegebau und versierte Partnerin für Infrastrukturprojekte jeglicher Größenordnung. Als ein großes Team stehen bereits heute mehr als 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für erstklassige Leistungen und höchste Qualität. Künftig tragen wir auch alle einen Namen – STRABAG.
WWW.ZUSAMMENSINDWIRSTRABAG.DE

STRABAG
TEAMS WORK.

DIE UNTERNEHMEN Baugesellschaft Nowotnik GmbH, Bauunternehmung Ohneis GmbH, becker bau GmbH, Eduard Hachmann GmbH, F. Kirchhoff Straßenbau GmbH, Gebr. von der Wettern GmbH, HEILIT+WOERNER Bau GmbH, Helmus Straßen-Bau GmbH, HERMANN KIRCHNER Bauunternehmung GmbH, Kirchner & Völker Bauunternehmung GmbH, Leonhard Moll Hoch- und Tiefbau GmbH, Preusse Baubetriebe GmbH, Robert Kieserling Industriefußboden GmbH, Staßfurter Baubetriebe GmbH, STRABAG Pipeline- und Rohrleitungsbau GmbH, STRABAG Asset GmbH, Stratebau GmbH, TSS Technische Sicherheits-Systeme GmbH ARBEITEN ZUKÜNFTIG UNTER DEM MARKENNAMEN STRABAG.
STRABAG AG | Siegburger Str. 241 | 50679 Köln | Tel. +49 221 824-01 | info.de@strabag.com | www.strabag.de

TERMINE
IM NOVEMBER

KONGRESSE UND SEMINARE, TAGUNGEN UND MESSEN / Termine, die für die Entscheidungsträger und Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wichtige Informationen und Lösungsansätze bieten. Ein Überblick für den Monat November. Mehr Termine auf www.kommunal.com

20/ November

Städte lieben Vielfalt. Konferenz in Bielefeld

Bielefeld. Wie können Kommunen Menschen mit Migrationshintergrund besser in den Arbeitsmarkt integrieren? Was muss passieren, damit Zuwanderer sich in ihrer neuen Heimatgemeinde wohlfühlen? Und wie nimmt man den „Einheimischen“ mögliche Ängste vor den neuen Gemeindemitgliedern? In Bielefeld findet dazu die dritte Konferenz der Reihe „Städte l(i)eben Vielfalt“ des Deutschen Städtetages statt.

17–18/ November

Kommunale Sportpolitik – Seminar

Berlin. Die Sportpolitik der Kommunen steht wegen des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Die Entscheidungsträger müssen neue, tragfähige Konzepte für die Zukunft entwickeln. Doch wie stellt sich eine Kommune auf das veränderte Sportverhalten der Bevölkerung ein? Das Deutsche Institut für Urbanistik und der Deutsche Städtetag wollen diese Fragen anhand von Beispielen aus der kommunalen Praxis im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltung in Berlin erörtern.

FOTOS / Dirima / Fotolia, Andrey_Arkusha / Fotolia, pressmaster / Fotolia, Erwin Elsner / dpa, www.motorvision.de

24/ November

Tagung zur E-Vergabe

Rostock. „Küsst die EU die E-Vergabe wach?“ So heißt die Tagung der DIHK in Rostock zur Umsetzung der EU-Richtlinien. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen in den nächsten Jahren die E-Vergabe umsetzen – eine echte Herausforderung für die rund 30.000 öffentlichen Auftraggeber in Deutschland.

20–21/ November

Muss Wirtschaft immer wachsen?

Berlin. Welche Perspektiven hat Wirtschaftsförderung eigentlich in einer Kommune, die nicht wächst, sondern von Schrumpfung bedroht ist? Wer definiert Wachstum eigentlich wie? Fakt ist, dass viele Kommunen und Regionen in Deutschland zwar tatsächlich wesentlich durch Wachstum geprägt und gefordert sind, für andere die besonderen Herausforderungen aber darin bestehen, mit wachstumshemmenden Faktoren oder sogar mit von Schrumpfung geprägten Rahmenbedingungen umzugehen. Neue Perspektiven für die Wirtschaftsförderung sollen auf einem hochkarätigen Symposium im dbb forum in Berlin erörtert werden. In praxisnahen Vorträgen und Workshops versucht das „Forum Deutscher Wirtschaftsförderer 2014“ neue Perspektiven zu eröffnen. Als Redner konnte unter anderem Prof. Dr. Rudolf Hickel (Foto) gewonnen werden, der Gründungsdirektor für Finanzpolitik des Instituts für Arbeit und Wirtschaft (IAW) an der Uni Bremen. Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände – mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Landkreistag sowie dem Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften.

4/ November

"Fahrradhauptstädte“ stellen ihre Konzepte vor

Düsseldorf. Radverkehr im urbanen Raum – wem gehört der Platz in der Stadt? Unter Mitwirkung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes findet am 4. November im Congress Center Düsseldorf die 8. Fahrradkommunalkonferenz statt. Die meisten Städte und Gemeinden haben längst erkannt, dass es auch aus touristischen Gründen sinnvoll ist, den Radverkehr zu fördern. Zu Beginn der Konferenz stellen einige „Fahrradhauptstädte“ und solche, die es werden wollen, ihre Konzepte vor. Katherina Reiche (Foto oben), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, referiert über den Stellenwert des Radverkehrs für den Bund. Weitere Vorträge setzen sich anhand von konkreten Beispielen mit der Renaissance des städtischen Radverkehrs auseinander. In verschiedenen Workshops haben die Teilnehmer der Konferenz die Gelegenheit, ausgewählte Themen vertiefen.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Breitbandinfrastruktur auf dem Land

Flächendeckendes, schnelles Internet auch für den ländlichen Raum – das fordert der Gemeindetag Baden-Württemberg. Der Ausbau der Breitbandversorgung gehöre zur Daseinsvorsorge. Um eine moderne, flächendeckende Breitbandinfrastruktur zu sichern, müsse jeder Haushalt mit einem Glasfaseranschluss versorgt werden. Der Landesvorstand des Gemeindetags forderte deshalb von der Bundesregierung, das Telekommunikationsgesetz entsprechend zu ändern. „Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist inzwischen sowohl für Unternehmen, als auch für die Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Wohnortwahl ein entscheidendes Kriterium“, sagte Gemeindetagspräsident Roger Kehle.

Schnelles Internet ist Daseinsvorsorge

Boris Palmer

Paradies für Radfahrer

Große Ehre für Tübingen: Das Landesverkehrsministerium verlieh der Universitätsstadt das Prädikat: Fahrradfreundliche Kommune. „Fast ein Viertel aller Wege werden mit dem Fahrrad zurückgelegt –Kompliment an unsere Bürgerinnen und Bürger“, freut sich Oberbürgermeister Boris Palmer.

Altersgrenze für Bürgermeister

Ministerpräsident Winfried Kretschmann will das Gesetz, wonach über 68-Jährige nicht Bürgermeister werden können, kippen. „Die Politik soll den Bürgern nicht vorschreiben, wen sie wählen dürfen“, so seine Begründung. Die SPD zeigte sich offen, hat aber noch nicht offiziell zugestimmt.

Winfried Kretschmann

BAYERN

IT-Sicherheitspreis im kommenden Jahr

Ab dem kommenden Jahr wird es einen IT-Sicherheitspreis für Kommunen, Behörden und staatliche Einrichtungen in Bayern geben. Ausgezeichnet werden vorbildliche und praxisnahe Lösungen im Bereich des technischen Datenschutzes. Bis Ende des Jahres soll eine Fachjury aus anerkannten IT-Sicherheitsexperten, Ministerien und Kommunen, Behörden und der Wirtschaft gebildet werden. Sie werden Bewertungskriterien erstellen, danach können sich ab Anfang 2015 alle Einrichtungen mit ihren Ideen bewerben. Die Schirmherrschaft für den Bayerischen IT-Sicherheitspreis übernimmt Finanzminister Markus Söder. Ihm geht es vor allem um das Thema Datensicherheit. Immer häufiger würden sensible Daten das Ziel von Hackerangriffen. Der Preis soll auf der IT- und Security-Messe it-sa im Oktober kommenden Jahres in Nürnberg erstmals überreicht werden.

„Allein die Datenmenge im Bereich des bayerischen Rechenzentrums beträgt **sechs Milliarden Megabyte.**“

Markus Söder,
Finanzminister des Freistaates

Windenergie als Schuldenkiller

Die hoch verschuldete Gemeinde Bidingen im Allgäu hat 4,7 Millionen Euro in ein Windrad investiert – und fährt Gewinne ein. Die Gemeinde ist verschuldet, ihre Möglichkeiten, neue Einnahmequellen zu erschließen, sind gering. „Nach den Abzügen durch Zinstilgung und Betriebskosten bleibt noch ein Reingewinn von etwa 150.000 Euro übrig, der dann direkt in den kommunalen Haushalt und den Schuldenabbau fließen kann“, so Bürgermeister Franz Martin. Bevor mit dem Bau des Windrads begonnen wurde, gab es einen Bürgerentscheid.

560

Windenergieanlagen gibt es aktuell in Bayern.

QUELLE / Statista, 2014

BERLIN

Berliner Bezirke fordern Personalhoheit

Berlins Bezirke fordern einen sofortigen Stopp des Personalabbaus. Der Rat der zwölf Bürgermeister beschloss einstimmig ein neues Konzept für die Bezirksverwaltungen. Das Papier hat zwei Kernforderungen.

Rathaus von Lichtenberg

Erstens soll es keine weiteren Personalkürzungen mehr geben. Laut Koalitionsvertrag sollen rund 1500 Stellen in den Bezirken gestrichen werden. Am meisten müssten Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf abbauen.
Zweitens fordern die Bürgermeister mehr Eigenverantwortung für ihren Personaleinsatz. Das bedeutet, dass sie nicht länger um mehr Stellen in einzelnen Bereichen „betteln“ wollen, sondern selbst bestimmen, wer wo am meisten Leute braucht. „In dem einen Bezirk braucht das Jugendamt mehr Leute, im anderen vielleicht das Bau- oder das Ordnungsamt“, erklärt der Bürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Komoß, die Idee.

Integrationspreis für Grundschule

Die Brodowin-Grundschule in Alt-Hohenschönhausen hat den Integrationspreis des Bezirks Lichtenberg verliehen bekommen. „Die Schule leistet einen engagierten Beitrag, gerade Flüchtlingskinder aus den umliegenden Flüchtlingsheimen zu integrieren“, heißt es in der Würdigung . Denn diese Kinder würden ungeachtet ihrer Herkunft, Sprache und kulturellen Prägung ganz selbstverständlich in bestehende Klassenverbände integriert.

„Als hier die Kinder des benachbarten Flüchtlingsheims im Jahr 2011 bei uns eingeschult wurden, war das auch für uns eine echte Herausforderung. **Keines der 17 Kinder konnte damals ein Wort Deutsch.**“

Ralph König,
Direktor der Brodowin-Grundschule

FOTOS: goodluz/Fotolia, Boris Palmer, Markus Söder, Winfried Kretschmann, ArTo/Fotolia, Karl-Ludwig Böttcher

Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

BRANDENBURG

Kreisgebietsreform wird kommen

In Brandenburg soll es in Zukunft höchstens zehn Landkreise geben. Darauf hat sich die neue rot-rote Landesregierung geeinigt. Zunächst soll es eine „Leitbilddebatte“ geben, sie könne 12 bis 18 Monate dauern, so Ministerpräsident Woidke. Vor allem die vier kreisfreien Städte, denen eine Einkreisung droht, wehren sich gegen die Pläne. Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs warnte vor einem „Demokratieverlust beim Wegfall der Kreisfreiheit“. Eine Einkreisung würde zu einem massiven Verlust von Entscheidungsrechten der Stadtverordnetenversammlung und der Bürger führen. Frankfurts Oberbürgermeister Martin Wilke prophezeite, dass sich die Reform negativ auf entscheidende Bereiche wie Kultur, öffentlicher Personennahverkehr und Behörden auswirken werde. Die Landesregierung versprach im Gegenzug eine Funktionalreform. Aufgaben der Landesebene sollten an die künftigen Großkreise übertragen werden.
Aus Sicht von Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, gehen mit der geplanten Reform Befugnisse der kreisfreien Städte verloren. Ihre Bürger müssten hinnehmen, dass wichtige Aufgaben an weit entfernte Entscheidungsträger delegiert würden. „Dieses Schnellverfahren löst keine Probleme“, lautet Böttchers Fazit. Er verwies auf die Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern. „Dort ist man gehörig auf die Nase gefallen.“ Im Nachbarland wurden sechs Großkreise gebildet – zu Lasten der Bürger, die nun lange Wege in Kauf nehmen müssten.

kommunal.com
Hier finden Sie weitere News aus den Kommunen

BREMEN

Personalräte fordern **mehr Beschäftigte**

Für Polizei und Feuerwehr fordern Bremens Personalräte mehr Beschäftigte. An jedem dritten Tag fehlten der Feuerwehr Männer und Frauen, um die vom Senat beschlossene Mindeststeinsatzstärke zu gewährleisten, so ihre Argumentation. Finanzsenatorin Karoline Linnert weist die Vorwürfe jedoch zurück. Auch bei der Polizei fehlten Mitarbeiter, so der Personalrat. Hier geht Bremens Innensenator Ulrich Mäurer jedoch aktuell einen Weg der Refinanzierung. Er kündigte an, künftig der Deutschen Fußball Liga (DFL) Rechnungen für Polizeieinsätze bei Hochsicherheitsspielen zu präsentieren. „Bei solchen Spielen werden sechsmal mehr Polizisten benötigt als bei normalen Spielen. Vor allem wenn Hannover 96 oder der HSV kommen, wird es bei uns besonders teuer“, so Mäurer. Die Deutsche Fußball Liga kündigte bereits rechtliche Schritte an.

Die Feuerwehr ist unterbesetzt

Verkehrskonzept für Bremerhaven

Bürgerfreundliche Straßen ab 2016

Die Stadtverwaltung Bremerhaven erstellt ein neues Verkehrskonzept. Unter anderem soll die Innenstadt besser mit dem Tourismusgebiet Havenwelten verbunden werden. Es geht um die Strategie für die nächsten 20 bis 30 Jahre, sagen die Stadtplaner. Erste Pläne hat die Stadtverwaltung im Oktober auf einer Informationsveranstaltung den Bürgern vorgestellt. Sie brachten vor allem Forderungen nach einer autofreien Innenstadt und der Entwicklung des Lkw-Verkehrs ein. Der Verkehrsentwicklungsplan soll in zwei Jahren fertig sein.

HAMBURG

Transparenz in der Verwaltung

Auf einer neuen Internetseite (www.transparenz.hamburg.de) können Bürger seit diesem Monat kostenlos nachlesen, was die Chefs öffentlicher Unternehmen verdienen oder was in staatlichen Gutachten steht. Mit der Veröffentlichung der Daten setzt die Stadt das 2012 beschlossene und bundesweit einmalige Transparenzgesetz um. Alle Hamburger sollen künftig die Chance haben, staatliche Gutachten, Vermessungsdaten und Senatsentscheidungen online einzusehen. Die Stadt macht auf der neuen Internetseite auch die Empfänger von Subventionen und Zuwendungen und fast alle Verträge, die Hamburg mit Unternehmen schließt, öffentlich zugänglich.

5,2

Mio. € hat Hamburg für mehr Transparenz in der Verwaltung investiert.

Grüne Dächer für die Hansestadt

Als erste deutsche Großstadt entwickelt Hamburg derzeit Pläne für eine „Gründachstrategie“. So will sich die Stadt langfristig an den Klimawandel anpassen. Begrünte Dächer haben viele Vorteile: Sie bieten Rückhaltung und Verdunstung für 50 bis 90 Prozent der Niederschläge, sie verringern die Überlastung der Entwässerungssysteme und mindern die Gefahr der Überflutung. Zudem wirken sie positiv auf das Stadtklima. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks fördert die Hamburger Gründachstrategie als Pilotprojekt. Grüne Dächer könnten den Bürgern nach Ansicht der Stadt Hamburg die Möglichkeit bieten, sich mitten in der City vom Großstadtstress zu erholen.

> **„Grüne Dächer wirken positiv auf das Stadtklima**, erschließen bisher ungenutzte Freiräume und erhöhen die Biodiversität.“
>
> **Barbara Hendricks,** Bundesumweltministerin

HESSEN

Kommune auf **Sparkurs**

Der Milliardär Lutz Helmig hat seine Heimatgemeinde Grebenhain mit einem Schlag schuldenfrei gemacht. Er übernahm die Altschulden in Höhe von 2,4 Millionen Euro. Allerdings nur unter der Bedingung, dass Grebenhain in den kommenden drei Jahren keinen Cent neue Schulden mehr macht. Seither dreht die Gemeinde jeden Cent dreimal um – offenbar mit Erfolg: In diesem Jahr hielten sich Einnahmen und Ausgaben die Waage, so der Bürgermeister. Das hat nun auch der Milliardär bestätigt. Um zu sparen, habe Grebenhain zum Beispiel die Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen umgestellt. Außerdem will die Gemeinde in diesem Jahr auf die Weihnachtsbeleuchtung verzichten.

Sparen durch neue LED-Straßenbeleuchtung

Frankfurt will Mitbestimmung

Ideenplattform in Frankfurt

Mit der Ideenplattform „Frankfurt fragt mich“ will die Stadt ihre Einwohner stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Auf www.ffm.de können die Bürger auf Missstände in der Stadt hinweisen und Verbesserungsvorschläge machen. Die neue Plattform soll den Bürgerhaushalt ersetzen. Dieser war gescheitert, weil sich zu wenige Bürger daran beteiligt hatten.

Kastrationspflicht für Katzen

Kommunen in Hessen können die Halter von freilaufenden Katzen künftig zwingen, ihre Tiere kastrieren zu lassen. Ein neues Gesetz macht dies möglich – die Kosten müssen die Halter tragen. Die Entscheidungshoheit liegt aber weiter bei den Städten und Gemeinden. Ziel ist ein Rückgang streunender Katzen.

Streuner werden kastriert.

FOTOS: davis/Fotolia, Gabriele Rohde/Fotolia, Kay Nietfeld/dpa, tinadefortunata/Fotolia, Eisenhans/Fotolia, Ingo Bartussek/Fotolia, Olga Galushko/Fotolia

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Altersgerechtes Wohnen

Mitentscheiden, wie das eigene Wohnumfeld aussieht: In der Kleinstadt Loitz in Mecklenburg-Vorpommern ist das Realität. Stadt- und Umlandbewohner sollen dort bei der Gestaltung eines kompletten Wohnquartiers entscheidend mitreden dürfen. Rund 200 Menschen wurden zu diesem Thema befragt. Bei der Befragung seien vor allem Einkaufen, Fahrdienst und zu wenige soziale Kontakte als Probleme benannt worden.

Die Ergebnisse sollen in einen Architekturwettbewerb einfließen, der jetzt startet. Die Stadt hat für das „generationengerechte Wohnquartier“ fünf Häuser im Stadtkern reserviert. Für das Projekt „Gemeinsam neue Wege gehen – Wohnquartier nach Bürgerwillen“ erhielt das Amt Peenetal/Loitz von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ die Ehrung „Ausgezeichneter Ort“. Das Amt Peenetal/Loitz hat knapp 6400 Einwohner.

Die Wohnungen den Bedürfnissen anpassen

Der Hunde-Zensus kommt

Die Verwaltung in Grevesmühlen will eine Firma engagieren, die die Hunde in der Stadt zählen soll. Derzeit sind rund 730 Tiere angemeldet. Kristine Lenschow, Grevensmühlens erste stellvertretende Bürgermeisterin, geht von einer Dunkelziffer von etwa 150 Hunden aus. Das würde zusätzliche Steuereinnahmen von 6000 bis 8000 Euro im Jahr bedeuten. Über die Kosten der Kommune für die Zählung durch die Firma könne sie noch nichts sagen. „Wir sind aber sicher, dass der Gewinn dadurch nicht aufgefressen wird“, so Lenschow.

kommunal.com/news
Hier finden Sie weitere News aus den Kommunen

NIEDERSACHSEN

Neues **Naherholungs-konzept**

Die Region Hannover arbeitet an einem neuen Naherholungskonzept und setzt auf das praktische Wissen der Bürger. An welchen Orten kann man sich am besten vom Großstadtstress erholen? Welcher Badesee lädt besonders zum Schwimmen ein? Auf welcher Radtour gibt es am meisten zu sehen?
Antworten auf diese und andere Fragen erhofft sich die Region Hannover von den Bürgern. Bis zum 25. Oktober konnten interessierte Bürger auf einem Internetportal ihre Anregungen geben. Nun werden alle Daten ausgewertet und verarbeitet. Zudem fanden im Oktober mehrere hundert persönliche Befragungen von Bürgern statt. „Alle gesammelten Informationen werden in das neue Naherholungskonzept der Region einfließen“, erläutert die Leiterin des Teams Regionale Naherholung, Bilge Tutkunkardes. Ein Schwerpunkt der Befragung ist die Qualität der Fahrradwege.

71
Millionen Fahrräder gibt es in Deutschland – vor sechs Jahren waren es erst 68 Milionen.

2,04
Milliarden Euro beträgt der Umsatz durch Fahrradverkäufe voraussichtlich in diesem Jahr.

Ventilwächter für Steuersünder

Hartnäckige Schuldner im niedersächsischen Northeim müssen künftig zu Fuß gehen. Für den Fall, dass sie Auto fahren wollen ohne die Schulden zu begleichen, lässt die Kommune ihnen die Luft aus den Reifen. Für den Zweck hat die Kommune jetzt sogenannte Ventilwächter angeschafft. Die kleinen Apparate werden auf die Ventile von Autoreifen montiert. Zudem werden Pfandsiegel und Hinweise angebracht, die vor der Nutzung warnen. Wird das Fahrzeug trotzdem bewegt, verlieren die Reifen die Luft.

Schuldnern soll bald die Luft ausgehen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Meerbusch will das Rattenproblem in den Griff bekommen

Kampf den **Ratten**

Die Stadtverwaltung in Meerbusch geht verstärkt gegen eine Rattenplage vor. „Die genaue Zahl der Ratten kennen wir nicht, haben aber Hinweise auf eine deutlich gestiegene Population“, so Stadtsprecher Michael Gorgs. Die Verwaltung hat daher einen Plan zur Rattenbekämpfung erarbeitet. Eine noch engmaschigere Belegung von Kanalschächten mit so genannten Fressködern und eine akribische Kontrolle der Kanalisation sollen den Nagern das Leben schwer machen. Ein Fachunternehmen öffnete im Oktober mehr als 7000 Kanalschächte, um sie mit Ködern zu bestücken. Alle Schächte werden fotografisch dokumentiert und per GPS gespeichert. Danach werden die rund 1500 Schächte, an denen bereits Rattenbefall festgestellt worden ist, erneut mit Ködern bestückt. So will sich die Stadt für die Zukunft auch einen genauen Überblick über die Population verschaffen.

Einnahmequelle Knöllchen

Knöllchen und Co bringen den Städten in NRW viele Millionen Euro. 168 Millionen Euro nahmen Städte, Gemeinden und vor allem Kreise allein im ersten Halbjahr 2014 ein. Damit bestätigten sie das Niveau des Vorjahreszeitraums. Landesweiter Spitzenreiter ist die Millionenstadt Köln, die im abgelaufenen Jahr rund 30 Bußgeldmillionen kassierte (nach über 33,7 Millionen im Jahr 2012). Landesweit stammen 80 Prozent der Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr. Die Landeshauptstadt Düsseldorf nahm zuletzt gut 18 Millionen Euro im Jahr ein.

Geldbußen als Einnahmequelle

RHEINLAND-PFALZ

Probleme mit **Kleider-sammlern**

In Rheinland-Pfalz stellen Kleidersammler in einigen Städten illegal Container auf. Die Mehrarbeit haben die Kommunen. Die Stadt Mainz etwa hat nach eigenen Angaben in den letzten eineinhalb Jahren rund 100 Sammelcontainer entfernt, die nicht genehmigt worden waren. Oft wird auch verschwiegen, dass die Kleiderspenden nicht für karitative Zwecke genutzt werden. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), die in Rheinland Pfalz das Sammlungsrecht überwacht, bisher 20 landesweite Sammlungsverbote ausgesprochen.

Nicht alle Kleidersammler sind gemeinnützig

Online-Offensive in der Verwaltung

Land und Kommunen bieten im Internet eine gebündelte Serviceseite für Bürger an. Ob Zugang zu Kontakten oder die Anmeldung eines Gewerbes: Nach Angaben des Innenministeriums soll das Portal die gesamte Bandbreite der Verwaltung zugänglich machen. Viele Behördengänge könnten somit unmittelbar erledigt werden.
Der Vorsitzende des Städte und Gemeindebundes Ralf Spiegler sieht in dem Portal nicht nur eine Stärkung der Kommunen insgesamt. „Das Rheinland-Pfalz-Portal ist mit seinen schnellen und übersichtlichen Informationen ein Gewinn für alle Bürger,“ so Spiegler.

> „Es freut mich besonders, dass wir das Internetportal **gemeinsam mit den Kommunen** auf den Weg gebracht haben.“
>
> **Malu Dreyer,** Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz

FOTOS: Voyagerix/Fotolia, matteo/Fotolia, birkiracer/Fotolia, beatuerk/Fotolia, CSschmuck/Fotolia, Malu Dreyer, anikanes/Fotolia

SAARLAND

Glücksspielboom bei Gastronomen

Seit zwei Jahren ist das Glücksspielwesen im Saarland verschärft worden. Seither hat sich das Glücksspiel offenbar nur verlagert. Das legt eine aktuelle Erhebung des Arbeitskreises gegen Spielsucht nahe. Seither erleben demnach Geldspielautomaten in der Gastronomie eine Renaissance. Hatte sich ihre Zahl in den vergangenen zehn Jahren fast halbiert, gibt es nun wieder einen sprunghaften Anstieg um über 20 Prozent.
Mit verantwortlich für diesen Anstieg sei die Entstehung einer neuen „Scheingastronomie, so der Leiter der Landesfachstelle Glücksspielsucht Saarland, Markus Arand. „Das sind meist sehr kleine Räumlichkeiten – oft nur mit einem Getränkeautomat oder Kühlschrank und drei Spielautomaten ausgestattet.“ Manchmal seien sie auch wie eine Teestube oder ein Kiosk aufgemacht.

Geldspielautomaten werden häufig illegal aufgestellt

Gemeinsamer **Schwimmbadplan**

Egal ob Hallen- oder Freibad: Für eine Kommune ist ein öffentliches Schwimmbad immer ein teures Zuschussgeschäft. Daher haben in den letzten Jahren einige saarländische Gemeinden die Reißleine gezogen und ihr Schwimmbad geschlossen. Darunter auch die Gemeinden Heusweiler, Sulzbach und Bexbach.
Nun soll die Zukunft der Schwimmbäder nach dem Willen des Saarländischen Städte- und Gemeindetags (SGGT) über die Grenzen der einzelnen Kommunen hinaus geregelt werden. Der SSGT fordert ein landesweites Bäderkonzept. Dafür hatte auch schon der Landessportverband geworben.

Schwimmbäder sind für Kommunen oft ein Zuschussgeschäft

kommunal.com
Hier finden Sie weitere News aus den Kommunen

SACHSEN

Brandis ist **Innovations-kommune**

Die Stadt Brandis ist Gewinnerin des ersten Wettbewerbs zur „Sächsischen Innovationskommune 2014 – 2016", an dem insgesamt 21 Kommunen teilgenommen haben. Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa unterstützt die Stadt Brandis als Gewinnerin des Wettbewerbs über einen Zeitraum von drei Jahren bei der Einführung und Nutzung von Instrumenten der Staatsmodernisierung.
In der Begründung der Jury, warum die Wahl auf die Stadt Brandis fiel, heißt es : „Es war nicht nur die ausgezeichnete Bewerbung und Präsentation. Auch die einstimmige Unterstützung des Stadtrates, die Motivation der Mitarbeiter der Stadt Brandis und die Beteiligung der Bevölkerung und der Unternehmen vor Ort überzeugten die Jury von der Innovationskraft von Brandis".

„Das könnte ein ganz **wichtiger Meilenstein** für die Entwicklung unserer Stadt werden."

Arno Jesse,
Bürgermeister von Brandis

Haushaltssperre in Dresden

Seit Mitte Oktober gilt eine Haushaltssperre für die Stadt Dresden. Hintergrund ist ein Urteil des Bautzener Oberverwaltungsgerichts zum Thema Kurtaxe. Die Stadt ist demnach verpflichtet, die bereits gezahlten Kurtaxenbeiträge zurückzuzahlen. Die Stadt beziffert die Mindererträge für die kommenden Jahre auf über 41 Millionen Euro. Das Gericht in Bautzen hatte die Bettensteuer am 10. Oktober gekippt. Seit Februar kassierte Dresden pro Übernachtung 1,30 Euro.

2.753

Euro Schulden pro Kopf haben die Kommunen in Sachsen durchschnittlich. Eine geringere Pro Kopf Verschuldung weisen nur noch Schleswig-Holstein und Bayern auf.

QUELLE / Statistisches Bundesamt

SACHSEN-ANHALT

"Sag's uns einfach"

Schäden auf dem Gehweg, Müll oder kaputte Straßenlaternen: Wer seine Kommune über Probleme informieren will, kann den Sachsen-Anhalt-Melder „Sag's uns einfach" via Internet oder Smartphone-App nutzen. Dieser sei jetzt von der Pilotphase in den Echtbetrieb gestartet, teilte das Innenministerium in Magdeburg mit. Seit Juni 2013 seien mehr als 3600 Hinweise bei den teilnehmenden Kommunen eingegangen, darunter zum Beispiel Halle, Magdeburg und Genthin.
Der Dienst wurde technisch weiterentwickelt. Er soll nun den anderen Kommunen des Bundeslandes angeboten werden.

Zu geringe **Investitionen**

Marode Straßen, kaputte Brücken, heruntergekommene Kitas und Schulen. Der Bauindustrieverband Sachsen/Sachsen-Anhalt warnt vor einem Verfall der kommunalen Infrastruktur. Der Investitionsbedarf sei immens, sagte Hauptgeschäftsführer Robert Momberg.
Trotz des hohen Bedarfes hätten die Kommunen im Jahr 2013 die Sachinvestitionen um 12,4 Prozent und die Bauausgaben um 14 Prozent im Vergleich zu 2012 zurückgefahren. Ändere sich nichts an der Finanzausstattung, werde der Investitionsstau bis 2020 auf 13,4 Milliarden Euro anwachsen.
„Bund und Länder dürfen die Kommunen mit ihren riesigen Investitionsaufgaben nicht im Regen stehen lassen. Aber eins ist auch klar: Die Kommunen werden wichtige Aufgaben gegenüber den Bürgern perspektivisch nicht mehr ohne private Partner erfüllen können", so Momberg.

Der Investionsbedarf in die Straßen ist enorm

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Feuerwehrnachwuchs gesucht

Mit einem neuen Brandschutzgesetz möchte die Landesregierung mehr junge Menschen für ein Ehrenamt bei der Feuerwehr begeistern. „Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen, damit die Feuerwehren den demographischen Wandel in ihrem Sinne gestalten können", so der Tenor aus dem Schleswig-Holsteinischen Innenministerium.
Für die Freiwilligen Feuerwehren sei es nahezu überlebenswichtig, ihren Nachwuchs so früh wie möglich zu rekrutieren und auf Dauer an die Feierwehr zu binden. Genauso wichtig sei es, das ehrenamtliche Engagement in den Wehren weiter zu fördern.
Kommunen sollen die Möglichkeit haben, in ihren Feuerwehren eine Kinderabteilung einzurichten. Mädchen und Jungen dürfen dann bereits mit sechs Jahren Mitglied der Feuerwehr werden. Bislang war das erst mit zehn Jahren möglich.
Nach dem zehnten Geburtstag soll das jeweilige Kind dann in die Jugendabteilung wechseln. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr in die Einsatzabteilung wechseln. Wer an echten Einsätzen – etwa bei der Brandbekämpfung oder einem Autounfall – helfen will, muss jedoch volljährig sein. Die Landesregierung möchte künftig auch Menschen, die körperlich für den aktiven Dienst nicht fit genug sind, die Chance geben, sich in der Feuerwehr zu engagieren
Außerdem soll die Altersgrenze auch für die Wehrführungen und deren Stellvertreter von derzeit 65 auf 67 Jahre angehoben werden. Gemeindewehrführer dürfen künftig auch mehrere Stellvertreter haben. Die Gemeindevertretung soll entscheiden dürfen, wie viele Stellvertreter gebraucht werden.

FEUERWEHR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

1.371
freiwillige Wehren

4
Berufsfeuerwehren

48.104
Aktive Feuerwehrleute

9.491
der Feuerwehrleute sind Jugendliche

Was tun, wenn's brennt?

FOTOS/Arno Jesse, Undesam/Fotolia, jokapix/Fotolia, Benjamin Haas/Fotolia, Gina Sanders/Fotolia

THÜRINGEN

Gewerbesteuern steigen kräftig

Im Vorjahr erlebten Thüringens Kommunen einen deutlichen Zuwachs bei den Gewerbesteuern. Mit einem Plus von fast 50 Prozent in den letzten 5 Jahren wurde eine Dynamik erreicht, die nur noch von Rheinland-Pfalz knapp übertroffen wurde. Das geht aus neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor, die im Oktober veröffentlicht wurden. Die Gewerbesteuer macht demnach rund 40 Prozent der Steuereinnahmen der Kommunen in Thüringen aus. Das Kölner IW-Institut lobt anhand des Zahlenmaterials die Kommunen in Thüringen in besonderer Form. Ein Großteil der Einnahmen fließe in ihre Infrastruktur zurück. In Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern werde das Geld häufiger für Investitionen genutzt, als im Westen, rechnet das IW-Institut vor. „So legen die Kommunen den Grundstein für eine weitere gute wirtschaftliche Entwicklung und ein hohes Gewerbesteuereinkommen", loben die Experten.

Die Gewerbesteuereinnahmen in Thüringen stiegen um 48 Prozent

Angst vor neuen Überschwemmungen

Hochwasser-Katastrophen der Vergangenheit sind unvergessen – 50 Kommunen in Thüringen haben daher Interesse an weiteren Schutzvorkehrungen. Konkret wünschen sie sich Wasserwehren. Das Umweltministerium hatte die Kommunen nach ihren Wünschen befragt – nun soll die Einrichtung solcher Wehren Teil der Planungen für das Hochwasserschutz-Landesprogramm werden. Es muss noch offiziell beschlossen werden.

kommunal.com/news
Hier finden Sie weitere News aus den Kommunen

WAS ES NICHT ALLES GIBT …

PRINT WIRKT

SIE MÖCHTEN ALLES – UND DAS SCHNELL?
Dann ist arvato Print Solutions der richtige Partner für Sie!

SCHNELL!
100.000 Bücher zwei Tage nach dem Abpfiff der Fußball-WM!

FULL SERVICE!
Von Produktfoto und Prospektgestaltung über den Druck bis zur Haushaltsverteilung – und vieles mehr!

QUALITÄT!
Wir freuen uns auf Ihre Herausforderung!

INNOVATION!
1991: erste Umweltbilanz einer Druckerei, 2014: erste Zertifizierung der Arbeitsbedingungen einer Druckerei gemäß SEDEX!

FLEXIBILITÄT!
Mit dem größten Maschinenpark Europas erfüllen wir fast alle Kundenwünsche – Bücher, Kataloge, Zeitschriften, Prospekte, Mailings und mehr!

Mohn Media | GGP | Vogel Druck | Medienfabrik

arvato
MOHN MEDIA

Der perfekte Kandidat für Ihre Stelle.

Finden Sie ihn. Mit E-Recruiting von Interamt.

INTERAMT.DE

DAS STELLENPORTAL DES
ÖFFENTLICHEN DIENSTES

GEZIELT FINDEN STATT LANGE SUCHEN.

Mit intelligent angelegten Recruiting-Workflows perfektionieren Sie Ihr Bewerbermanagement. Automatisierte Korrespondenz, Bewerber-Ranking und eine aktive Kandidatensuche erhöhen die Performance.

IHR WEG ZUM ERFOLG: WWW.INTERAMT.DE

„Cara". A chair by Nigel Coates.